

Bibouche, Seddik; Held, Josef; Merkle, Gudrun

Book

Rechtspopulismus in der Arbeitswelt: Eine Analyse neuerer Studien

edition der Hans-Böckler-Stiftung, No. 238

Provided in Cooperation with:

The Hans Böckler Foundation

Suggested Citation: Bibouche, Seddik; Held, Josef; Merkle, Gudrun (2009) : Rechtspopulismus in der Arbeitswelt: Eine Analyse neuerer Studien, edition der Hans-Böckler-Stiftung, No. 238, ISBN 978-3-86593-130-6, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/181707>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Seddik Bibouche | Josef Held | Gudrun Merkle

Rechtspopulismus in der Arbeitswelt

Seddik Bibouche | Josef Held | Gudrun Merkle

Rechtspopulismus in der Arbeitswelt

Eine Analyse neuerer Studien

Seddik Bibouche | Josef Held | Gudrun Merkle

Rechtspopulismus in der Arbeitswelt

Eine Analyse neuerer Studien



Bibouche, Seddik, Dr., leitet zusammen mit Josef Held die Tübinger Forschungsgruppe des Institut für Erziehungswissenschaft, Universität Tübingen und war an der Studie Rechtsextremismus und sein Umfeld maßgeblich beteiligt. Seine Arbeitsschwerpunkte: Migration-Integration, Jugendforschung, politische Orientierungen.

Held, Josef, Prof. Dr. Dr. h.c., lehrt und forscht an der Universität Tübingen, Institut für Erziehungswissenschaft und ist Mitbegründer der Tübinger Forschungsgruppe. Seine Arbeitsschwerpunkte: Jugendforschung, Politische Orientierungen, Integrationsforschung.

Merkle, Gudrun, Magister in Politikwissenschaft und Erziehungswissenschaft, war an der Studie Rechtsextremismus und sein Umfeld maßgeblich beteiligt. Sie arbeitet im Projektmanagement einer NGO.

© Copyright 2009 by Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Produktion: Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Printed in Germany 2009
ISBN: 978-3-86593-130-6
Bestellnummer: 13238

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die des öffentlichen Vortrages, der Rundfunksendung, der Fernsehausstrahlung, der fotomechanischen Wiedergabe, auch einzelner Teile.

Vorwort

Seit Jahren weisen Studien auf weit verbreitete rechtsextreme Einstellungen quer durch die Gesellschaft hin. Ob oder inwieweit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzw. bestimmte Gruppen unter ihnen empfänglich für rechtspopulistische¹ Einstellungen sind, wird in der Wissenschaft, in Betrieben und Gewerkschaften unterschiedlich bewertet. Wissenschaftliche Untersuchungen kommen zu stark differierenden Ergebnissen, die sich nicht allein durch Unterschiede in der Art der Fragestellungen, der Methoden, der verwendeten Definition von Rechtspopulismus bzw. Rechtsextremismus und der zugrunde gelegten Theorie erklären lassen. Die teils widersprüchlichen Ergebnisse bedürfen weiterer (Er)klärung und werfen offene Fragen auf.

Die von der Hans-Böckler-Stiftung und der IG Metall herausgegebene Expertise »Rechtspopulismus in der Arbeitswelt? Eine Analyse neuerer Studien« will einen Beitrag zur Konkretisierung des Forschungsstands zum Verhältnis von Beschäftigten und Rechtspopulismus bzw. Rechtsextremismus leisten. Gleichzeitig liefert sie erstmalig einen Überblick über die Bandbreite von Ursachen und Faktoren, die rechtspopulistische Orientierungen und rechtsextreme Einstellungen in der Arbeitswelt begünstigen. Mit der Expertise sollen Anregungen für die Diskussion für Arbeitnehmervertretungen, Gewerkschaften, die Wissenschaft und die interessierte Öffentlichkeit gegeben werden.

Analysiert wurden insgesamt acht Rechtsextremismusstudien und zwei Jugendstudien, die zwischen 1999 und 2008 entstanden sind. Somit spiegelt die Expertise den wissenschaftlich untersuchten Stand wieder, der vor Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise liegt.

Anzumerken ist, dass die Lesbarkeit der einzelnen Analysen durch die unterschiedliche Definition von Rechtsextremismus beeinträchtigt ist. Des Weiteren wirken sich die verschiedenen methodischen Vorgehensweisen auf die Vergleich-

1 Wir verwenden hier als Arbeitsbegriff Rechtspopulismus um Phänomene, Einstellungen, Orientierungen zu benennen, die in unterschiedlichen Studien teils als rechtsextrem, als rechtsextremistisch, rechtspopulistisch, rechtsradikal usw. bezeichnet werden. Sie werden zum Teil selbst innerhalb einer Studie teils einheitlich, teils alternierend verwendet und bezeichnen nationalistische, chauvinistische, autoritäre, rassistische, antisemitische, ausländerfeindliche, sozialdarwinistische, antidemokratische, sexistische, den Nationalsozialismus verharmlosende Orientierungen und/oder Einstellungen, wobei die in den Studien untersuchten Einstellungen/Orientierungen, die als Indikatoren für eine rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Haltung gelten, variieren.

barkeit der Studien aus. Einzelne Messmethoden in den ausgewerteten Untersuchungen enthalten Unschärfen, die zu verzerrten Ergebnissen führen können. So ist nicht auszuschließen, dass der Faktor Bildung bei den Untersuchungen zu rechtsextremen Einstellungen zu Irritationen führen kann, da er grundsätzlich nur zur Bestimmung der Höhe des Schulabschlusses dient. Zu Recht enthält die Expertise daher die Feststellung, wonach Bildung an sich nicht gegen Rechtsextremismus immunisiert.

Die Autorin und die Autoren der Expertise haben die untersuchten Studien differenziert nach dem Erwerbsstatus der Befragten, nach Arbeiterinnen und Arbeitern, Angestellten, Regionen sowie nach Bildungsabschluss und Geschlecht ausgewertet. Durch die systematische Berücksichtigung dieser Faktoren lassen sich Unterschiede in den Ergebnissen zumindest teilweise erklären. Unter Berücksichtigung der Faktoren Geschlecht und Erwerbsstatus kommen sie zu dem Ergebnis, dass die in einigen Studien festgestellte höhere Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen von Gewerkschaftsmitgliedern im Vergleich zu Nichtgewerkschaftsmitgliedern sich durch den überdurchschnittlichen Anteil von Männern und Arbeiterinnen und Arbeitern unter den Gewerkschaftsmitgliedern erklärt sind. Das heißt: Unter Herausrechnung der Faktoren Geschlecht und Erwerbsstatus nur geringe Unterschiede zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern feststellbar sind.

Nicht grundlegend thematisiert und nur begrenzt überprüft werden in der Expertise mögliche, systematische Verzerrungseffekte (Bias) in Bezug auf (Bildungs-)schicht und Geschlecht, die sowohl in den untersuchten Studien als auch in deren Analyse zu finden sind. Bias in der Forschung beruhen auf Stereotypen, Voreingenommenheiten, vorschnellen Werturteilen die individuelle und soziale Wahrnehmungsmuster auch von Forschenden prägen und zumeist unbewusst sind.² Wenn sich beispielsweise Menschen mit Abitur im Ergebnis weniger ausländerfeindlich und aufgeschlossener gegenüber anderen Lebensweisen äußern als Menschen ohne Abitur, kann dies auch an der Art der Fragestellung

2 Als Hauptursache von Bias sehen Burke und Eichler (2006) das Aufrechterhalten bzw. nicht Hinterfragen sozialer Hierarchien, die fehlende Prüfung von Differenzen (inkl. Dekontextualisierung und Universalisierung) und das Verwenden von Doppelstandards in Forschungsdesign und Analyse an. Zwecks Identifizierung und Vermeidung solch systematischer Verzerrungseffekte wurde im Kontext der Geschlechterforschung innerhalb der Gesundheitsforschung das BIAS FREE Framework entwickelt, wobei BIAS FREE ein Akronym für Building an Integrative Analytical System For Recognizing and Eliminating InEquities ist und als methodischer Anspruch nicht als fest gefügtes Konzept zu verstehen ist.

liegen, bzw. der unterschiedlichen Interpretation der Fragen durch unterschiedliche Personen(gruppen). Eine Analyse der jeweiligen Fragen könnte auch im Hinblick auf die festgestellten Geschlechterunterschiede bei der Zustimmung zu rechtspopulistischen Aussagen hilfreich sein. In der Mehrzahl attestieren die Studien Frauen eine unterdurchschnittliche Neigung zu rechtspopulistischen Einstellungen, die Studie von Heitmeyer und anderen zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit kommt jedoch zum umgekehrten Ergebnis. Dass dies in der jeweils gewählten Erhebungsmethode begründet liegen könnte, legen die Autorin und die Autoren der Expertise in ihren Schlussfolgerungen nahe. Möglicherweise ließe sich diese Diskrepanz ebenso wie die höheren Zustimmungswerte von Männern in den übrigen Studien auch aus der Formulierung der Fragen erklären. Von Bias, also der Verwendung unhinterfragter und nicht überprüfter Vorannahmen und Stereotype ist auch die Analyse der Studien nicht frei, so wird die Ansicht vertreten, dass das Arbeitsumfeld und Milieu von Arbeitern und Arbeiterinnen stärker von Hierarchien, klassischen Geschlechterrollen und Normdenken geprägt sei, als das von Angestellten, woraus der Schluss gezogen wird, dass sich hieraus eine höhere Zustimmung zu Ungleichwertigkeitsvorstellungen und autoritärem Denken erklären lasse.

Bedauerlich ist, dass von einer Ausnahme abgesehen, die ausgewerteten Studien aktuelle Entwicklungen wie die schwelende Auseinandersetzung um Islamophobie nicht aufgegriffen haben. Dazu abzufragende Einstellungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern könnten gerade angesichts der erforderlichen Zusammenarbeit von Angehörigen verschiedener Glaubensrichtungen in der Arbeitswelt interessante Rückschlüsse bieten.

Bemerkenswert ist die Feststellung der Expertise, wonach Teile der Beschäftigten Werte wie Solidarität und Gleichheit befürworten und zugleich ausgrenzende autoritäre, sexistische und ausländerfeindliche Aussagen vertreten.

Wir hoffen, dass die vorliegende Expertise mit dazu beitragen kann, positive Anstöße für die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in der Arbeitswelt und der Wissenschaft zu geben. Denn noch ist die Gefahr nicht gebannt, dass in Folge der Wirtschaftskrise Entsolidarisierungsprozesse unter den Beschäftigten zunehmen könnten.

Dr. Martin Allespach, IG Metall

Dr. Michaela Kuhnhenne, Hans-Böckler-Stiftung

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
0 Einleitung	13
1 Gewerkschaften und Rechtsextremismus – Die Berliner Studie	25
1.1 Was ist Rechtsextremismus?	27
1.2 Empirische Ergebnisse	29
1.2.1 Aspekte des sozioökonomischen Status als Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen	31
1.2.2 Soziopolitische Orientierungen als Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen	33
1.3 Begünstigende und reduzierende Faktoren	35
1.4 Fazit	38
2 Rechtsextremismus als gesamtgesellschaftliches Problem – Die Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung	41
2.1 Vom Rand zur Mitte	42
2.1.1 Was ist Rechtsextremismus?	43
2.1.2 Sekundärauswertung: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und Rechtsextremismus	47
2.1.3 Begünstigende und reduzierende Faktoren	59
2.1.4 Fazit	60
2.2 Bewegung in der Mitte: Die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen	61
2.2.1 Fazit	64
2.3 Ein Blick in die Mitte: Mögliche Einflussfaktoren für rechts- extreme Orientierungen	66
2.3.1 Fazit	74
3 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) – Bielefelder Forschungsverbund	77
3.1 Theoretische Grundlagen und Konzepte	78

3.2	Faktoren und Ergebnisse zur Anfälligkeit von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen für den Rechtsextremismus	80
3.3	Sekundärauswertung der Bielefelder Daten von 2007 zur Frage der Anfälligkeit von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen für Rechtsextremismus	93
3.4	Fazit	100
4	Prekarität und Rechtspopulismus – Die Jenaer Studie	103
4.1	Desintegration und Prekarität	104
4.2	Rechtsextremismus oder Rechtspopulismus	105
4.3	Prekarisierung und Rechtspopulismus	106
4.4	Fazit	108
5	Regionale Voraussetzungen des Rechtsextremismus – Die Tübinger Studie	111
5.1	Theoretische Grundlagen	112
5.1.1	Sensibilisierende Konzepte	114
5.2	Methodische Vorgehensweise	115
5.3	Empirische Ergebnisse	116
5.4	Vergleich der Anfälligkeit für Rechtsextremismus von verschiedenen Gruppen	124
5.5	Fazit	126
6	Junge Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und Rechtsextremismus – Die IG-Metall-Jugendstudie	129
6.1	Leitende Forschungsfragen	130
6.2	Methodische Vorgehensweise	131
6.3	Allgemeine Ergebnisse	132
6.4	Theoretische Hintergründe	133
6.5	Empirische Ergebnisse	136
6.6	Einzelne Vergleiche	137
6.6.1	Männliche und weibliche Jugendliche	137
6.6.2	Mit und ohne Migrationshintergrund	138
6.6.3	Jugendliche aus den alten und aus den neuen Bundesländer	138
6.6.4	Jugendliche mit hohem und niedrigem Bildungsabschluss	139
6.6.5	Gewerkschafter und Nicht-Gewerkschafter	140

6.7	Begünstigende und reduzierende Faktoren	141
6.8	Fazit	141
7	Jugend und Rechtsextremismus – Die repräsentativen Jugendsurveys von Shell und dem Deutschen Jugendinstitut	143
7.1	Die 15. Shell Jugendstudie	143
7.2	Der Jugendsurvey 3 des Deutschen Jugendinstituts	146
7.3	Fazit	147
8	Zusammenfassender Vergleich der Studien	149
9	Literatur	159
	Über die Hans-Böckler-Stiftung	165

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die Berliner Studie	25
Abbildung 2: Erklärungsfaktoren	30
Abbildung 3: Erklärungsfaktoren	36
Abbildung 4: Prädiktoren für Rechtsextremismus	37
Abbildung 5: Die Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung	41
Abbildung 6: Die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen	61
Abbildung 7: Einflussfaktoren für rechtsextreme Orientierungen	66
Abbildung 8: Bielefelder Forschungsverbund	77
Abbildung 9: Bestandteile der GMF	81
Abbildung 10: Die Jenaer Studie	103
Abbildung 11: Die Tübinger Studie	111
Abbildung 12: Politische Kultur	115
Abbildung 13: Die IG-Metall-Jugendstudie	126
Abbildung 14: Komponenten rechter Orientierung	135
Abbildung 15: Vergleich der Studien	149
Abbildung 16: Vergleich der Studien (Einstellungsebene)	151

0 Einleitung

Rechtsextremismusstudien stoßen auf ein breites öffentliches Interesse. Häufig wird erwartet, dass die Studien Antwort geben auf die populären W-Fragen: wer, wie viele, warum, was? Man erwartet also Antwort auf die Frage, wer sind diese Rechtsextremisten, wie viele sind es, warum sind sie so geworden und was kann man dagegen tun? Wir gehen davon aus, dass diese populären Fragen an die Rechtsextremismusforschung von falschen Voraussetzungen ausgehen. Eine solche Voraussetzung ist, dass es sich bei den Rechtsextremen um eine abgrenzbare Gruppe handelt, dass es sich um eine Sondergruppe handelt, die genau bestimmbar ist. Schon die Alltagserfahrungen zeigen aber, dass es zwar auffällige rechtsextremistische Gruppen gibt, dass sie aber ein breites Umfeld haben, von dem sie kaum zu unterscheiden sind, und dass es viele gibt, die ganz ähnliche politische Überzeugungen haben, ohne aufzufallen.

In der Öffentlichkeit geht man häufig auch davon aus, dass präzise Messinstrumente die Rechtsextremisten herausfiltern können und genau aufzeigen können wie viele rechtsextrem sind und wie viele nicht. Die Messinstrumente haben meist die Form von Fragebogen und bieten einzelne Skalen an, auf denen eine Position, zum Beispiel zwischen 1 und 6, angekreuzt werden kann. Die Mittelwerte aus solchen Fragebogenskalen geben Hinweise auf die Ausprägung politischer Orientierungen und es kann errechnet werden wie viel Prozent der Befragten einen bestimmten Wert erreichen. Ab einem bestimmten Wert wird dann festgelegt, dass es sich um Rechtsextremismus handelt, das heißt es wird festgelegt, wo sich der Cutting-Point befindet. Dies ist eine relativ willkürliche Bestimmung und sie führt, je nach Lage des Cutting-Point, zu unterschiedlichen Prozentsätzen. In einer Untersuchung kann also ein Prozentsatz von 20 Prozent Rechtsextremisten diagnostiziert werden, in einer anderen Untersuchung von 5 Prozent.

Einer der Gründe, warum die Frage nach der Prozentzahl von Rechtsextremisten so populär ist, besteht darin, dass damit die Nachfrager mit der Problematik selbst nichts zu tun haben. Rechtsextremisten sind immer die anderen, somit kann man sie sich als eine Art exotische Gruppe vorstellen. Zu der Vorstellung von solchen Sondergruppen werden auch die entsprechenden Bilder, zum Beispiel von Skinheads, geliefert.

Die daran anschließende Frage ist, durch welche Sozialisation und durch welche Defizite in ihrer Sozialisation sind die Rechtsextremisten so geworden und was ist zu tun?

Die Rechtsextremismusforschung versucht zum Teil Antwort zu geben auf die genannten W-Fragen der Öffentlichkeit, geht damit aber an der Wirklichkeit des Rechtsextremismus vorbei. Es kann deshalb in unsere Expertise nicht darum gehen, welche Studie die richtigen Zahlen für die Beantwortung der populären W-Fragen liefert.

Eine weitere Erwartung an unsere Expertise könnte sein, dass wir neuere Studien daraufhin vergleichen, welche übereinstimmenden Ergebnisse sie liefern. Das Problem besteht in diesem Fall jedoch darin, dass sich die Studien nur schwer miteinander vergleichen lassen und dass sie aus methodischen Gründen zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, ohne dass sie jeweils falsch wären. Das kann daran liegen, dass unterschiedliche empirische Forschungsmethoden verwendet werden, dass also zum Beispiel die eine Studie qualitative Methoden verwendet, die andere aber quantitative Methoden. Unter den von uns analysierten Studien ist die Berliner Studie zu »Gewerkschaften und Rechtsextremismus« quantitativ ausgerichtet, ebenso eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und auch die Bielefelder Studie zur »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit«. Dagegen handelt es sich bei der Jenaer-Studie von Klaus Dörre um eine rein qualitative Studie. Weitere Studien, die wir untersuchen, sind sowohl quantitativ als auch qualitativ ausgerichtet. Das gilt vor allem für die Tübinger Studie zu »Rechtsextremismus und sein Umfeld«. Die qualitativen und quantitativen Studien lassen sich leider nicht im Sinne einer Triangulation wechselseitig überprüfen, da sie sich eher ergänzen und sich nicht miteinander abgleichen lassen.

Hinzu kommt, dass Rechtsextremismus jeweils unterschiedlich definiert wird. So wird zum Beispiel im angelsächsischen Bereich Rechtsextremismus mit Rassismus gleichgesetzt. Bei den deutschen Studien ist man sich nicht einig, was alles zum Rechtsextremismus gehört. Oft wird zum Beispiel zwischen Rassismus und Antisemitismus unterschieden, in anderen Studien fehlt der Nationalismus oder auch der Autoritarismus. Letztere werden zwar gerne zur Erklärung von Rechtsextremismus herangezogen, aber nicht zu seiner Definition, obwohl der Beginn der Rechtsextremismusforschung in den »Studien zum Autoritären Charakter« von Theodor Adorno gesehen werden kann³ und gerade der Nationalismus in

3 Adorno 1995.

der deutschen Geschichte zweifellos eine herausragende Rolle gespielt hat. Dem entsprechend wird natürlich Rechtsextremismus auch unterschiedlich erfasst, das heißt die verschiedenen Komponenten werden mit unterschiedlichen Instrumenten gemessen.

Was aber will man messen, eine Einstellung, eine Orientierung oder eine Haltung? Einstellungen sind schwer zu definieren und ihr Bezug zum Handeln ist unklar, Orientierungen meinen etwas anderes, nämlich die handlungsleitende Ausrichtung einer Person, wogegen Haltungen ein bestimmtes Verhältnis zu etwas Bestimmten meinen. Trotz dieser Unterscheidungen werden die drei Begriffe rechtsextreme Einstellungen, Orientierungen und Haltungen in den verschiedenen Studien oft synonym benutzt, was nicht zu einer theoretischen Klarheit beiträgt. Wir halten den Begriff der Orientierung wegen seines Handlungsbezugs am angemessensten und werden deshalb in unserer Expertise – soweit es die Studien zulassen – den Begriff der rechtsextremen Orientierungen verwenden.

Auch die Erklärungen der Entstehung oder Entfaltung des Rechtsextremismus sind sehr unterschiedlich. Die Interpretation der Daten hängt von den zu Grunde liegenden Theorien ab.

Die verschiedenen Studien beziehen sich im Allgemeinen auch auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen. Die einen untersuchen vor allem Jugendliche (Shell Jugendstudie, Tübinger Rechtsextremismusstudie und IG-Metall Jugendstudie), die anderen Studien beziehen die gesamte Bevölkerung ein und stützen sich auf repräsentative Umfragen; so die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und die Berliner-Studie, sowie das Bielefelder Projekt. Da rechtsextremistisch auffällige Gruppen kaum direkt mit Hilfe von Fragebögen befragt werden können, wird versucht sie aus größeren Stichproben herauszufiltern. Diese Unterstichprobe wird dann genauer analysiert.

Wichtig scheint zusammenfassend der Hinweis, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen der jeweiligen Definition von Rechtsextremismus, der Theorieauswahl zu seiner Erklärung, der Auswahl der Bezugsgruppe, die untersucht wird, der Wahl der Forschungsmethode und den praktischen Konsequenzen, die gezogen werden. In die Definition des Rechtsextremismus geht bereits eine bestimmte Theorie über den Rechtsextremismus mit ein und für die Untersuchung finden sich dann spezifische Bezugsgruppen, die zu diesen Theorien besonders passen; entsprechend werden dann auch spezifische praktische Konsequenzen abgeleitet. Man sollte also nicht davon ausgehen, dass Definition, Theorie, Methode und

praktische Konsequenzen objektiv und umfassend gültig und von spezifischen Bezugsgruppen unabhängig sind.

Die benannten Einschränkungen im Bezug auf den Vergleich verschiedener neuerer Studien zum Rechtsextremismus müssen in unserer Expertise in Rechnung gestellt werden, wenn wir die Anfälligkeit von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen für Rechtsextremismus auf der Basis neuerer Studien untersuchen wollen. Da die Studien nicht alle das gleiche untersuchen, sondern unterschiedliche Schwerpunkte haben, werden wir das bei unserer Analyse berücksichtigen. Keine der Studien kann beanspruchen, den Rechtsextremismus generell zu erfassen und ganz allgemein das Verhältnis von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zum Rechtsextremismus zu klären. Vielmehr liefert jede Studie bestimmte Fassetten zu der Frage der Anfälligkeit von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen bezüglich des Rechtsextremismus.

Methodisch gehen wir in unserer Expertise so vor, dass wir zum einen Gruppen mit verschiedenen strukturellen Merkmalen (z.B. nach Geschlecht und Schulbildung) vergleichen und dabei Hinweisen auf spezielle Auffälligkeiten von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen für Rechtsextremismus nachgehen, und dass wir zum anderen Faktoren für die Anfälligkeit ermitteln. Dabei setzen wir uns kritisch mit den angewandten Methoden auseinander und versuchen die (begrenzte) Reichweite der einzelnen Ergebnisse zu bestimmen.

Wo immer es möglich ist, vergleichen wir Erwerbstätige mit Nichterwerbstätigen und weiterhin innerhalb der Erwerbstätigen verschiedene Untergruppen, also zum Beispiel Erwerbstätige mit und ohne Berufsausbildung, mit hohen und niederem Schulabschluss, Männer mit Frauen usw. Dem liegen jeweils Hypothesen, bzw. Erwartungen im Bezug auf die Ergebnisse zu Grunde. Entsprechend bieten sich verschiedene Theorien zur Erklärung der gefundenen Differenzen an. Ein solcher Gruppenvergleich ist im Allgemeinen auf der Basis der Forschungsliteratur, das heißt der publizierten Ergebnisse, kaum möglich, da in den meisten Untersuchungen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nicht gesondert untersucht und nicht mit anderen Gruppen der Bevölkerung verglichen werden. Wir haben deshalb in mehreren Fällen die Daten der Studien angefordert und selbständig unter unserer Fragestellung statistisch ausgewertet. Dies trifft für eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu, außerdem für das Bielefelder Projekt »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«, zu dem wir die Daten der Erhebung von 2007 heranziehen konnten, sowie die Shell Jugendstudie von 2006 und die Tübinger

Jugendstudien. Die selbstständige Auswertung für die Expertise ist jedoch nur bei quantitativen Studien möglich.

Auch für die Analyse von Faktoren, die Rechtsextremismus begünstigen, haben wir zusätzliche Spezialauswertungen durchgeführt. Wir unterscheiden dabei zwischen strukturellen Faktoren und subjektiven Faktoren. Bei den strukturellen Faktoren handelt es sich um sozioökonomische Indikatoren, wie zum Beispiel Alter, Geschlecht, Bildungsstand, Berufsstatus. Bei den subjektiven Faktoren geht es um Orientierungen, die einen Einfluss auf die Entwicklung von Rechtsextremismus haben könnten. Solche subjektive Faktoren sind zum Beispiel Zukunftsangst, Machtlosigkeit oder Orientierungslosigkeit.

Sowohl beim Gruppenvergleich als auch bei der Ermittlung von Faktoren erklären wir die Anfälligkeit für Rechtsextremismus nicht durch objektive oder subjektive Bedingungen, denen die Betroffenen in ihrer Sozialisation ausgesetzt sind oder ausgesetzt waren, sondern wir interpretieren die empirischen Zusammenhänge zwischen den unabhängigen objektiven und subjektiven Variablen und den abhängigen Rechtsextremismus-Variablen im subjektwissenschaftlichen Sinn als Begründungsfiguren. Wir gehen also davon aus, dass die untersuchten Subjekte nicht einfach Opfer von äußeren Bedingungen geworden sind, sondern dass solche scheinbaren Bedingungen als Begründungen für rechtsextreme Orientierungen fungieren. Rechtsextreme Orientierungen müssen also in irgendeiner Weise für die Betroffenen begründbar, das heißt subjektiv funktional sein. Bei dieser Vorgehensweise wird der Subjektcharakter der Untersuchten nicht in Frage gestellt.

Die neuere Rechtsextremismusforschung geht nicht mehr wie in früheren Jahren davon aus, dass zwischen Kontext und rechtsextremer Orientierung ein einfaches Ursache-Wirkungsverhältnis besteht. Teilweise wird stattdessen diskurstheoretisch argumentiert. So stellt zum Beispiel Esther Burkert in Frage, »ob Orientierungen tatsächlich direkte Übersetzungen von individuellen [...] Erfahrungen in politische Orientierungen sind oder ob nicht auch der umgekehrte Weg denkbar ist, das nämlich verbreitete soziale Repräsentationen in die eigenen Lebenswelt übertragen werden und dort durch konkret bildhafte Erzählungen bestätigt werden«⁴. Auch Klaus Dörre geht in seiner Studie diskurstheoretisch von einem Rechtspopulismus aus, der von einigen Gruppen aufgegriffen wird, von anderen aber nicht. »In der Arbeitswelt, in Betrieben und Unternehmen wird ein Teil jenes Konfliktstoffs erzeugt, der dann in der politischen Öffentlichkeit als

4 Burkert 2006, S. 161.

reaktiver Nationalismus oder Rechtspopulismus von Arbeitern auftaucht.«⁵ An anderer Stelle fragt Klaus Dörre, ob die Prekarisierung von Arbeit ein »Nährboden für rechtspopulistische Orientierungen« sein kann. Zudem spricht er von »Verarbeitungsformen«, die Rechtspopulismus attraktiv machen können. Auf diese Weise wird ein einfacher Ursache-Wirkungszusammenhang vermieden. Dies gilt auch weitgehend für die anderen neueren Rechtsextremismusstudien, die wir in unserer Expertise einbeziehen.

Dies sind Hinweise darauf, dass es in unserer Expertise nicht nur um einen Vergleich von Ergebnissen verschiedener Studien geht, sondern auch um eine angemessene Interpretation der Ergebnisse. Insgesamt geht es auch um eine kritische Einschätzung der Tragfähigkeit der Befunde.

Für die Expertise haben wir Rechtsextremismusstudien ausgewählt, die nach 2000 publiziert wurden. Die ausgewählten Studien werden nun kurz vorgestellt:

Die verschiedenen neueren Studien, die wir in unsere Untersuchung einbezogen haben, werden jeweils in einem Kapitel abgehandelt. Um die Studien im Anschluss vergleichen zu können, werden bei jeder Studie die folgenden Aspekte dargestellt und analysiert: die theoretische Grundlage, einschließlich der Definitionen, die methodische Vorgehensweise und die entsprechenden Instrumente, die empirischen Ergebnisse, die Anfälligkeit für Rechtsextremismus bei verschiedenen Gruppen, sowie die begünstigenden und reduzierenden Faktoren für Rechtsextremismus. Die Schwerpunkte und die speziellen Bezugsgruppen der jeweiligen Studie werden schon durch die Kapitelüberschrift und die darauf folgende graphische Übersicht zum Ausdruck gebracht.

Das *erste Kapitel* behandelt die Berliner-Studie von Richard Stöss, Michael Fichter, Joachim Kreis, Bodo Zeuner und Jochen Gester zum Thema »Gewerkschaften und Rechtsextremismus«. Die Studie beruht auf einer deutschlandweiten repräsentativen Umfrage unter der erwachsenen Bevölkerung und konzentriert sich dabei auf den Vergleich von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern im Bezug auf rechte Orientierungen. Dies ist die einzige neuere Studie, die sich speziell auf Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerinnen und Gewerkschaftsmitglieder konzentriert. Zugrunde gelegt wird die so genannte »Spiegelbildthese«, hinter der die Leitfrage der Untersuchung steht: Bilden Gewerkschaftsmitglieder ein Spiegelbild der Gesellschaft, gleichen sie also in ihren sozialen Merkmalen den Unorganisierten und sind sie genauso anfällig für Rechtsextremismus wie diese.

5 Dörre 2004, S. 291f.

Geprüft wird in der Studie, ob nicht nur ein genereller Unterschied bezüglich rechtsextremer Orientierungen zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern besteht, sondern auch ob die soziale Zusammensetzung der Mitglieder und Nicht-Mitglieder gleich ist und ob die allgemeinen (politischen) Orientierungen übereinstimmen.

Die Studie liefert zwar Prozentangaben zum Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern, sie werden jedoch primär zur Veranschaulichung im Vergleich benutzt. Es werden sehr detailliert Faktoren ermittelt, die einen Einfluss auf Rechtsextremismus haben sollen. Der Rechtsextremismus selbst, bzw. die rechtsextremen Orientierungen sind aber weniger aus Theorien hergeleitet als vielmehr in Konsenskonferenzen mit anderen Forschungsgruppen gemeinsam festgelegt worden. Dadurch soll eine bestimmte Vergleichbarkeit zwischen verschiedenen Untersuchungen ermöglicht werden.

Im *zweiten Kapitel* werden Studien analysiert, die sich mit dem Rechtsextremismus als gesamtgesellschaftlichem Problem auseinandersetzen und die zeitlich versetzt von einer Forschungsgruppe der Abteilung für Medizinische Psychologie und Soziologie der Universität Leipzig durchgeführt wurden, eine quantitative Studie und eine qualitative Studie. Die Studien wurden im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung unter Leitung von Oliver Decker und Elmar Brähler erstellt. Die quantitative Studie hat den Titel »Vom Rand zur Mitte – Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland«⁶. In dem für Deutschland repräsentativen Survey wurden 5036 Bundesbürger befragt. Es werden verschiedene Gruppen in Bezug auf die Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen verglichen, etwa Ost- und Westdeutsche, Altersgruppen, Männer/Frauen usw. Wie bei der Berliner-Studie werden auch eine ganze Reihe von Einflussfaktoren auf rechte Einstellungen und mögliche Schutzfaktoren in Beziehung zu Rechtsextremismus gesetzt. Dabei wird versucht, anhand der Ergebnisse das Verhältnis der einzelnen Einflussfaktoren bei der Begünstigung rechtsextremer Einstellungen oder zu ihrer Vermeidung zu bestimmen.

Decker und Brähler vertreten zwar einen »dualen Rechtsextremismusbegriff«, der aus Einstellungs- und Handlungsmustern zusammengesetzt ist, untersucht wird aber in der quantitativen Studie nur das Einstellungsmuster. Die rechtsextremen Einstellungen werden in gleicher Weise wie bei der Berliner Rechtsextremismus

6 Decker/Brähler 2006.

Studie gemessen, das heißt beide Forschergruppen haben sich auf Messkonventionen geeinigt.

Die qualitative Studie, die auch im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung von Decker und Brähler geleitet wurde, wurde 2008 unter dem Titel »Ein Blick in die Mitte – zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland« publiziert. Interessant ist hierbei, dass die Methode der Gruppendiskussion angewandt wurde, die in der Rechtsextremismusforschung sonst eher selten Verwendung findet. Die zwölf intensiven Gruppendiskussionen waren über die ganze Bundesrepublik verteilt. In der Auswertung wird auf jede der zugrunde gelegten Dimensionen des Rechtsextremismus gesondert eingegangen und sie werden in ihrer ganzen Komplexität dargestellt.

Das Bielefelder Projekt um Wilhelm Heitmeyer, das im *dritten Kapitel* analysiert wird, ist das umfangreichste Unternehmen unter den von uns untersuchten Studien. Es beschäftigt sich nicht speziell mit Rechtsextremismus, sondern mit der »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit«. Das Projekt hat die Aufgabe, die Entwicklung der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und darin auch des Rechtsextremismus in ihrem zeitlichen Verlauf zu beobachten. Seit 2002 wurde jedes Jahr ein Survey durchgeführt, wozu jährlich ein Band mit dem Titel »Deutsche Zustände« erschien. Neben dem jährlichen Survey wird seit einigen Jahren auch eine Längsschnittuntersuchung durchgeführt.

Wir haben für unsere Expertise einerseits die bisher erschienenen sieben Bände der Publikationsreihe »Deutsche Zustände« ausgewertet, andererseits aber auch eigene Auswertungen mit den Daten von 2007 durchgeführt. Dies war nötig, da wir speziell Erwerbstätige mit Nicht-Erwerbstätigen vergleichen wollen und sich ein solcher Vergleich nicht in den publizierten Ergebnissen findet. Unsere Spezialauswertung stützt sich demnach auf die Daten von 2007. Dieses Sample besteht aus 1775 repräsentativ ausgewählten Personen (ohne Migranten). Wir verwenden für unsere Auswertung einige Skalen, die durch Zusammenfassung einzelner Fragebogenfragen gebildet wurden, als Indikatoren für Rechtsextremismus. Dazu gehören die Fremdenfeindlichkeit, der Rassismus, der Autoritarismus, der Antisemitismus und der Nationalismus. Dies stimmt zum Teil nicht mit den Konzepten der Projektgruppe überein, in denen davon ausgegangen wird, dass die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit durch Aspekte des Rechtsextremismus erklärt werden kann. Autoritarismus wird so zum Beispiel nicht als Dimension des Rechtsextremismus betrachtet, sondern als Erklärung für die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Unsere Auswertung der Originaldaten hat sich als sehr fruchtbar für die Bestimmung von Faktoren erwiesen, die Rechtsextremismus begünstigen können. Wir vergleichen dabei Erwerbstätige und Nicht-Erwerbstätige miteinander, beschränken uns aber in der weiteren Analyse auf die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen.

Im *vierten Kapitel* wird eine ganz andere Studie analysiert, die nicht auf repräsentativ-Umfragen unter der deutschen Bevölkerung basiert, sondern die auf themenzentrierten Interviews mit Arbeitern und Arbeiterinnen und Angestellten beruht. Es handelt sich nicht um eine spezifische Rechtsextremismusstudie, sondern um eine Studie zu Prekarisierungsprozessen in der Erwerbsarbeit. Die Studie von Klaus Dörre, Klaus Kraemer, Frederic Speidel trägt den Titel »Prekäre Beschäftigungsverhältnisse – Ursache von sozialer Desintegration und Rechtsextremismus?«. Der Endbericht zu dieser Studie wurde im November 2005 vorgelegt und inzwischen ist eine ganze Reihe von Artikel zu den Ergebnissen erschienen. Sie sind Grundlage der Expertise. Auf der Basis von 100 Interviews wurden neun Typen von Beschäftigten gebildet, die in unterschiedlicher Weise von Prekarisierungsprozessen und Desintegration betroffen sind. Für diese verschiedenen Typen wird schließlich untersucht, inwiefern sie anfällig für Rechtspopulismus sein könnten.

Interessant ist dabei, dass nicht schlechte Beschäftigungsverhältnisse kurzschlussig für rechtsextreme Tendenzen verantwortlich gemacht werden. So formuliert Klaus Dörre sehr vorsichtig: »zwar folgt die Produktion politischer Einstellungen und Meinungen einer eigenen, gegenüber den unmittelbaren Arbeitserfahrungen relativ autonomen Logik (Bourdieu 1988), es gibt jedoch Berührungspunkte zwischen beiden Sinnwelten«⁷. Der mögliche Zusammenhang zwischen Prekarisierung und Rechtspopulismus stellt eine sehr wichtige Komponente in dem Verhältnis von Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und Rechtsextremismus dar.

Im *fünften Kapitel* wird eine Studie behandelt, die wir selbst unter dem Titel »Rechtsextremismus und sein Umfeld« durchgeführt haben. Bei dieser Tübinger Studie handelt es sich um eine Regionalstudie: Eine bestimmte Region wurde in einer Art Fallanalyse daraufhin untersucht, welche Prozesse in einer prosperierenden Region den Rechtsextremismus begünstigen können. Das Augenmerk wurde dabei vor allem auf die politische Kultur in den verschiedenen ländlichen

7 Dörre 2007, S. 27 f.

und städtischen Feldern dieser Region gelegt. In der Studie wurde bisher nicht der Frage nachgegangen, welches Verhältnis im Besonderen die jungen Beschäftigten zum Rechtsextremismus haben. Deshalb wird in der Expertise eine Spezialauswertung vorgenommen, in der junge Auszubildende mit anderen Jugendlichen in der Region, meist Schülern und Schülerinnen, verglichen werden. Die Studie nutzt einen Methodenmix, der aus Umfragedaten, Interviews, Focusgroups, Experteninterviews und ethnographischen Beobachtungen besteht. Für die Expertise werden vor allem die quantitativen Umfragedaten herangezogen.

Im Gegensatz zu den bisher aufgeführten Untersuchungen auf der Basis von repräsentativen Bevölkerungsumfragen, handelt es sich hier um eine spezielle Fragestellung, die aber trotzdem für die Frage nach dem Verhältnis von Arbeitnehmern bzw. Arbeitnehmerinnen und Rechtsextremismus von hoher Bedeutung ist. Wir gehen davon aus, dass der regionale Kontext einen wesentlichen Bezugspunkt für die Entwicklung von politischen Orientierungen darstellt, und dass er sogar eine wichtigere Bedeutung hat, als die Erfahrungen am Arbeitsplatz. Die Tübinger Forschungsgruppe hat eine eigene Definition von Rechtsextremismus, sie sieht diesen als ein Syndrom ausgrenzender Orientierungen mit den Komponenten Autoritarismus, Nationalismus und Rassismus. Diese können einzeln oder in Kombination auftreten.

Im *sechsten Kapitel* ziehen wir die IG-Metall Jugendstudie heran, die von der Tübinger Forschungsgruppe durchgeführt wurde. Auch bei dieser Studie beschränken wir uns nicht auf die publizierten Ergebnisse, sondern ergänzen sie um eine Spezialauswertung zum Thema Rechtsextremismus bei Arbeitnehmerjugendlichen.

In dem darauffolgenden *siebenten Kapitel* werden die großen deutschen Jugendsurveys von Shell und dem Deutschem Jugendinstitut daraufhin befragt, ob und wie sie das Thema Rechtsextremismus berücksichtigen.

Dazu haben wir die letzte Shell-Jugendstudie von 2006 herangezogen. Da sich diese Jugendstudie nicht speziell mit jungen Beschäftigten auseinandersetzt und es dazu auch kein gesondertes Kapitel gibt, haben wir auch hier die Originaldaten angefordert und einer speziellen statistischen Auswertung für junge Beschäftigte unterzogen. Die Shell-Jugendstudien versuchen aktuelle Tendenzen bei Jugendlichen herauszuarbeiten. Diese Tendenzen stellen zugleich ein bestimmtes Verhältnis zu politischen Prozessen dar. In der Studie von 2006 diagnostizieren die Autoren Matthias Albert, Klaus Hurrelmann, Anja Langness und Gudrun Quenzel die Jugendlichen als »pragmatische Generation unter Druck«. Das folgende Zitat

verdeutlicht diesen Zusammenhang: »Nachhaltig beeindruckt dabei jedoch, das die Jugendlichen in Deutschland selbst vor dem Hintergrund der Wahrnehmung zunehmend schwieriger Umstände und unsicherer Zukunftsperspektiven bislang nicht mit großflächigem Protest bzw. einer Infragestellung gesellschaftlicher Zielvorstellungen und Leitbilder reagieren. Das Ziel des Aufstiegs verdrängt weiterhin das des Ausstiegs: eine »pragmatische Generation« befindet und empfindet sich zwar unter Druck, reagiert darauf jedoch weiterhin mit dem Anspruch die Zukunft aktiv zu gestalten«⁸. Jedoch entsteht die Frage, ob junge Beschäftigte dadurch zu einer Distanz oder im Gegenteil zu einer Nähe zum Rechtsextremismus finden und wie sich unter dieser Voraussetzung ihr Verhältnis zur Politik gestaltet. Befragt wurden 2532 Jugendliche im Alter zwischen 12 und 25 Jahren aus den alten und neuen Bundesländern. Es handelt sich also um eine repräsentative Panoramauntersuchung, die wir durch eine Spezialauswertung für unsere Expertise nutzen wollen.

Zusätzlich untersuchen wir den aktuellen Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts, um zu klären, ob und wie der jugendliche Rechtsextremismus berücksichtigt wird. Die dritte Welle des Jugendsurveys von 2003 zeigt deutlich, dass der Rechtsextremismus bei Jugendlichen hier generell kaum als Problem gesehen wird und nur eine Randnotiz darstellt.

Ein Vergleich der verschiedenen Studien folgt im zusammenfassenden *achten Kapitel*. Ein solcher Vergleich ist nicht unproblematisch, da - wie anfangs dargestellt - zwischen den Studien Übereinstimmungen weder in den Definitionen von Rechtsextremismus, noch in den Theorien zu Rechtsextremismus, noch in den Bezugsgruppen bestehen. Gleichwohl kann gefragt werden, welchen Beitrag die einzelnen Studien leisten, um das Verhältnis von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen und Rechtsextremismus zu klären. Der Vergleich der Untersuchungen im letzten Kapitel stellt deshalb auch eine Art von Zusammenfassung dar.

8 Hurrelmann/Albert 2006, S. 451.

1 Gewerkschaften und Rechtsextremismus - Die Berliner Studie

Abbildung 1: Die Berliner Studie

Forschungsinstitution	Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften. Otto-Suhr-Institut Gefördert durch die Hans-Böckler- und Otto-Brenner-Stiftung
Autoren/innen	Richard Stöss, Michael Fichter, Joachim Kreis, Bodo Zeuner
Veröffentlichung	2007 bei Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster
Zeitraum der Studie	2002-2004
Regionaler Rahmen der Studie	Stichprobe aus der deutschen Bevölkerung
Beschreibung der Stichprobe	Disproportional geschichtete Stichprobe aus der deutschen Bevölkerung, daraus für die repräsentative BRD-Stichprobe Design-Gewichtung nach soziostrukturellen Merkmalen 4008 Probanden gesamt, davon 2006 Gewerkschaftsmitglieder, 2002 Nichtmitglieder jeweils ca. 1000 in Ost- und Westdeutschland
Analyse	<ol style="list-style-type: none"> 1. Theoretische Grundlagen und Konzepte Soziologischer Ansatz, der strukturelle und psychologische Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus empirisch testet 2. Methodische Vorgehensweise Telefonumfrage durch FORSA 3. empirische Ergebnisse Gewerkschaftsmitglieder sind insgesamt gleich anfällig für Rechtsextremismus wie die Gesamtbevölkerung 4. Vergleich der Anfälligkeit verschiedener Gruppen Unter den Gewerkschaftsmitgliedern sind v.a. die passiven Gewerkschaftsmitglieder im Westen und die aufgestiegene Mittelschicht für Rechtsextremismus anfällig 5. Begünstigende Faktoren Autoritarismus, Unzufriedenheit, politische Apathie v.a. bei Nicht-Mitgliedern im Osten Deutschlands

Der Rechtsextremismus wird im Allgemeinen in Randgruppen der Gesellschaft verortet, Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die gut in den Arbeitsprozess integriert sind, gelten im öffentlichen Diskurs als eher nicht-anfällig; als noch weniger anfällig für Rechtsextremismus werden Gewerkschaftsmitglieder betrachtet. Diese scheinbare Selbstverständlichkeit wurde schon Anfang der 1990er Jahre durch Untersuchungen in Frage gestellt, die zum einen belegt haben, dass Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in gesicherter Lage nicht weniger zu Rechtsextremismus neigen als solche in ungesicherter Situation. Zum anderen, dass Gewerkschafts-

mitglieder nicht weniger anfällig sind als Nicht-Mitglieder.⁹ Solche irritierenden Befunde waren Ausgangspunkt für das Berliner Projekt, das von der Otto Brenner und der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurde.

Bei der Berliner Projektgruppe handelt es sich um renommierte Rechtsextremismusforscher, von denen Richard Stöss für die Bundeszentrale für politische Bildung im Jahr 2000 eine Bilanz zum Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt hat.¹⁰ Die Berliner Projektgruppe hat sich also besonders dafür empfohlen, die wichtige Frage zu klären, ob unter den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen die Gewerkschaftsmitglieder weniger stark anfällig sind für Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als die Nicht-Mitglieder. Diese Frage ist vor allem deshalb von sehr hohem Interesse, da die Gewerkschaften die Organisationen darstellen, die einen hohen Einfluss auf Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen haben dürften. Es handelt sich demnach nicht nur um eine theoretische, sondern auch um eine praxisrelevante Fragestellung.

Zu dieser Fragestellung bietet die Projektgruppe drei Alternativthesen an: die »Spiegelbildthese«, die »Anziehungsthese« und die »Immunisierungsthese«¹¹. Die Gewerkschaftsmitglieder können also in Bezug auf ihre Anfälligkeit für Rechtsextremismus entweder ein Spiegelbild der übrigen Gesellschaft sein, das heißt sie unterscheiden sich nicht von den Nicht-Mitgliedern. Die Mitglieder können aber auch aufgrund ihrer Lage in besonderer Weise vom Rechtsextremismus angezogen werden, oder sie können durch die Gewerkschaften immunisiert werden. Welche dieser Thesen zutrifft, sollte durch die Studie geklärt werden. Dazu wurde ein umfangreicher Fragebogen konzipiert und eine bundesweite Umfrage bei dem FORSA-Institut in Auftrag gegeben. Zusätzlich wurden Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen in Gruppendiskussionen einbezogen. Da diese ergänzende Untersuchung zur Frage nach der Anfälligkeit von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zu Rechtsextremismus wenig beitragen kann, wird sie im Weiteren nicht mehr berücksichtigt.

9 Allespach u.a. 2000.

10 Schubarth/Stöss 2000.

11 Stöss u.a. 2004.

1.1 Was ist Rechtsextremismus?

Rechtsextremismus wird sehr unterschiedlich definiert, dies ist sowohl innerhalb als auch außerhalb der Sozialwissenschaften so – zum Beispiel bei Polizei und Verfassungsschutz oder in der Presse. Die Bestimmung des Phänomens wird noch dadurch erschwert, dass es sich bei dem Begriff des Rechtsextremismus nicht um einen international akzeptierten Standardbegriff handelt. So spricht man zum Beispiel in den angelsächsischen Ländern überwiegend von Rassismus, was darauf hinweist, dass es hier eine länderspezifische Komponente gibt, die mit den spezifischen deutschen Verhältnissen und mit der deutschen Geschichte korreliert.

Angesichts dieses Definitionsproblems behilft man sich in der Rechtsextremismusforschung damit, dass der Begriff in verschiedene Dimensionen aufgliedert wird, die dann nachträglich wieder zu einem Phänomen zusammen gefügt werden. So geht auch das Berliner Projekt vor, das die verschiedenen Rechtsextremismusforschungen sichtet und daraus die Dimensionen bestimmt, die sie für einschlägig hält. Dieses Verfahren enthält eine gewisse Beliebigkeit, die dadurch reduziert wird, dass verschiedene Forschungsgruppen auf Konventionen geeinigt haben, sprich es wurden gleiche Dimensionen vereinbart. Folgende Dimensionen wurden ausgewählt:

- Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur,
- Chauvinismus,
- Ausländerfeindlichkeit,
- Antisemitismus,
- Sozialdarwinismus,
- Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Interessant ist, dass die Dimensionen, die allgemein in der Literatur dominieren, hier nur spezifiziert auftauchen. Dies gilt für die drei Grundkomponenten Autoritarismus, Rassismus und Nationalismus. Die Dimension des Chauvinismus ist sicher eine Spezifizierung von Nationalismus, deckt ihn aber auf gar keinen Fall ab. Dies zeigen auch die Items mit denen der Chauvinismus erfasst werden soll. Hier geht es vor allem um die Durchsetzung deutscher Interessen gegenüber dem Ausland. Dies bezeichneten wir in unserer eigenen Forschung als expansiven Nationalismus, der jedoch nur eine Komponente nationalistischen Denkens darstellt.

Sieht man sich die verschiedenen Dimensionen des Rechtsextremismus bei der Berliner Forschungsgruppe an, so stellt man eine gewisse Diskrepanz zu dem fest, was in der Öffentlichkeit und auch in der Selbstdefinition der Rechtsextre-

men als Rechtsextremismus bezeichnet wird. Bei den Rechtsextremisten steht der Nationalismus in seiner ganzen Breite im Mittelpunkt und wird durch rassistische Aspekte angereichert. Seine Militanz kommt durch den vorherrschenden Autoritarismus zum Ausdruck. Die Einigung einzelner Forschungsgruppen auf die sechs Dimensionen ist demnach nicht unbedingt unumstritten. Hinzu kommt, dass sich der Zusammenhang zwischen den einzelnen Dimensionen theoretisch nur schwer herstellen lässt. Die sechs Dimensionen bilden – nach Ansicht der Berliner Forschungsgruppe – ein Einstellungsmuster, das sicher wesentliche Aspekte des Rechtsextremismus erfasst, aber dem Anspruch *den* Rechtsextremismus zu erfassen nicht gerecht wird.

Auch im Bezug auf die Auswahl der Items, das heißt der Fragebogenfragen, hat man sich mit anderen Forschungsgruppen geeinigt. Problematisch scheint uns daran generell, dass alle Items gleich gepolt sind, das heißt ein hoher Wert verweist immer auf Rechtsextremismus. Man liest beispielsweise »Geisteskranken sollte man verbieten, Kinder zu bekommen«. Dieser Aussage kann man zustimmen oder nicht zustimmen. Auf einer 7-stufigen Skala bestimmt der Befragte seine eigene Position. Durch die Art der Formulierung besteht die Gefahr, dass solche Aussagen legitimiert werden.

Die Messung steht bei solchen Intervallskalierten Skalen und der Zusammenfassung von Einzelfragen zu Indizes entsprechend der Dimensionen vor dem Problem, ab wann man einen Wert als Rechtsextremismus wertet. Es muss also ein so genannter »Cutting-Point« bestimmt werden. Die Forschungsgruppe hat festgelegt, dass die Überschreitung der Mitte der Skala der Cutting-Point sein soll, ab dem von Rechtsextremismus gesprochen und gezählt wird. Dadurch ist es möglich prozentuale Darstellungen für die einzelnen Dimensionen des Rechtsextremismus und für den Gesamtwert zu ermitteln. Die Autoren sind sich bewusst, dass diese Festlegung eine bestimmte Beliebigkeit enthält und die Gefahr besteht, dass rechte Orientierungen nicht mehr als Kontinuum, sondern als Eigenschaften von Sondergruppen betrachtet werden. Um dem zu entgehen, verwenden sie die Prozentsätze nur zum Vergleich von verschiedenen Gruppen, also im Hinblick auf ein mehr oder weniger. Der Nachteil dieser Vorgehensweise ist, dass keine signifikanten Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen sinnvoll gerechnet werden können, und tatsächlich werden immer wieder Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen berichtet, ohne dass klar wird, ob diese Unterschiede auf die Population verallgemeinert werden können.

Da die Dimensionen vorgängig bestimmt wurden und dann die Items dazu konstruiert wurden, handelt es sich um Operationalisierungen, die durch eine Faktorenanalyse zu einer Bestätigung geführt haben. Dies ist keine empirische Methode zur Ermittlung der zentralen Faktoren des Rechtsextremismus, sondern nur eine Bestätigung der gelungenen Operationalisierung.

Bei einer Umfrage mit einem Fragebogeninstrument ist es schwierig die Handlungskomponente des Rechtsextremismus zu erfassen. Deshalb hat die Berliner Forschungsgruppe sich auf die Messung von »Einstellungen« beschränkt, bezeichnet aber das, was sie gemessen hat, als »Einstellungspotentiale«¹². Teilweise wird auch von rechtsextremen Orientierungen gesprochen, gemeint sind dabei aber nicht innere Ausrichtungen, die das Handeln bestimmen, sondern Einstellungen, deren Beziehung zum Handeln unklar bleibt. Mit den geschilderten Methoden wird das rechtsextreme Einstellungspotential in der Bundesrepublik Deutschland gemessen, welches laut dieser Studie 20 % beträgt.¹³

Insgesamt kommen die Auswertungen zu folgendem allgemeinen Ergebnis: »Organisierte und Unorganisierte sind bundesweit gleich anfällig für Rechtsextremismus (unabhängig von der Konstruktion des Messinstrumentes) und für die einzelnen Bestandteile (Dimensionen) des rechtsextremen Einstellungsmusters«¹⁴.

Bei aller Kritik an der Bestimmung des Rechtsextremismus und an den Messmethoden kann man doch zugestehen, dass durch die vorherrschende Methode des Gruppenvergleichs reliable und valide Aussagen zu politischen Orientierungen im rechten Spektrum getroffen werden können. Bei der Interpretation der Ergebnisse können die methodischen Einwände dahingehend berücksichtigt werden, dass eher von einer Anfälligkeit für rechtsextreme Argumentationsmuster, als von rechtsextremen Einstellungen gesprochen werden sollte.

1.2 Empirische Ergebnisse

Die Berliner Forschungsgruppe unterscheidet zwischen einer allgemeinen Spiegelbildthese und einer speziellen Spiegelbildthese, das bedeutet sie prüft ganz allgemein, ob sich Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder insgesamt, sprich in allen möglichen Dimensionen unterscheiden (allgemeine Spiegelbildthese) und ob

12 ebd., S:83 f.

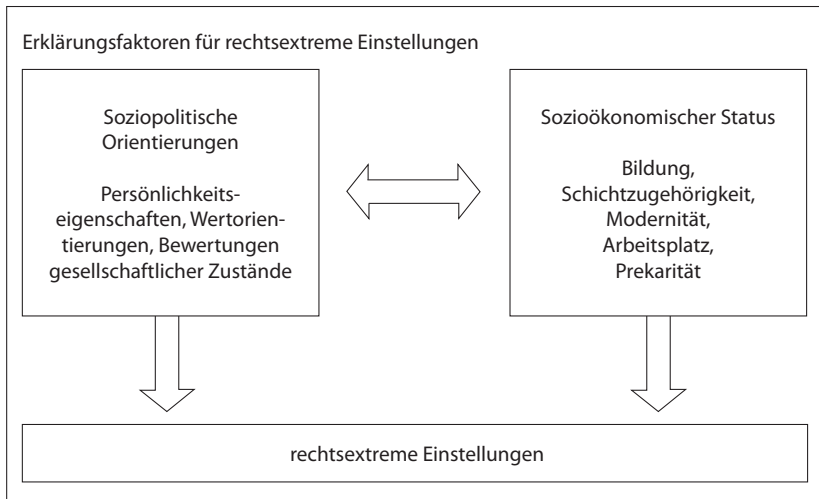
13 Stöss u.a. 2004, S. 95.

14 ebd., S 103.

sie sich speziell in Bezug auf rechtsextremistische Orientierungen unterscheiden (spezielle Spiegelbildthese). Es verwundert nicht, dass die Projektgruppe zu dem Ergebnis kommt, die allgemeine Spiegelbildthese wäre nicht zu halten. In Bezug auf Anfälligkeit für Rechtsextremismus wird die spezielle Spiegelbildthese einerseits bestätigt, da sich Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder insgesamt nicht in ihrer Anfälligkeit für Rechtsextremismus unterscheiden, andererseits wird die spezielle Spiegelbildthese im Detail zurückgewiesen, da es spezielle Gruppen unter Mitgliedern und Nichtmitgliedern gibt, die sich in Bezug auf rechte Tendenzen unterscheiden.

Das Kernstück des Projekts besteht darin, sogenannte Prädiktoren zu finden, die Rechtsextremismus bei verschiedenen Gruppen voraussagen können. Bei diesen Prädiktoren werden zwei Dimensionen unterschieden, nämlich der sozioökonomische Status der Befragten und ihre soziopolitischen Orientierungen. In beiden Fällen wird differenziert untersucht, welche Faktoren rechtsextreme Einstellungen erklären können. Die Erklärungsfaktoren stellen die Autoren der Studie in folgender Grafik dar¹⁵:

Abbildung 2: Erklärungsfaktoren



15 Stöss u.a. 2004, S. 461.

Dieses Schema basiert auf folgender Überlegung: »Organisierte sind zwar den selben globalen ökonomischen, sozialen und politisch-kulturellen Veränderungen ausgesetzt wie unorganisierte. Sie dürften sich aber hinsichtlich ihres sozioökonomischen Status und ihrer soziopolitischen Orientierungen durch besondere Merkmale gegenüber den Nicht-Mitgliedern auszeichnen und damit problematische Lebenslagen anders bewältigen als Nicht-Mitglieder«¹⁶. Aspekte des sozioökonomischen Status und der soziopolitischen Orientierungen können demnach die Neigung zu Rechtsextremismus begünstigen.

Im Folgenden übernehmen wir diese Grundgliederung der Ergebnisse, wobei es aber nicht Aufgabe unserer Expertise ist, alle Ergebnisse darzustellen. Es sollen vielmehr einige zentrale Befunde herausgearbeitet und kritisch reflektiert werden.

1.2.1 Aspekte des sozioökonomischen Status als Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen

In einem ersten Schritt prüfen die Forscher, in welchen Aspekten des sozioökonomischen Status sich Gewerkschaftsmitglieder von Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern unterscheiden. Sie prüfen damit die allgemeine Spiegelbildthese und stellen somit vorerst keinen Bezug zum Rechtsextremismus her. Die Ergebnisse sind nicht überraschend, Gewerkschaftsmitglieder haben im Vergleich zu Nicht-Mitgliedern einen niedrigeren Schulabschluss, ein höheres Nettoeinkommen, sind eher der Arbeitnehmer-Mittelschicht zuzuordnen, es sind mehr Männer als Frauen, sie sind häufiger erwerbstätig, haben einen geringeres Berufsprestige, es sind unter ihnen mehr einfache Arbeiter, Facharbeiter, verantwortliche Angestellte und Beamte, sie konzentrieren sich im produzierenden Gewerbe und im öffentlichen Dienst und finden sich außerdem häufiger in größeren Betrieben.

Daraus entsteht die nächste Frage, welche dieser Besonderheiten haben einen Einfluss auf rechtsextreme Einstellungen? Von den Gruppen mit diesen sozioökonomischen Statusmerkmalen weisen die meisten eine größere Neigung zum Rechtsextremismus auf.

Allerdings gibt es hier wichtige Ost-West Unterschiede. So weisen Facharbeiter, Personen mit hohem persönlichen Nettoeinkommen und Personen, die der Mittelschicht zuzuordnen sind, nur im Westen der Bundesrepublik eine höhere Anfälligkeit für Rechtsextremismus auf. Im Osten Deutschlands neigen Gewerk-

16 ebd., S. 428.

schaftsmitglieder insgesamt viel weniger zu Rechtsextremismus als Nicht-Mitglieder. Aus diesen Ergebnissen lässt sich folgern, dass vor allem die Ostdeutschen Gewerkschaftsmitglieder dafür sorgen, dass insgesamt zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern bei der rechtsextremistischen Orientierung kein Unterschied besteht.

Ein wesentliches Ergebnis der Studie bezeichnen die Berliner Forscher als »zutiefst irritierend«. Es bezieht sich auf einen Vergleich verschiedener sozialer Schichten und ihre Anfälligkeiten für Rechtsextremismus. Offenbar sind die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen besonders anfällig für Rechtsextremismus, die der sogenannten Mittelschicht angehören. »Die (Arbeitnehmer-)Mittelschicht ist dann, wenn sie sich gewerkschaftlich organisiert, erheblich anfälliger für Rechtsextremismus, als wenn sie nicht gewerkschaftlich organisiert ist«¹⁷. Die Schichtzuordnung wurde dabei nach dem persönlichen Nettoeinkommen und der erreichten Schulbildung getroffen. Nach dieser Einteilung gehörten 45 % der Gewerkschaftsmitglieder und 30 % der Nicht-Mitglieder der Mittelschicht an. In dieser Mittelschicht dominieren bei den Gewerkschaftsmitgliedern Personen mit einem niedrigen Schulabschluss und gleichzeitig einem hohen Gehalt, sie machen 35 % aus. Hier dominiert also eine Gruppe, die trotz niederem Schulabschluss sozial aufgestiegen ist. Die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder gehört dieser Schicht an und sie neigen, wie gesagt, viel stärker zu Rechtsextremismus als die Nicht-Mitglieder dieser Schicht. Die Bezeichnung Mittelschicht scheint etwas irreführend, gemeint sind zumeist Facharbeiter und gehobene Angestellte mit relativ gutem Einkommen.

Die Anfälligkeit für Rechtsextremismus gilt hier allerdings überwiegend für erwerbstätige Gewerkschaftsmitglieder in West-Deutschland. Sie befürworten eher eine rechtsautoritäre Diktatur und zeigen eine Form von Wohlstandschauvinismus, der stärker ist als bei den Nicht-Mitgliedern.

Wie erklären nun die Berliner Forscher dieses erstaunliche Ergebnis? Als Politikwissenschaftler weisen sie darauf hin, dass der Faschismus schon immer ein Extremismus der Mitte war, »dass also die Abstiegsängste der Mittelschichten rechtsextremen Bewegungen viel mehr Energie verschaffen, als die eher hilflosen Klagen der bereits Abgestiegenen«¹⁸. Die sozial Aufgestiegenen werden also ganz besonders von Abstiegsangst befallen und zwar individuell und kollektiv. Damit ist aber noch nicht die Frage geklärt, warum gerade die Gewerkschaftsmitglieder

17 Zeuner u. a. 2007, S. 50.

18 Zeuner u. a. 2007, S. 56.

der Mittelschicht besonders zu Rechtsextremismus neigen. Erklärt wird dies dadurch, dass diese – auf Grund der Entwicklung der Gewerkschaften – in den Gewerkschaften keine Gestaltungsmacht mehr sehen, sondern nur einen Versicherungsschutz. Die Autoren nennen das »die Schutzsucherhypothese«. Da diese Personen gleichzeitig dem Schutz der Gewerkschaften nicht mehr wirklich vertrauen, entwickeln sie zusätzlich politische Vorstellungen für die weitere Entwicklung und diese weisen nach rechts. Nach Ansicht der Autoren neigen Gewerkschaftsmitglieder »offenbar dann besonders zum Rechtsextremismus, wenn sie sich in einer außerordentlich unbefriedigenden Lebens- bzw. Arbeitssituation befinden.¹⁹ In einer solchen Situation entwickeln sie leicht systemkritische Orientierungen und diese »spiegeln die sich aus dem sozialen Status ergebenden Unsicherheiten, Unzufriedenheit und Ängste wieder und stellen daher wieder eine (mögliche) Form der subjektiven Verarbeitung von sozioökonomischen Problemlagen dar, die die Ausbreitung von Rechtsextremismus begünstigen kann.«²⁰

Kritisch sollte jedoch in Betracht gezogen werden, dass der wesentliche Faktor dessen, was hier zur Mittelschichtsdefinition beiträgt, die Bildung und im Speziellen die Schulbildung ist. Der Faktor Bildung hat in der Berliner Studie von allen Aspekten des sozioökonomischen Status den stärksten Effekt auf die Tendenz zu Rechtsextremismus. Sie stellt den »stärksten Prädiktor für Rechtsextremismus« dar, sie wird von den Autoren als »wichtigster soziokultureller Schlüsselprädiktor« bezeichnet.²¹ Weiterhin muss berücksichtigt werden, dass trotz allem die Gewerkschaftsmitglieder aus der Mittelschicht keine höheren Rechtsextremismuswerte erreichen als die Gesamtstichprobe, sie liegen also auch bei 20 %.

1.2.2 Soziopolitische Orientierungen als Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen

Während bei den Variablen zum sozioökonomischen Status – außer bei Bildung und Schicht – kaum Zusammenhänge zum Rechtsextremismus gefunden werden konnten, gibt es vielfältige Ergebnisse bei den soziopolitischen Orientierungen. Gemeint sind damit Persönlichkeitseigenschaften, Wertorientierungen und Bewertungen gesellschaftlicher Zustände. Schon an dieser Stelle muss kritisch angemerkt werden, dass es sich nicht wirklich um Persönlichkeitseigenschaften handelt, sondern um Orientierungen der Befragten. Außerdem wird der Orien-

19 Stöss u.a. 2004, S. 449.

20 ebd. S. 446 f.

21 Stöss u.a. 2004, S. 161.

tierungsbegriff theoretisch ungeklärt angewandt, es handelt sich nur um einen Sammelbegriff für Meinungen, Einstellungen und Überzeugungen.²² Während die Variablen des sozioökonomischen Status nur indirekt Rechtsextremismus erklären können und die einschlägigen Variablen nur 20 % der Varianz des Rechtsextremismus erklären, wird den soziopolitischen Orientierungen eine unmittelbarere Erklärungskraft zugesprochen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass hier besonders große Unterschiede zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern bestehen, ganz im Gegenteil: »Insgesamt lautet die Bilanz in Bezug auf die soziopolitischen Orientierungen, dass sich im Vergleich von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern überwiegend die allgemeine Spiegelbildthese bestätigt hat. Auch hinsichtlich der Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus konnten keine wirklichen Unterschiede zwischen Organisierten und Unorganisierten ermittelt werden«²³.

Es finden sich allerdings Unterschiede zwischen aktiven und passiven Gewerkschaftsmitgliedern. Zu den aktiven Gewerkschaftsmitgliedern zählen Funktionäre und sonstige Aktive. Circa 2/3 der Organisierten werden zur Gruppe der passiven Mitgliedern gezählt.

Gruppiert man die Organisierten in aktive und passive Mitglieder, so zeigt sich, dass sowohl die allgemeine als auch die spezielle Spiegelbildthese nur auf die passiven Mitglieder zutrifft.²⁴ Dies gilt vor allem für die passiven Mitglieder im Westen Deutschlands.

Interessant ist, dass das gewerkschaftliche Überzeugungssystem zwar bei den aktiven Mitgliedern stärker ausgeprägt ist als bei den passiven Mitgliedern, dass es aber insgesamt ohne Bedeutung für die Neigung zu Rechtsextremismus ist. Die soziopolitischen Orientierungen scheinen zwar einflussreich für die Entwicklung von Rechtsextremismus, allerdings bei Gewerkschaftsmitgliedern in gleicher Weise wie bei Nicht-Mitgliedern.²⁵

22 Stöss u.a. 2004, S. 201.

23 ebd., S. 263.

24 ebd., S. 284.

25 ebd., S. 252.

1.3 Begünstigende und reduzierende Faktoren

In der Rechtsextremismusforschung werden sehr viele verschiedene Faktoren für die Entwicklung und Billigung des Rechtsextremismus genannt. Die Berliner Projektgruppe hat sich intensiv damit auseinandergesetzt und versucht eine Ordnung in diese vielfältigen Faktoren, die in der Literatur für Rechtsextremismus verantwortlich gemacht werden, zu bringen. Es wird also keine eigene Theorie zur Entstehung des Rechtsextremismus entwickelt, um diese schließlich zu testen, sondern es werden die in der Forschung herausgearbeiteten Faktoren in vier Dimensionen gebündelt. Unterschieden werden die Dimensionen des Charakters, der Persönlichkeit, der Probleme und der politischen Kultur. Diese vier Unterscheidungen scheinen in sich nicht sehr schlüssig, da man zum Beispiel Charakter und Persönlichkeit nur schwer unterscheiden kann. In der Dimension Persönlichkeit finden sich viele Aspekte des Autoritarismus. Dieser ist für die Berliner Gruppe offenbar kein Bestandteil des Rechtsextremismus, sondern ein Erklärungsfaktor für Rechtsextremismus. Dass eine entsprechend hohe Korrelation zwischen Autoritarismus und Rechtsextremismus gefunden wurde, ist wohl nicht verwunderlich. Aus unserer Sicht wird hier der Rechtsextremismus in gewisser Weise mit sich selbst korreliert.

Bei den Charaktereigenschaften handelt es sich um die bekannten Unterstellungen: Hinter dem Rechtsextremismus wird Ich-Schwäche, Ängstlichkeit und Unsicherheit verborgen. Auf diese Weise wird in verschiedenen Untersuchungen immer wieder versucht, die Rechtsextremisten in eine Defizit- und Opferrolle zu bringen.

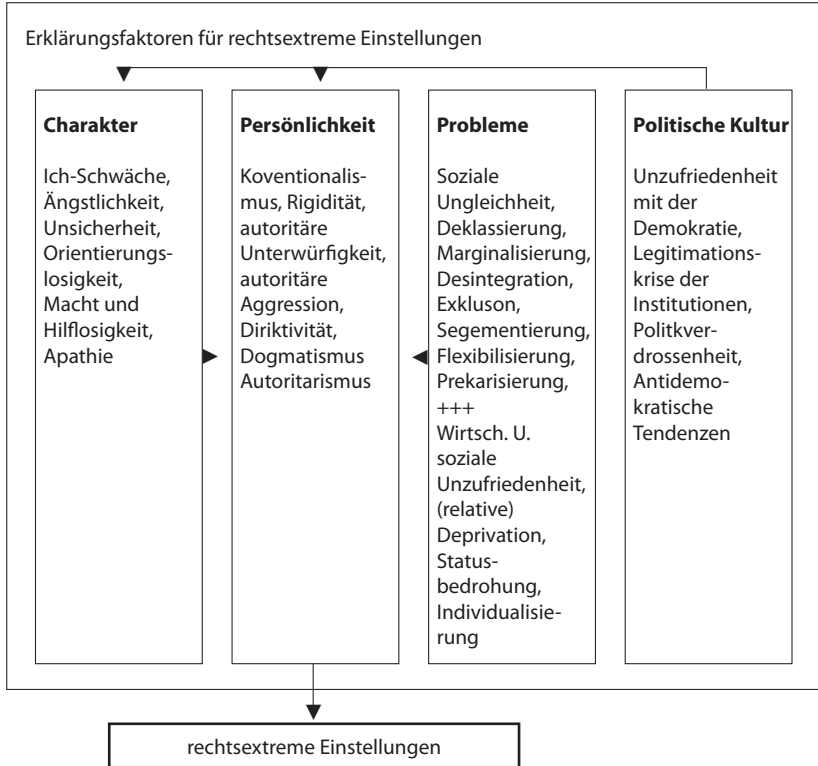
Unter der Rubrik Probleme verbergen sich die sozialen Probleme, mit denen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in unterer Position besonders zu kämpfen haben, wie zum Beispiel Deklassierung, Marginalisierung oder Prekarisierung. Verbunden ist das mit Unzufriedenheit.

Eine wirklich wichtige Dimension stellt die politische Kultur dar. Hier geht es nicht nur um das Verhältnis zur Demokratie, Institutionen und Politik, sondern auch um öffentliche Diskurse.

Insgesamt stellt sich das Schema der Erklärungsfaktoren folgendermaßen dar²⁶:

26 Stöss u.a. 2004, S. 47.

Abbildung 3: Erklärungsfaktoren



Nach diesem Schema beeinflusst die politische Kultur den Charakter und die Persönlichkeit. Zugleich wird die Persönlichkeit von Charaktereigenschaften und von gesellschaftlichen Problemen geprägt. Die Persönlichkeit neigt dann zu rechtsextremen Orientierungen.

Nach den Ergebnissen der Projektgruppe begünstigen folgende Faktoren die Entstehung oder vielmehr die Ausbreitung von Rechtsextremismus:

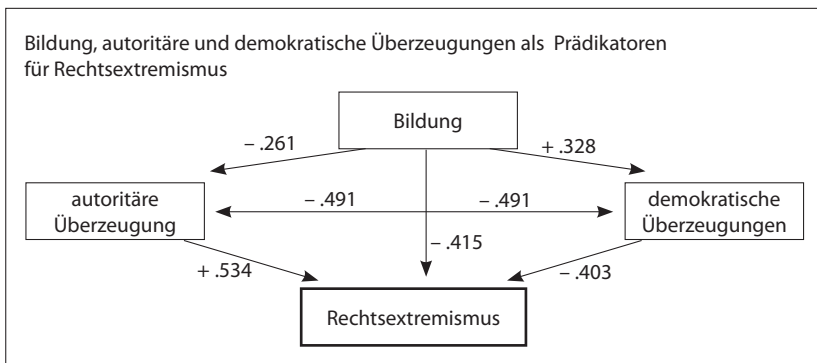
- Ein traditionalistisches Sozialismusbild,
- Autoritäre Persönlichkeitseigenschaften,
- Ein restriktives Demokratieverständnis,
- Befürwortung des Grundwerts Autoritarismus,
- Unzufriedenheit,
- Politische Apathie,

- Befürwortung des gewerkschaftlichen Handlungskonzepts gegen Machtbildung,
- Globalisierungskritik,
- Leistungsorientierung,
- Arbeitsunzufriedenheit.²⁷

Interessanterweise erscheinen auf dieser Liste auch Aspekte, die als Motivation für linke Aktivitäten galten und die nun den Rechtsextremismus begünstigen sollen; so die Arbeitsunzufriedenheit, die Globalisierungskritik und die Befürwortung des gewerkschaftlichen Handlungskonzepts gegen Machtbildung. Manches ist inzwischen offenbar von Rechts vereinnahmt.

Zusammenfassend stellt die Berliner Forschungsgruppe die folgenden drei Schlüsselprädiktoren für die Erklärung des Rechtsextremismus in Rechnung: Bildung, autoritäre und demokratische Überzeugungen²⁸.

Abbildung 4: Prädiktoren für Rechtsextremismus



In dem obigen Schema bedeuten die Pluswerte, dass Bildung demokratische Überzeugungen unterstützt, wie auch autoritäre Überzeugungen den Rechtsextremismus begünstigen, negative Werte bedeuten dagegen, dass gegenläufig Bildung z.B. die Anfälligkeit für Rechtsextremismus reduziert.

Viel ist offensichtlich von dem Arsenal der Erklärungsfaktoren, die in der Literatur herangezogen werden, nicht übrig geblieben. Da autoritäre Überzeugungen und antidemokratische Überzeugungen ohnehin als Bestandteil des Rechtsextre-

27 ebd. S. 261.

28 Das folgende Schema in Stöss u.a. 2004, S. 463.

mismus gelten können, tragen sie auch nicht viel zur Erklärung des Rechtsextremismus bei. Bei dem Faktor Bildung muss immer berücksichtigt werden, dass nicht Bildung an sich gegen Rechtsextremismus immunisiert, sondern dass hier immer nur die Höhe des Schulabschlusses gemeint ist und dieser nicht zwingend über allgemeine Bildung und erhöhtes Weltverständnis Auskunft gibt. Bekanntlich zeigten sich im Faschismus die gebildeten Schichten nicht immun für den Nationalsozialismus.

1.4 Fazit

Die Berliner Studie von Stöss u.a. ist die umfangreichste Untersuchung zu der Frage, ob Gewerkschaftsmitglieder anfälliger, oder weniger anfällig für Rechtsextremismus sind als Nicht-Mitglieder. Die sehr umfangreiche statistische Auswertung führt nicht nur zu vielen interessanten Details, sondern auch zu interessanten theoretischen Folgerungen. Gleichzeitig werden jedoch auch theoretische und methodische Mängel deutlich. Der Begriff des Rechtsextremismus ist theoretisch nicht genügend geklärt und folgt mehr einem wissenschaftlichen common sense. Zu wenig berücksichtigt ist vor allem die umfassende Bedeutung von Nationalismus. Auch methodisch ist die Erfassung von Rechtsextremismus fragwürdig, da der cutting-point auf der Mitte der Messskala zu einem hohen Anteil von Personen führt, denen eine rechtsextreme Persönlichkeitsstruktur zugesprochen wird. Es handelt sich um eine reine Einstellungsuntersuchung mit einem theoretisch ungeklärten Einstellungsbegriff, ohne Berücksichtigung der Handlungskomponente. Die Differenzen zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern sind oft nicht durch Signifikanztests abgesichert, zumindest werden diese teilweise nicht dokumentiert.

Bei aller Kritik sollten die Ergebnisse zum Nachdenken anregen. Zwar unterscheiden sich Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder in Bezug auf ihre Anfälligkeit für Rechtsextremismus insgesamt kaum, dies gilt jedoch nur ganz allgemein. Beunruhigend bei der detaillierteren Auswertung ist aber, dass die Gewerkschaftsmitglieder im Westen Deutschlands offenbar stärker nach rechts neigen als die Nicht-Mitglieder und auch stärker als die Mitglieder im Osten Deutschlands.

Die These der Studie, dass die Arbeitnehmermittelschicht im Westen, wenn sie in Schwierigkeiten gerät, dazu neigt, sich rechts zu positionieren und dass das

in besonderer Weise für Gewerkschaftsmitglieder zutrifft, ist nicht gut abgesichert. Die Autoren der Studie argumentieren, dass die Abstiegsängste der Aufsteiger aus der Mittelschicht rechtsextreme Orientierungen begünstigen und dass gerade dieses Milieu einen wichtigen Anteil an den Gewerkschaftsmitgliedern ausmacht. Diese Mitglieder identifizieren sich nicht mit den Gewerkschaften, sondern suchen nur ihren Schutz (»Schutzsucherthese«). Deshalb immunisiert die Gewerkschaft sie nicht gegen rechts. Dieser Mechanismus ist in sich schlüssig, empirisch gesehen kommt das Ergebnis aber vor allem dadurch zustande, dass die Aufsteiger aus der Mittelschicht und die Gewerkschaftsmitglieder im Durchschnitt einen niedrigeren Schulabschluss haben und dieser eine höhere Anfälligkeit für Rechts-extremismus begünstigt.

Zusätzlich kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass die passiven Gewerkschaftsmitglieder stärker nach rechts tendieren als die Nicht-Mitglieder. Daraus zieht die Berliner Forschungsgruppe die etwas überzogene Folgerung, »dass die Gewerkschaften die Deutungsmacht auch gegenüber ihren eigenen Mitgliedern weitgehend verloren haben«²⁹. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern haben nach Aussage der Projektgruppe weniger als 10 % ein einigermaßen in sich geschlossenes gewerkschaftliches Überzeugungssystem. Die Hauptquelle der politischen Bildung und Meinungsbildung für die Gewerkschaftsmitglieder ist – nach Meinung der Autoren - heute die Boulevardpresse und das Fernsehen.

Schließlich muss angemerkt werden, dass die Untersuchung des Berliner Projekts 2003 durchgeführt wurde, also weit vor der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise und mitten im neoliberalen Boom. Die Ergebnisse der Berliner Forschungsgruppe regen zu der Überlegung an, dass der Kampf gegen den Rechtsextremismus und der Deutungskampf in der derzeitigen Krise schwer zu führen sind und es für die Gewerkschaften schwer sein dürfte, dabei eine wesentliche Rolle zu spielen, solange die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen passiv bleiben.

29 Zeuner u.a 2007, S. 8.

2 Rechtsextremismus als gesamtgesellschaftliches Problem – Die Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung

Abbildung 5: Die Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung

Forschungsinstitution	Universität Leipzig, Selbständige Abteilung für Medizinische Psychologie und Soziologie Gefördert durch die Friedrich-Ebert-Stiftung
Autoren und Autorinnen	Oliver Decker, Elmar Brähler, unter Mitarbeit von Norman Geißler
Veröffentlichung	2006 herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin
Zeitraum der Studie	05.05.2006 bis 08.06.2006
Regionaler Rahmen der Studie	Deutschlandweit repräsentativ
Beschreibung der Stichprobe	Repräsentative Stichprobe aus der deutschen Bevölkerung: 5036 Befragte im Alter zwischen 14 und 92 Jahren, davon 3.876 Westdeutsche und 996 Ostdeutsche. Ausgewertet wurden nur die Antworten der 4872 Befragten mit deutscher Staatsangehörigkeit.
Analyse	<ol style="list-style-type: none"> 1. Theoretische Grundlagen und Konzepte Soziologischer Ansatz, der strukturelle und psychologische Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus empirisch testet, um ihren jeweiligen Anteil an der Entstehung von rechtsextremen Einstellungen auszumachen 2. Methodische Vorgehensweise Face-to-Face-Interviews anhand Fragebogen bei zufällig ausgewählten Befragten zuhause durch Meinungsforschungsinstitut USUMA 3. Empirische Ergebnisse Rechtsextreme Einstellungen finden sich in allen Teilgruppen der Gesellschaft, wenn auch mit Abstufungen, und sind damit ein gesamtgesellschaftliches Problem 4. Vergleich der Anfälligkeit für RE von verschiedenen Gruppen v.a. Rentner und Arbeitslose sind anfällig für rechtsextreme Orientierungen aber auch Arbeitnehmer stellen 38,4% der manifest Rechts-extremen 5. Begünstigende Faktoren subjektive wirtschaftliche Deprivation, politische Deprivation und Gefühl der Einflusslosigkeit Persönlichkeitsfaktoren, Faktoren aus der Sozialisation (vor allem elterliches Erziehungsverhalten)

2.1 Vom Rand zur Mitte

Die Studie »Vom Rand zur Mitte – Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland« der Forschungsgruppe um Oliver Decker und Elmar Brähler an der »Universität Leipzig« wurde im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt und erschien 2006. Da die Autoren in ihrer Studie den Begriff der politischen Einstellungen verwenden, wird dieser auch im Folgenden verwandt.

Es gibt verschiedene Ansätze, um zu erklären, warum Menschen rechtsextreme Einstellungen vertreten. Bislang kaum untersucht ist aber, warum einige Menschen, für die diese Faktoren zutreffen, rechtsextreme Einstellungen vertreten, während andere Menschen, für die die gleichen Faktoren gelten, keine solchen Einstellungen vertreten. Weitgehend ungeklärt ist außerdem auch die Frage, in was für einem Verhältnis die unterschiedlichen Einflussfaktoren zueinander stehen. Ziel der Studie »Vom Rand zur Mitte« war zum einen, die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in verschiedenen gesellschaftlichen Teilgruppen zu untersuchen, und anhand dieser Ergebnisse auch den Einfluss verschiedener Faktoren aus unterschiedlichen Erklärungsansätzen zu prüfen.

Viele Ansätze in der Rechtsextremismusforschung erweisen sich in empirischen Untersuchungen als valide, wenn sie isoliert untersucht werden. Eine Lücke besteht in der Theorie als auch in der Empirie jedoch im Bereich der Integration verschiedener Ansätze: es fehlt sehr oft die Prüfung, welchen Faktoren in Relation zu den übrigen welcher Einfluss zukommt. In der Folge stehen verschiedene Ansätze zur Erklärung des Phänomens meist relativ unverbunden nebeneinander, obwohl die Einzelprüfung zeigt, dass kein Faktor allein zur Erklärung ausreicht, und sich verschiedene Erklärungsansätze zu einem multifaktoriellen Ansatz ergänzen könnten. Den Versuch, diese Ansätze zu integrieren, leistet die Studie »Vom Rand zur Mitte«. Ziel ist es, auf Grundlage der Befragungen ein Mehrebenenmodell zur Entstehung und Aufrechterhaltung rechtsextremer Einstellungen zu entwickeln.³⁰

Nach Ansicht von Decker und Brähler ließen sich mit einem solchen Modell in Bezug auf die Arbeit gegen rechts detailliertere und zielgerichtetere politische Strategien entwickeln. Daneben soll es vor allem Auskunft über die Frage geben, welche protektiven Faktoren dazu beitragen, dass Menschen nicht rechtsextrem

30 Decker/Brähler 2006, S. 19.

werden, um auch diese im Engagement gegen rechts stärker berücksichtigen zu können.³¹

In der praktischen Arbeit müssen verschiedene Strategien ineinander greifen. Vor allem ist es wichtig, dass der Kampf gegen rechtsextreme Einstellungen in allen Teilen der Gesellschaft geführt wird, da es sich – das zeigen auch die Ergebnisse der Studie »Vom Rand zur Mitte« – um Einstellungen handelt, die von Menschen in allen gesellschaftlichen Teilgruppen vertreten werden.³² Inwieweit eine exakte Aufschlüsselung des jeweiligen Anteils verschiedener Faktoren für die Entstehung rechtsextremer Einstellungen tatsächlich möglich und insbesondere für die praktische Arbeit gegen rechts sinnvoll anwendbar oder überhaupt notwendig ist, ist unklar. Auf der Ebene der wissenschaftlichen Erforschung des Rechtsextremismus ist eine solche Aufschlüsselung und parallele Prüfung verschiedener Ansätze aber ein wichtiger Schritt zum näheren Verständnis des Phänomens.

2.1.1 Was ist Rechtsextremismus?

Die Autoren wenden einen dualen Rechtsextremismusbegriff an und unterscheiden in der Folge zwischen Handlungen und Einstellungen. Für ihre Definition von Rechtsextremismus ist dabei nicht das gleichzeitige Vorhandensein von Einstellungen und Handlungen ausschlaggebend, vielmehr steht gerade die Unterscheidbarkeit und Trennung von Einstellungen und Handlungen im Vordergrund. Die Unterscheidung zwischen Einstellungen und Handlungen ist wichtig und sinnvoll, denn eine Person kann rechtsextreme Einstellungen vertreten, ohne diese jemals in Handlungen umzusetzen, also etwa eine rechtsextreme Straftat zu begehen – auch wenn der Begriff Rechtsextremismus suggeriert, es handle sich dabei um ein Problem extremer Randgruppen.³³ Dennoch ist der Begriff des Rechtsextremismus in Deutschland in der Forschung derzeit alternativlos, da sich unter ihm alle Facetten des Phänomens subsumieren lassen, während andere – wie z.B. Rassismus oder Neonazismus – nur einen Teil des Phänomens umfassen.³⁴ Der duale Rechtsextremismusbegriff bietet hier einen Ausweg, denn er erlaubt es, die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Gesamtgesellschaft zu untersuchen.³⁵

Es gibt allgemein keinen Konsens darüber, welche Einstellungsmuster zu einem rechtsextremen Weltbild gehören. Der Studie »Vom Rand zur Mitte« liegt

31 ebd., S. 19, 10.

32 Decker/Brähler 2006, S. 55 f.

33 Wippermann 2000, S. 23 f.

34 Backes 2003, S. 16.

35 Decker/Brähler 2006, S. 9 f; 11 f.

die detaillierte Rechtsextremismusdefinition der Konsenskonferenz zum Rechtsextremismus zugrunde, die auch in der Berliner Studie verwandt wird: »Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen«³⁶. Die Einstellungsmuster, die nach der Definition der Konsensuskonferenz Rechtsextremismus ausmachen, sind also die folgenden:

- Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur,
- Chauvinismus,
- Ausländerfeindlichkeit,
- Antisemitismus,
- Sozialdarwinismus,
- Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Darauf aufbauend wurden in der Konsenskonferenz Fragebögen zum Rechtsextremismus entwickelt, die auch in der Studie »Vom Rand zur Mitte« eingesetzt wurden. Sie zielen auf die drei Komponenten der Einstellung: die kognitive (Bsp. »Juden sind anders als wir«), die affektive (das damit verbundene Gefühl, etwa der Ablehnung) und die verhaltensbezogene Komponente (illustriert z.B. durch den Ausspruch »die würde ich alle ausweisen«). Zu jedem der sechs genannten rechtsextremen Einstellungsmuster werden drei Fragen gestellt, deren Beantwortung auf einer 5-stufigen Skala möglich ist (»lehne voll und ganz ab«, »lehne ab«, »stimme teils zu, stimme teils nicht zu«, »stimme zu«, »stimme voll und ganz zu«).³⁷ In der Auswertung wurden nur diejenigen Befragten als z.B. antisemitisch eingestuft, die allen drei Dimensionen dieses Einstellungsmusters zustimmten. Liegen alle drei Komponenten etwa des Antisemitismus zusammen vor, sprechen Decker und Brähler von einem manifesten rechtsextremen Einstellungsmuster, die Zustimmung zu mehreren solcher Einstellungsmuster zusammen ergibt ein rechtsextremes Weltbild. Für die Auswertung heißt das Folgendes: liegt eine durchschnittliche Zustimmung zu allen sechs Einstellungsmustern vor, sprechen die Autoren von einem manifesten rechtsextremen Weltbild.³⁸ Diejenigen

36 ebd., S. 20.

37 ebd., S. 21.

38 Decker/Brähler 2006, S. 13.

Befragten, die nur einzelnen, aber nicht allen Aussagen eines Einstellungsmusters zustimmten, wurden im Gruppenvergleich in der Auswertung ausgespart³⁹, ebenso diejenigen, die indifferent mit »stimme teils zu, lehne teils ab« antworteten. Hinter solchen teils-teils-Aussagen kann sich eine hohe Zustimmung zu rechtsextremen Inhalten verbergen, die aus dem Wissen, dass es sich dabei um sozial geächtete Meinungen handelt, nicht direkt geäußert wird, daneben ist aber ebenso denkbar, dass einer Person bestimmte Fragen unangenehm sind oder sie aus anderen Gründen indifferent antwortet.

Zusätzlich zu diesem ersten Fragebogen gibt es in einem zweiten Teil vier Fragenkomplexe zu Autoritarismus, zu Sexismus, zur Gewaltbereitschaft der Befragten und zur Erfassung sozialer Dominanzorientierung. Diese stellen nach Decker und Brähler dem Rechtsextremismus verwandte Konzepte dar, die aber kein Bestandteil von Rechtsextremismus sind oder sein müssen. So lässt sich nicht-rechtsextreme Gewaltbereitschaft ebenso messen wie sich Gewaltbereitschaft als Komponente einer rechtsextremen Einstellung erfassen lässt.⁴⁰ Dabei ergeben sich aber auch gewisse Abgrenzungsunschärfen. So stellt sich die Frage, warum Sozialdarwinismus, der mit Aussagen wie »Es gibt wertvolles und unwertes Leben« gemessen wird, Bestandteil von Rechtsextremismus ist, während die Soziale Dominanzorientierung lediglich ein verwandtes Konzept darstellt, obwohl sie inhaltlich sehr ähnlich ist und etwa mit der Aussage »Manche Gruppen sind einfach weniger wert« gemessen wird.

Als mögliche Einflussfaktoren werden anhand verschiedener Fragenkomplexe die Persönlichkeitsstruktur (Soziale Resonanz, Dominanz, Kontrolle, Grundstimmung, Durchlässigkeit) erfasst, die Resilienz, also die Fähigkeit, mit belastenden Lebenssituationen fertig zu werden, außerdem Ängstlichkeit, Depressivität und der Selbstwert. Die Lebenszufriedenheit und die selbst eingeschätzte Religiosität wurden ebenfalls erfragt, ebenso der Wertekosmos. Als Sozialisationsfaktor wurde außerdem das Erinnerte Elterliche Erziehungsverhalten (FEE), getrennt nach Mutter und Vater, untersucht. Zusätzlich wurden Fragen zur subjektiv empfundenen politischen und sozialen sowie der wirtschaftlichen Deprivation gestellt und die Einstellung zur Demokratie erfragt.⁴¹

Für die Untersuchung wurden 210 Städte, Gemeinden und Landkreise in den alten Bundesländern und 48 in den neuen Bundesländern ausgewählt, befragt

39 ebd., S. 42.

40 ebd., S. 21 f.

41 ebd., S. 22 f.

wurden im Mai/ Anfang Juni 2006 insgesamt 5.036 Personen, darunter 3.876 Westdeutsche und 996 Ostdeutsche.⁴²

Begünstigende und reduzierende Faktoren in der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung

In der Studie findet sich ein Zusammenhang zwischen sozialer, wirtschaftlicher und politischer Deprivation und der Ausbildung rechtsextremer Einstellungen: jedes der Konzepte korreliert statistisch signifikant positiv mit der Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen, allerdings auf niedrigem Niveau. Um zur Klärung der Frage beizutragen, warum manche Menschen unter den Bedingungen der Deprivation zu rechtsextremen Einstellungen tendieren, andere aber nicht, wurden verschiedene weitere Konzepte getestet. In der empirischen Prüfung wird etwa ein Zusammenhang zwischen der Lebenszufriedenheit der Befragten und rechtsextremen Einstellungen festgestellt. Bei geringerer Lebenszufriedenheit nimmt die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen zu. Allerdings weisen Menschen mit einer manifesten rechtsextremen Einstellung insgesamt eine höhere Lebenszufriedenheit auf als die übrige Bevölkerung. Unter Umständen ziehen die Befragten Wohlbefinden aus ihrer rechtsextremen Orientierung, z.B. indem Ausländer für eigene Probleme verantwortlich gemacht werden, so dass eine positivere Selbstwahrnehmung möglich wird.⁴³ Des Weiteren findet sich ein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen autoritärem elterlichem Erziehungsverhalten und rechtsextremen Einstellungen, wobei das Verhalten des Vaters einen größeren Einfluss hat.⁴⁴

Außerdem zeigt sich, dass verschiedene Persönlichkeitsfaktoren mit einer rechtsextremen Einstellung korrelieren, wie geringe soziale Resonanz, geringe Selbstkontrolle, eine hohe depressive Grundstimmung und starkes Misstrauen und Verschlussenheit, allerdings auf einem niedrigen Niveau. Im direkten Vergleich zwischen rechtsextremen und nichtrechtsextremen Befragten zeigen sich nur zwei statistisch bedeutsame Unterschiede: so sind rechtsextreme Befragte misstrauischer und dominanter als Nichtrechtsextreme. Daneben korrelieren leichte Depressivität und Angst sowie ein geringer Selbstwert mit rechtsextremen Einstellungen, während hohe Resilienz, also die Fähigkeit, mit belastenden Lebenssituationen umzugehen, negativ mit rechtsextremen Einstellungen korreliert.

42 ebd., S. 24; 29.

43 ebd., S. 94 ff.

44 ebd., S. 98 ff.

Es ist einleuchtend, dass diese psychologischen Faktoren untereinander stark zusammenhängen, und die statistische Auswertung bestätigt das: die psychologischen Faktoren korrelieren untereinander deutlich stärker als jeweils mit den rechtsextremen Einstellungen. Auch sie können nur zu einem gewissen Teil dazu beitragen zu erklären, warum manche Menschen, die sozial, politisch und/ oder wirtschaftlich depriviert sind, zu rechtsextremen Einstellungen neigen und andere nicht.

2.1.2 Sekundärauswertung: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und Rechtsextremismus

Im Folgenden werden die Daten der Studie noch einmal ausgewertet, und zwar nur die derjenigen Befragten, die zum Zeitpunkt der Befragung Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (in Voll- oder Teilzeit) waren, einbezogen werden dabei wie in der Ursprungsstudie nur deutsche Staatsangehörige. Die untersuchte Stichprobe umfasst damit N=2248 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, darunter 1119 Männer und 1129 Frauen. 1742 der Befragten sind vollzeitbeschäftigt, die übrigen 506 Personen arbeiten Teilzeit. 451 der befragten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind Mitglied einer Gewerkschaft, 22 haben dazu keine Angabe gemacht.

Anhand verschiedener soziodemographischer Merkmale werden im Folgenden Gruppen von Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Bezug auf rechtsextreme Einstellungsmuster untersucht.

Die Sekundärauswertung geschieht anhand von Mittelwertvergleichen, um festzustellen, zwischen welchen Gruppen es signifikante Unterschiede gibt. Diese Darstellung unterscheidet sich von der Studie »Vom Rand zur Mitte«. Dort wurde im ersten Teil die Zustimmung zu den einzelnen rechtsextremen Einstellungsmustern in den untersuchten Gruppen in Prozent gemessen, während im zweiten Teil der Studie in einem Mittelwertvergleich zwischen Rechtsextremen und Nicht-Rechtsextremen Erklärungsmuster für die Entstehung von Rechtsextremismus getestet wurden.

Der Mittelwert einer Gruppe von Befragten bildet das durchschnittliche Antwortverhalten und damit die durchschnittliche Zustimmung oder Ablehnung zu den Aussagen in dieser Gruppe ab. In diesem Untersuchungsverfahren macht sich neben dem Anteil von Befragten mit manifester Zustimmung innerhalb einer Gruppe auch ein hoher Anteil von teils-teils-Antworten bemerkbar, der ebenfalls zu einem vergleichsweise höheren Mittelwert führen kann.

Bei der Untersuchung und der Interpretation der Ergebnisse konzentriert sich der vorliegende Text auf Faktoren, die direkt oder indirekt mit der Arbeits- und Berufswelt der Befragten in Verbindung stehen. Die Daten zur Charakterstruktur und zur Sozialisation bleiben hier außen vor, da ihr Einfluss auf die Berufswahl bzw. umgekehrt der Einfluss der Arbeitswelt auf die Charakterstruktur von Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen äußerst differenziert betrachtet werden muss, da hier nur eine sehr vermittelte Verbindung angenommen werden kann. Eine solche Untersuchung würde daher den Rahmen der vorliegenden Studie sprengen. Für die sehr interessante Analyse und Interpretation des Einflusses verschiedener persönlicher Eigenschaften und Erfahrungen auf die Ausbildung rechtsextremer Orientierungen sei daher auf die Studie »Vom Rand zur Mitte« selbst verwiesen.

Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und Nichtarbeitnehmer und Nichtarbeitnehmerinnen

Im Vergleich zwischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und verschiedenen Gruppen von Nichtarbeitnehmer und Nichtarbeitnehmerinnen erreichen Arbeitslose und Rentner/innen die höchsten Zustimmungswerte. Der Unterschied in der Zustimmung dieser Gruppen zu derjenigen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ist statistisch signifikant, findet sich also in ähnlicher Form auch in der Gesamtgesellschaft. Zwischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und den Gruppen »nicht berufstätig« (Hausfrau/mann, Wehr-/Ersatzdienst) sowie Befragten in Ausbildung (Schule/Beruf) gibt es hingegen keine Unterschiede in der Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen (Signifikanzniveau $p < .050$ bzw. $p < .001$ sehr signifikant).

Bildung

Bei einem Vergleich aller befragten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen zeigt sich, dass die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen stark mit der Bildung der Befragten korreliert: die Befragten mit höherer Bildung weisen die niedrigste Zustimmung zu den rechtsextremen Aussagen auf, während mit abnehmender Bildung die Zustimmung statistisch signifikant zunimmt. Lediglich zwischen Befragten mit Abitur und solchen mit abgeschlossenem Studium ist der Mittelwertunterschied nicht statistisch signifikant. Dieser Unterschied (wie auch der fehlende Unterschied zwischen Personen mit Abitur und solchen mit abgeschlossenem Studium) verweist auch und insbesondere auf die Milieus, aus denen die Befragten kommen und die den Zugang zu

bestimmten Bildungsabschlüssen erleichtern oder erschweren, und die gleichzeitig auch Einfluss auf die Ausbildung politischer Orientierungen haben. Es ist außerdem denkbar, dass Befragte mit höherem Bildungsabschluss auch gelernt haben, stärker sozial erwünscht zu antworten oder Ungleichwertigkeitsvorstellungen weniger offensiv äußern, als dies teilweise in Fragebögen der Fall ist, sondern eher dazu tendieren, diese indirekt zu formulieren oder zu verschlüsseln.

Alter

Unter den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zeigen sich im Vergleich verschiedener Altersgruppen (14 bis 30, 31 bis 60, über 60) keine statistisch signifikanten Unterschiede in der Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen. Das gilt für alle untersuchten rechtsextremen Einstellungsmuster und ebenso für die verwandten politischen Einstellungen. Unter Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen spielt das Alter demnach keine Rolle für die politische Einstellung, obwohl es bei einem Vergleich unter allen Befragten signifikante Unterschiede gibt und die Zustimmung unter den über 60jährigen am höchsten ist. Dieser Altersunterschied in den politischen Orientierungen ist demnach auf die über 65jährigen – und damit Rentnerinnen und Rentnern – zurückzuführen, die in der Gesamtauswertung neben Arbeitslosen auch die höchsten Zustimmungswerte erreichen. Bei dieser Gruppe ist für die hohe Zustimmung sicher auch die Sozialisation im Nationalsozialismus und den noch deutlich autoritär geprägten Nachkriegsjahren ausschlaggebend.

Einkommen

Bei einem Vergleich aller Beschäftigten anhand der Einkommensgruppen (anhand des persönlichen Einkommens der befragten Person) zeigt sich kein statistisch signifikanter Unterschied in der Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen. Auch bei einem Vergleich anhand des Haushaltseinkommens zeigt sich kein Unterschied. Die Gruppe mit dem geringsten Einkommen liegt dabei bei einem Haushaltseinkommen von unter 750 Euro. Dies weist darauf hin, dass bei der Frage nach wirtschaftlicher Deprivation und ihrem Einfluss auf die Ausbildung politischer Einstellungen nicht die objektiven wirtschaftlichen Verhältnisse ausschlaggebend sind, sondern vor allem die subjektive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage entscheidend ist.

West und Ost

Betrachtet man die prozentuale Zustimmung zu den einzelnen Einstellungsmustern zwischen Ost und West, wie in der Studie »Vom Rand zur Mitte«, so zeigen sich die dort gefundenen Unterschiede auch zwischen Beschäftigten, wenn auch auf niedrigerem Niveau. So zeigen ostdeutsche Beschäftigte eine signifikant höhere Zustimmung zu einer Diktatur und sind chauvinistischer und ausländerfeindlicher, während in Westdeutschland die manifeste Zustimmung zu antisemitischen, sozialdarwinistischen und den Nationalsozialismus verharmlosenden Aussagen höher ist.

Vergleicht man die Beschäftigten in West und Ost anhand eines Mittelwertvergleichs, ändert sich das Bild. Zu den rechtsextremen Einstellungsmustern »Befürwortung einer Diktatur« und Ausländerfeindlichkeit zeigen Beschäftigte in West und Ost gleichermaßen Zustimmung, ebenso zum Autoritarismus. Statistisch signifikant sind hingegen die Unterschiede für die übrigen rechtsextremen Einstellungsmuster (Chauvinismus, Sozialdarwinismus, Antisemitismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus) sowie für Sexismus und soziale Dominanzorientierung. Bei all diesen Einstellungen erreichen die westdeutschen Beschäftigten einen statistisch signifikant höheren Mittelwert. Diese Unterschiede in den Ausprägungen der rechtsextremen Orientierungen ergeben sich durch die Art der Auswertung und sind auf Besonderheiten des Antwortverhaltens in Ost und West zurückzuführen. Unter ostdeutschen Befragten ist zwar die manifeste Zustimmung zu Ausländerfeindlichkeit, der Befürwortung einer Diktatur und zu Chauvinismus höher, gleichzeitig lehnen aber auch mehr Befragte in Ostdeutschland diese Einstellungsmuster deutlich ab. In Westdeutschland sind dagegen sowohl manifeste Zustimmung als auch manifeste Ablehnung zu den gestellten rechtsextremen Aussagen geringer, während gleichzeitig der Anteil der teils-teils-Antworten unter westdeutschen Beschäftigten deutlich höher ist. Diese teils-teils-Antworten sind schwer zu interpretieren. Sie können Unentschiedenheit ausdrücken, oder signalisieren, dass sich die befragte Person nicht positionieren möchte, etwa, weil ihr die Aussagen unangenehm sind oder sie noch nie darüber nachgedacht hat. Genauso können teils-teils-Antworten sozialer Erwünschtheit geschuldet sein und auf einen Anteil an Befragten verweisen, die für rechtsextreme Propaganda anfällig sind oder sein können, aber das in der Befragung nicht zugeben wollen. Grundsätzlich legen die Ergebnisse die Interpretation nahe, dass Personen in Westdeutschland eher dazu tendieren, klare Stellungnahmen zu vermeiden, während in

Ostdeutschland eher die Tendenz zu beobachten ist, sich in politischer Hinsicht deutlicher zu positionieren.

Insgesamt zeigt sich aber: Rechtsextremismus ist ein gesamtdeutsches Problem. Zwar findet ein größerer Teil der rechtsextremen Straftaten im Osten statt, und rechtsextreme Parteien wie die NPD erreichen dort vergleichsweise hohe Wahlergebnisse. Auf der Einstellungsebene sind die Unterschiede aber eher gering, auch im Westen gibt es viele Menschen, die zumindest als anfällig für rechtsextreme Propaganda und Ungleichwertigkeitsvorstellungen angesehen werden müssen.

Geschlecht

Beim Vergleich zwischen den Geschlechtern zeigt sich, dass sich auch unter Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen der oft festgestellte Unterschied wieder findet: Arbeitnehmerinnen stimmen signifikant seltener rechtsextremen Aussagen zu. Das gilt für alle untersuchten Einstellungsmuster. Dies könnte mit der weiblichen Erziehung und Sozialisation zusammen hängen, die stärker auf Empathie und soziale Werte ausgerichtet ist. An verschiedenen Stellen wurde allerdings darauf hingewiesen, dass Frauen ihre Einstellungen teilweise auch anders und vor allem in anderen Zusammenhängen äußern als Männer, etwa im direkten persönlichen Gespräch und vor allem in Bezug auf persönliche Erfahrungen. Die allgemein gehaltenen Fragen in einem Fragebogen sind also möglicherweise nicht geeignet, um das rechtsextreme Einstellungspotential unter Frauen vollständig zu erfassen.⁴⁵ Die befragten berufstätigen Frauen zeigen gleichzeitig aber weniger Zuversicht, was ihre individuelle wirtschaftliche Situation sowie ihre eigenen politischen Einflussmöglichkeiten angeht – ihre politische und subjektive wirtschaftliche Deprivation ist im Vergleich zu den befragten Männern signifikant höher. Tatsächlich verdienen Frauen im Schnitt heute noch immer 20 % weniger, hinzu kommt, dass viele von ihnen – 43 % unter den befragten Frauen – nur Teilzeit beschäftigt sind, was mit einem noch niedrigeren Verdienst einhergeht. Diese subjektiven Einschätzungen ihrer Lage haben aber bei Frauen offenbar keinen Einfluss auf die Ausbildung von rechtsextremen Einstellungsmustern.

45 Rommelspacher 2000.

Einfluss von Berufsmilieus

In der Befragung für die Studie »Vom Rand zur Mitte« wurden die Befragten gebeten, den Beruf, den sie gegenwärtig ausüben bzw. denjenigen, den sie zuletzt ausgeübt haben, einem von 17 vorgegebenen Berufskreisen (wie etwa mittlerer Angestellter, leitende Angestellte) zuzuordnen. Diese Berufskreise wurden für die vorliegende Auswertung zu den 4 Berufskreisen Beamte, Selbständige, Angestellte und Arbeiter zusammen gefasst. Vergleicht man die Mittelwerte dieser Gruppen bei rechtsextremen Einstellungen, zeigt sich, dass Angestellte durchgehend die niedrigsten, Arbeiterinnen und Arbeiter die höchsten Zustimmungswerte erreichen. Im direkten Mittelwertvergleich der verschiedenen Berufsgruppen ist zwischen Angestellten und Arbeiterinnen und Arbeitern durchgehend ein statistisch signifikanter Unterschied (mit einem durchgängig höheren Mittelwert der Arbeiterinnen und Arbeiter) feststellbar ($p < .010$). Dies gilt sowohl für die untersuchten rechtsextremen Einstellungsmuster als auch für die untersuchten verwandten Ungleichwertigkeitsvorstellungen. Da der Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen also recht auffällig ist, sollen sie im Anschluss näher verglichen werden.

Der Vergleich der beiden Gruppen mag durch diese Bandbreite an statistisch signifikanten Unterschieden dramatisch erscheinen, so dass die Versuchung nahe liegt, Arbeiter und Arbeiterinnen pauschal zu verurteilen und in ihnen eine isolierte Gruppe zu sehen, die für das Problem Rechtsextremismus verantwortlich ist, während der Rest der Gesellschaft sich beruhigt zurück lehnen kann. Die Zustimmung unter Arbeiter und Arbeiterinnen wirkt aber wesentlich weniger ‚extrem‘, wenn die anderen Berufsgruppen einbezogen werden: Selbständige und Beamte sind mit ihren Zustimmungswerten ‚im Mittelfeld‘ zwischen Angestellten und Arbeiter und Arbeiterinnen zu finden. Zwischen Selbständigen und Arbeiter und Arbeiterinnen finden sich für vier Einstellungsmuster signifikante Unterschiede. Es handelt sich um die Befürwortung einer Diktatur, Sozialdarwinismus, Ausländerfeindlichkeit sowie Sexismus, denen Arbeiter und Arbeiterinnen signifikant mehr zustimmen. Der einzige statistisch signifikante Unterschied zwischen der Beamtengruppe und der Arbeitergruppe verschwindet, wenn nur männliche Beamte und Arbeiter verglichen werden – in der Beamtengruppe sind mehr Frauen zu finden als in der Arbeitergruppe (33,3 % Beamtinnen, 22 % Arbeiterinnen), was sich beim Vergleich der Einstellungsmuster bemerkbar macht. Auch wenn sie also in der Tendenz die höchsten Zustimmungswerte zeigen, sind Arbeiter und Arbeiterinnen keine extreme Randgruppe, sondern befinden sich mit ihren politischen Einstellungen

und einer gewissen Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen in guter Gesellschaft in der Mitte derselben.

Da davon auszugehen ist, dass die Unterschiede zwischen Selbständigen und Arbeitern auf ähnliche Faktoren zurückzuführen sind wie zwischen Arbeitern und Angestellten, zwischen denen die Unterschiede weit ausgeprägter sind, werden im Folgenden nur diese beiden Gruppen näher verglichen.

Die Angestellten- und die Arbeitergruppe unterscheiden sich in ihrer Zusammensetzung deutlich: die Arbeitergruppe ist zu 78 % männlich, während unter den Angestellten mit 67,3 % Frauen dominieren. Was das Einkommen betrifft, liegen Arbeiter und Arbeiterinnen zu 50 % in der Einkommensgruppe zwischen 1250 bis unter 2000 Euro, unter Angestellten sind es 35 %. Arbeiter und Arbeiterinnen sind seltener in der höchsten Einkommensgruppe zu finden, nur 8,5 % der Arbeiter und Arbeiterinnen verdienen monatlich mehr als 2000 Euro, während 14 % der Angestellten einen solchen Verdienst haben. Gleichzeitig finden sich auch weniger Arbeiter und Arbeiterinnen in der Einkommensklasse unter 750 Euro, was aber auch mit dem unterschiedlichen Anteil an Teilzeitarbeitskräften in den beiden Gruppen zusammenhängt: 30 % der Angestellten, aber nur 14 % der Arbeiter und Arbeiterinnen gehen einer Teilzeitbeschäftigung nach. 57 % der Arbeiter und Arbeiterinnen und 23 % der Angestellten haben einen Hauptschulabschluss, mit 55 % haben die meisten Angestellten einen mittleren Bildungsabschluss.

Vergleicht man Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte nach Geschlechtern getrennt, bleibt ein signifikanter Unterschied zwischen Angestellten und Arbeiter und Arbeiterinnen bestehen: die durchschnittliche Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen ist unter Arbeitern für alle Einstellungsmuster signifikant höher als unter männlichen Angestellten. Auch die Zustimmung zu den verwandten Ungleichwertigkeitsvorstellungen ist unter Arbeitern durchgängig statistisch signifikant höher. Unter den weiblichen Beschäftigten sind ebenfalls Unterschiede zwischen Arbeiterinnen und Angestellten vorhanden, unter Arbeiterinnen ist die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen in der Tendenz höher als unter weiblichen Angestellten. Arbeiterinnen antworten statistisch signifikant chauvinistischer und stimmen signifikant häufiger Aussagen zu, die eine Diktatur befürworten oder den Nationalsozialismus verharmlosen. Für die Einstellungsmuster Sozialdarwinismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus ebenso wie die verwandten Konzepte gibt es aber keine signifikanten Unterschiede.

Daneben wurden die beiden Gruppen je innerhalb eines Bildungsabschlusses verglichen. In den Gruppen mit Abitur und mit abgeschlossenem Studium sind die

Anteile der Arbeiter und Arbeiterinnen aber zu gering, um zu statistisch belastbaren Aussagen zu kommen. Innerhalb der Bildungsgruppen mit geringem bzw. mittlerem Abschluss verschwinden die Signifikanzen weitgehend, ein Großteil der gefundenen Unterschiede ist demnach auf den Bildungsunterschied zwischen den beiden Gruppen zurückzuführen. Bei einem Vergleich innerhalb der Beschäftigten mit Hauptschulabschluss gibt es aber unter Arbeitern und Arbeiterinnen weiterhin eine statistisch signifikant höhere Zustimmung zur »Verharmlosung des Nationalsozialismus«. In der Gruppe der Befragten mit Mittlerem Schulabschluss finden sich zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen und Angestellten noch deutlich mehr Unterschiede: Arbeiter und Arbeiterinnen mit mittlerem Bildungsabschluss befürworten eine rechtsautoritäre Diktatur sehr signifikant häufiger und stimmen sozialdarwinistischen Aussagen und solchen, die den Nationalsozialismus verharmlosen, signifikant häufiger zu als Angestellte mit dem gleichen Abschluss.

Zusammenfassend lässt sich die unterschiedliche Zustimmung der Berufsgruppen nicht auf ihre unterschiedliche Zusammensetzung in Bezug auf die Geschlechter zurückzuführen.

Der Bildungsunterschied hat Einfluss auf die unterschiedlichen Ausprägungen rechtsextremer Orientierungen in den beiden Gruppen. Aber nicht alle gefundenen Unterschiede in der Zustimmung zu rechtsextremen Orientierungen lassen sich darauf zurückführen, vielmehr wird deutlich, dass das Arbeits- und Berufsleben und die dazugehörigen Milieus ebenfalls Einfluss auf die Ausbildung politischer Einstellungen haben.

Die wirtschaftlichen Einschätzungen und Erwartungen von Arbeitern und Arbeiterinnen und Angestellten unterscheiden sich: Arbeiter und Arbeiterinnen schätzen sowohl ihre individuelle wirtschaftliche Lage als auch die wirtschaftliche Lage Deutschlands schlechter ein als Angestellte, und zwar auf einem sehr signifikanten Niveau. Auch die individuelle wirtschaftliche Lage in einem Jahr prognostizieren sie schlechter als Angestellte die ihre, während es in der gesamtwirtschaftlichen Prognose zwischen den beiden Gruppen keinen Unterschied gibt. Arbeiter und Arbeiterinnen machen sich außerdem sehr signifikant mehr Sorgen um ihren Arbeitsplatz, was sich mit Blick auf die Erfahrungen in Bezug auf Arbeitslosigkeit als begründet erweist: Befragte Arbeiter und Arbeiterinnen waren signifikant häufiger schon einmal oder auch mehrfach arbeitslos, und ihre Phasen erlebter Arbeitslosigkeit sind signifikant länger (Angestellte: durchschnittlich 3,51 Monate, Arbeiter: durchschnittlich 5,17 Monate). Unter den zum Zeitpunkt der Befragung arbeitslosen Personen sind 37 % Angestellte, aber ganze 60 %

Arbeiterinnen und Arbeiter, obwohl ihr Anteil unter allen Befragten nur 31 % beträgt (Angestellte: 49,2 %).

Vergleicht man Arbeiter und Arbeiterinnen und Angestellte in Bezug auf weitere Variablen, zeigt sich, dass sich die Gruppen auch in Bezug auf ihre Einstellungen gegenüber politischer Teilhabe und gegenüber der Demokratie unterscheiden. Arbeiter/innen zeigen sich sehr signifikant stärker politisch depriviert, fühlen sich also deutlich machtloser in Bezug auf die Politik. Sie bringen der Demokratie als Staatsidee und in der Realität, wie sie in der Verfassung angelegt ist und tatsächlich funktioniert, weniger Vertrauen entgegen als Angestellte, das gleiche gilt für politische Institutionen wie Bundestag, Bundesregierung oder Bundesverfassungsgericht. Nur politische Parteien, die ohnehin von allen Befragten die niedrigsten Zustimmungswerte unter allen erfragten Institutionen und Organisationen erhielten, genießen unter Arbeiter und Arbeiterinnen und Angestellten gleichermaßen wenig Vertrauen. Trotz der Unterschiede in ihren politischen Einstellungen unterscheidet sich die politische Selbstverortung von Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellten nicht, beide Gruppen verorten sich durchschnittlich in der politischen Mitte.

Durch die unterschiedliche Zusammensetzung der beiden Gruppen Angestellte und Arbeiter und Arbeiterinnen – insbesondere durch den unterschiedlichen Bildungsgrad – lässt sich ein Teil der gefundenen Unterschiede aufklären. Insgesamt zeigen die Ergebnisse aber, dass auch das Arbeitsumfeld und das Milieu einer Beschäftigungsgruppe Einfluss auf deren politische Einstellungen und Orientierungen haben.

Die Erfahrung, dass der eigene Arbeitsplatz von Rationalisierung oder der Verlegung in günstigere Produktionsstätten im Ausland bedroht ist, wird vor allem von Arbeitern und Arbeiterinnen gemacht. Es sind gerade manuelle Fertigkeiten, etwa in der Produktion, die immer weniger nachgefragt werden, weil die entsprechenden Arbeiten immer häufiger von Maschinen ausgeführt oder verlagert werden. In der Folge ist unter Arbeitern und Arbeiterinnen die Sorge um den Arbeitsplatz und die damit verbundene Furcht vor sozialem Abstieg und seinen Konsequenzen weiter verbreitet als unter Angestellten. Rechtsextreme Einstellungsmuster, etwa die Sehnsucht nach einem ‚starken Mann‘ ebenso wie Ungleichwertigkeitsvorstellungen, die Erklärungen für die eigene Situation bieten können und daneben über die Stigmatisierung und Abwertung anderer auch dazu dienen können, das eigene Selbstwertgefühl zu stabilisieren, können in der Folge

vor diesem Hintergrund subjektiv rational sein und werden in dieser Situation daher unter Umständen eher aktualisiert.

Daneben ist davon auszugehen, dass das Arbeitsumfeld von Arbeitern und Arbeiterinnen deutlich stärker als das von Angestellten noch von Hierarchien und klassischen Geschlechterrollen geprägt ist und in diesem Milieu in der Folge auch Normdenken und damit verbundener Anpassungsdruck noch verbreiteter sind als in anderen Arbeitsumfeldern. Hinzu kommt, dass Arbeiter im Durchschnitt über weniger Gestaltungseinfluss und Mitbestimmung verfügen, was die Organisation und die Inhalte ihrer Arbeit angeht, als es unter Angestellten im Schnitt der Fall ist.⁴⁶ Alle diese Faktoren aus der Arbeitswelt und dem Berufsalltag können normbildend wirken, werden längst auch losgelöst von der Arbeitsorganisation tradiert und leisten auf diese Weise einen Beitrag zur Ausbildung politischer Einstellungen.

Gewerkschaftsmitgliedschaft

Die Studie »Vom Rand zur Mitte« zeigt, dass Gewerkschaftsmitglieder sich mit ihren politischen Einstellungen – ebenso wie zum Beispiel Kirchenmitglieder – nicht von der Gesamtbevölkerung unterscheiden⁴⁷ und damit als »Spiegel der Gesellschaft« anzusehen sind.⁴⁸ Das Bild ändert sich etwas, wenn nur beschäftigte Gewerkschaftsmitglieder und Nichtmitglieder verglichen werden.

Gewerkschaftsmitglieder zeigen signifikant mehr Zustimmung zu den Aussagen »Wir sollten tun, was wir können, um gleiche Lebensbedingungen für alle zu schaffen« und »Die Gleichwertigkeit aller Gruppen ist ein wichtiges Ideal«. Die überdurchschnittlich hohe Zustimmung zu diesen Aussagen verweist wohl auf die noch immer hohe Bedeutung des Ideals sozialer Gerechtigkeit als wichtigen Bestandteil des Selbstverständnisses als Gewerkschaftsmitglied. Hierzu passt, dass sich Gewerkschaftsmitglieder in der politischen Selbstverortung signifikant stärker links einordnen als Nichtmitglieder. Bei einem Mittelwertvergleich der beiden Gruppen mit Hilfe eines T-Tests zeigt sich aber gleichzeitig, dass beschäftigte Gewerkschaftsmitglieder verschiedenen rechtsextremen Aussagen signifikant mehr zustimmen, und auch sexistischer und autoritärer antworten.

Die Gruppen der Gewerkschaftsmitglieder und der Nichtmitglieder unterscheiden sich deutlich in Bezug auf verschiedene Merkmale. Gewerkschaften

46 Dörre 2002.

47 Decker/Brähler 2006, S. 54 f.

48 Stöss u.a. 2004.

sind stark von Männern dominiert, 67,4 % der befragten Gewerkschaftsmitglieder sind Männer. Außerdem ist innerhalb der Gewerkschaftsmitglieder der Anteil an Arbeitern und Arbeiterinnen signifikant höher, 40,6 % der Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen sind Arbeiter und Arbeiterinnen, 45,9 % der Gewerkschaftsmitglieder sind Angestellte (gegenüber 25 % Arbeiter und Arbeiterinnen und 60,9 % Angestellten unter den Nichtmitgliedern). Auch hier besteht also die Möglichkeit, dass der Unterschied zwischen den beiden Gruppen in erster Linie mit ihrer unterschiedlichen Zusammensetzung zusammenhängt. Tatsächlich verringert sich der Unterschied in den politischen Einstellungen deutlich, werden nur männliche Gewerkschaftsmitglieder und Nichtmitglieder verglichen. Unter den rechtsextremen Einstellungsmustern ist in der Folge unter Gewerkschaftsmitgliedern nur die Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen signifikant höher, daneben äußern sich Gewerkschaftsmitglieder signifikant sexistischer und autoritärer. Aber auch die Zustimmung zu den gewerkschaftlichen Idealen der Gleichheit aller Gruppen und den gleichen Lebensbedingungen für alle und die politische Selbstverortung weiter links sind weiterhin signifikant ausgeprägt. Die Unterschiede zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern in Bezug auf rechtsextreme Einstellungen sind somit in erster Linie auf die unterschiedlichen Anteile von Männern und Frauen in den beiden Gruppen zurückzuführen.

Gerade vor dem Hintergrund der gewerkschaftlichen Ideale wie gleicher Lebensbedingungen für alle und dem politisch linken Selbstverständnis stellt sich aber die Frage, wie die höhere Zustimmung zu autoritären, sexistischen und ausländerfeindlichen Aussagen unter Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zu erklären ist. Gewerkschaftsmitglieder und Nichtmitglieder unterscheiden sich – berücksichtigt man die unterschiedliche Verteilung von Männern und Frauen in den Gruppen – nicht in der Einschätzung der wirtschaftlichen Situation heute und in einem Jahr, und zwar weder in Bezug auf ihre individuelle wirtschaftliche Situation noch in Bezug auf die wirtschaftliche Gesamtsituation in Deutschland. Sie machen sich genauso viel – oder wenig – Sorgen um ihren Arbeitsplatz wie Nichtmitglieder. Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen stimmen den Aussagen, mit denen das Gefühl politischer Machtlosigkeit bzw. politischer Deprivation gemessen wird, in gleichem Maß zu wie Nichtgewerkschafter/innen und zeigen nicht weniger Vertrauen in die Demokratie, wie sie in der Verfassung verankert ist oder in der Realität tatsächlich funktioniert. Auch in Bezug auf ihr soziales Umfeld und die soziale Deprivation unterscheiden sich Gewerkschaftsmitglieder und Nichtmitglieder nicht.

Innerhalb der Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen finden sich weit größere Unterschiede als im Vergleich mit Nichtmitgliedern. Gewerkschaftsmitglieder in Westdeutschland stimmen verschiedenen rechtsextremen Einstellungsmustern (Befürwortung einer Diktatur, Antisemitismus, Chauvinismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus) signifikant mehr zu als Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen in Ostdeutschland. Dies betrifft auch die untersuchten verwandten politischen Konzepte: westdeutsche Gewerkschafter zeigen signifikant mehr Zustimmung zu autoritären und sexistischen Aussagen und stimmen Aussagen zu Gewaltbereitschaft und Sozialer Dominanzorientierung signifikant häufiger zu. Zwar ist der Frauenanteil unter Gewerkschaftsmitgliedern im Osten mit 45 % wesentlich höher als im Westen, die genannten Unterschiede bleiben aber auch beim Vergleich der männlichen Gewerkschaftsmitglieder in West und Ost bestehen. Lediglich in Bezug auf ausländerfeindliche Aussagen besteht kein Unterschied zwischen Gewerkschaftern in Ost und West.

Gleichzeitig schätzen westdeutsche Gewerkschaftsmitglieder ihre individuelle und die gesamtdeutsche wirtschaftliche Situation signifikant besser ein (gegenwärtig und in einem Jahr), während sich ostdeutsche Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen signifikant mehr Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen. In Bezug auf das Gefühl der politischen Machtlosigkeit gibt es hingegen keine Unterschiede zwischen Ost und West, ostdeutsche Gewerkschafter verorten sich aber deutlich weiter links als westdeutsche.

Unter Gewerkschaftsmitgliedern in Ost wie in West ist nach wie vor ein eher linkes Selbstverständnis verbreitet, und Ideale, die sich seit jeher mit dem Arbeitskampf verbinden, wie gleiche Lebensbedingungen für alle, sind unter ihnen nach wie vor verbreitet. Gleichzeitig zeigen sie aber Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen, und das, obwohl der Kampf gegen Rechtsextremismus mit Aufklärungskampagnen und Demonstrationen ebenfalls ein wichtiger Bestandteil gewerkschaftlicher Arbeit und des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses ist. Es ist möglich, dass derartige Inkonsistenzen auf Unterschiede zwischen aktiven und passiven Mitgliedern zurückzuführen sind, was unter anderem bedeuten würde, dass der Anteil aktiver Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen in Ostdeutschland höher ist als in Westdeutschland. Da dieser Faktor nicht erhoben wurde, lässt sich diese These aber nicht überprüfen.

Eine weitere Erklärung ist, dass die Gewerkschaften zunehmend in erster Linie in ihrer Funktion als Tarifparteien, aber immer weniger als politische Organisationen wahrgenommen werden, die auch einen gesellschaftlich-politischen Ge-

staltungswillen haben, und daher in dieser umfassenderen Funktion zunehmend an Deutungsmacht verlieren. In der Folge sind für viele Gewerkschaftsmitglieder zwar weiterhin soziale Ideale, die sich über Arbeitskämpfe und Tarifvereinbarungen erreichen lassen, wichtig, und sie schätzen diesen Anspruch – und ihre eigene politische Position – auch nach wie vor als links der Mitte ein. Gleichzeitig lässt sich bei Gewerkschaftsmitgliedern hier aber ein gesamtgesellschaftlicher Trend deutlich: das politische Schema von rechts nach links wird zunehmend von Inhalten entkoppelt, so dass es für den Einzelnen möglich wird, gleichzeitig politische Meinungen und Orientierungen zu vertreten, die für den Beobachter widersprüchlich oder gar unvereinbar scheinen. Sich selbst politisch links zu verorten und gleichzeitig Einstellungen zu vertreten, die traditionell mit rechten politischen Positionen verknüpft sind, kann für das Individuum selbst funktional und sinnvoll sein. Da dieses politische Patchwork sich zunehmend verbreitet und damit ‚normal‘ wird, wird das Individuum auch immer seltener mit den Widersprüchen in seinen politischen Einstellungen konfrontiert.

Die Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Gewerkschaftsmitgliedern deuten darauf hin, dass es innerhalb der gewerkschaftlichen Milieus in Ost und West deutliche Unterschiede gibt – ein Indiz dafür ist auch der höhere Frauenanteil von 45 %. Zwar lässt sich nicht überprüfen, ob unter den Gewerkschaftsmitgliedern im Osten mehr aktive Mitglieder sind, die signifikant niedrigere Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen und Ungleichwertigkeitsvorstellungen deutet aber darauf hin, dass das gewerkschaftliche politische Selbstverständnis im Osten noch umfassender ist als im Westen, dass also ostdeutsche Gewerkschafter noch stärker einen gesellschaftlich-politischen Gestaltungswillen, wie er von den Gewerkschaften selbst auch in Anspruch genommen wird, vertreten.

2.1.3 Begünstigende und reduzierende Faktoren

Auch unter Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen lassen sich die Unterschiede in Bezug auf Bildung und Geschlecht nachweisen: Arbeitnehmerinnen zeigen statistisch signifikant weniger Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen als Arbeitnehmer, und mit zunehmendem Bildungsgrad nimmt die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen ab.

Es lässt sich ein geringer Zusammenhang zwischen rechtsextremen Einstellungen und Deprivation feststellen: auch unter Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen korreliert der Rechtsextremismus-Index statistisch bedeutsam positiv mit wirtschaftlicher Deprivation ($r=.06$, $p<.005$), mit dem Gefühl politischer

Machtlosigkeit ($r=.114$, $p<.001$) und mit sozialer Deprivation ($r=.134$, $p<.001$), allerdings auf niedrigem Niveau. Auch wenn Personen, die rechtsextremen Einstellungen zustimmen, häufiger wirtschaftlich, vor allem aber sozial und politisch depriviert sind als Menschen ohne rechtsextreme Einstellungen, haben diese Faktoren allein insgesamt nur eine recht geringe Erklärungskraft. Dieses Ergebnis unterscheidet sich nicht von der Untersuchung unter allen Befragten.

Die Sekundärauswertung macht daneben deutlich, dass auch Erfahrungen aus dem Arbeitsleben und dem Berufsmilieu Einfluss auf rechtsextreme Einstellungen haben können. Neben der unterschiedlichen Verbreitung von Abstiegsängsten in verschiedenen Berufszweigen, die auch unterschiedlich von den Auswirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung, von Rationalisierung und Stellenabbau betroffen sind, ist hier davon auszugehen, dass auch das Berufsmilieu mit seinen spezifischen Bedingungen und Anforderungen einen bestimmten Habitus prägt, und vermittelt über diesen auch Einfluss auf die politischen Einstellungen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen hat.

2.1.4 Fazit

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass unter allen Gruppen von Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen rechtsextreme Orientierungen vorhanden sind, zwischen einzelnen Gruppen zeigen sich lediglich Abstufungen. Insgesamt sind rechtsextreme Orientierungen aber ein Problem unter allen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Einige Ergebnisse lassen aber auch darauf schließen, dass das Arbeitsumfeld und die dort gemachten Erfahrungen Einfluss auf die Ausbildung politischer Einstellungen haben können.

Politische Bildung und Aufklärungsarbeit sowie das Erlernen von demokratischer Teilhabe durch Mitbestimmung dürfen sich daher nicht auf die Schule und das Jugendalter beschränken. Vielmehr müssen auch Betriebe und Unternehmen, in denen Erwachsene einen Großteil ihrer Zeit verbringen, die offenbar über die Arbeitsorganisation hinaus normbildend wirken und in der Folge auch Einfluss auf die politischen Orientierungen von Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ausüben können, viel stärker in solche Bemühungen einbezogen werden. Die stärkere Verankerung demokratischer Teilhabeprozesse im Arbeitsalltag und in Arbeitsprozessen kann hier einen wichtigen Beitrag leisten.

2.2 Bewegung in der Mitte: Die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen

Abbildung 6: Die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen

Forschungsinstitution	Universität Leipzig, Selbständige Abteilung für Medizinische Psychologie und Soziologie Gefördert durch die Friedrich-Ebert-Stiftung
Autoren und Autorinnen	Oliver Decker und Elmar Brähler
Veröffentlichung	2008 herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin
Zeitraum der Studie	29.05. bis 16.06.2008; Vergleich der Ergebnisse der Jahre 2002-2008
Regionaler Rahmen der Studie	Deutschlandweit repräsentative Stichprobe
Beschreibung der Stichprobe	Repräsentative Stichprobe: 2524 Befragte zwischen 14 und 91 Jahren, für die Auswertung nur Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit einbezogen, daher N=2426
Analyse	<ol style="list-style-type: none"> 1. Theoretische Grundlagen und Konzepte Soziologischer Ansatz, der strukturelle und psychologische Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus empirisch testet; hier nur Kurzstudie: Vergleich der Ergebnisse im Zeitverlauf und anhand eines Längsschnitts zwischen den Bundesländern 2. Methodische Vorgehensweise Face-to-Face-Erhebung anhand Fragebogen durch das Meinungsforschungsinstitut USUMA 3. Empirische Ergebnisse Von 2002 bis 2008 leicht abnehmende Tendenz der rechtsextremen Einstellungen in der Gesamtbevölkerung, nur Antisemitismus bleibt weitgehend konstant 4. Vergleich der Anfälligkeit für RE von verschiedenen Gruppen Es gibt neben den Unterschieden zwischen Ost und West auch solche zwischen den einzelnen Bundesländern; es gibt in Ost und West gleichermaßen anfälliger und weniger anfällige Bundesländer 5. Begünstigende Faktoren regionale Faktoren müssen stärker in die Untersuchung rechtsextremer Orientierungen mit einbezogen werden

Die Studie »Bewegung in der Mitte«⁴⁹ beruht auf denselben theoretischen Vorannahmen und Konzepten wie »Vom Rand zur Mitte«. Sie ist ebenfalls deutschlandweit repräsentativ, und es wurde der gleiche Fragebogen eingesetzt wie in der vorherigen Studie. Es wurden 2524 Personen zwischen 14 und 91 Jahren befragt. Da nur Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit in die Auswertung einbezogen wurden, gingen hier letztlich 2426 Personen ein.⁵⁰ Diese Untersuchung wurde neben 2006 bereits auch in den Jahren 2002 und 2004 durchgeführt, so dass im Jahr 2008 ein Vergleich der Ergebnisse im Zeitverlauf über 6 Jahre und 4 Erhebungen möglich war. Auf diesem Längsschnitt lag ein Schwerpunkt der Studie. Da 47 % der Befragten Erwerbstätige waren, gelten die Ergebnisse der Studie in der Tendenz auch für sie.

Unterschieden nach Erwerbsstatus finden sich auch 2008 die höchsten Zustimmungswerte unter Arbeitslosen und Rentnern, während Wehr- und Zivildienstleistende die niedrigsten Zustimmungswerte erreichen. Dieses Ergebnis gilt aber nicht für alle untersuchten Einstellungsmuster: antisemitische Aussagen finden unter Arbeitslosen nicht mehr Zustimmung als im Durchschnitt, während sie in den übrigen untersuchten Einstellungsmustern überdurchschnittlich hohe Zustimmung zeigen. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen finden sich mit der Zustimmung zu den untersuchten Einstellungsmustern im Mittelfeld, wobei Chauvinismus (12,1 % Zustimmung in der Gruppe der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) und Ausländerfeindlichkeit (18,1 % Zustimmung) die meiste Zustimmung erfahren, während Aussagen, die den Nationalsozialismus verharmlosen, am wenigsten zugestimmt wird (2,1 % Zustimmung).⁵¹

Die Längsschnittstudie mit einem Vergleich der Jahre 2002, 2004, 2006 und 2008 zeigt für die verschiedenen untersuchten Einstellungsmuster unterschiedliche Ergebnisse.

Die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur nimmt in den untersuchten Jahren kontinuierlich ab (auf 3,7 % Zustimmung in Gesamtdeutschland im Jahr 2008). Dabei bleibt allerdings der Unterschied in der Zustimmung zwischen Ost und West mit einer durchgehend höheren Zustimmung in Ostdeutschland – wenn auch auf abnehmendem Niveau – über die Jahre konstant.⁵² Chauvinismus nahm in Westdeutschland deutlich ab, während er im Osten leicht anstieg (West: 14,3

49 Decker/Brähler 2008a.

50 ebd., S. 11 ff.

51 ebd., S. 26 f.

52 ebd., S. 29.

% Zustimmung im Jahr 2008; Ost: von 15,7 % im Jahr 2002 auf 17,1 % im Jahr 2008).⁵³ Die Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen hat im Untersuchungszeitraum in Westdeutschland etwas abgenommen (von 23,7 % im Jahr 2002 auf 18,2 % im Jahr 2008), während sie im Osten – als Einstellungsmuster mit der ohnehin höchsten Zustimmung – weiter angestiegen ist (von 30,2 % Zustimmung 2002 auf 32,6 % Zustimmung im Jahr 2008).⁵⁴ Antisemitismus findet 2008 etwas mehr Zustimmung (in Gesamtdeutschland 9 % im Vergleich zu 8,4 % in 2006), dabei steht eine Abnahme der Zustimmung in West einer Zunahme in Ostdeutschland gegenüber. Der Sozialdarwinismus erreichte seinen höchsten Zustimmungswert im Jahr 2004 und nimmt seither, insbesondere in Ostdeutschland, kontinuierlich ab (Ost: 6,2 % im Jahr 2006, 1,6 % im Jahr 2008; Zustimmung in West: 4 % im Jahr 2006, 3,5 % im Jahr 2008).⁵⁵

Die Verharmlosung des Nationalsozialismus nimmt ebenfalls ab, aber vornehmlich in Ostdeutschland (von 2,8 % 2002 mit einer Zunahme auf 3,8 % im Jahr 2004 auf nunmehr 1 % 2008), während die Abnahme in Westdeutschland von 5,3 % im Jahr 2002 auf 3,8 % im Jahr 2008 eher gering ausfällt.⁵⁶ Bei der Einschätzung dieser insgesamt zu begrüßenden leicht abnehmenden Tendenz ist zu berücksichtigen, dass die Abnahme der manifesten Zustimmung nicht zwingend auch zu einer Zunahme der ablehnenden Haltung bedeutet: In verschiedenen Einstellungsmustern zeigt sich bei geringerer manifester Zustimmung eine Zunahme der teils-teils-Antworten. Dahinter kann sich weiterhin latente Zustimmung verbergen⁵⁷ eine Entwarnung kann demnach nicht gegeben werden.

Durch die Kumulation der Befragungen von 2002 bis 2008 konnten für die einzelnen Bundesländer repräsentative Stichproben erreicht werden, so dass neben dem Ost-/West-Vergleich auch ein Vergleich zwischen den einzelnen Bundesländern möglich war. Dabei sind die Fallzahlen trotz der Kumulation der verschiedenen Untersuchungen für manche Bundesländer noch immer zu gering um repräsentativ zu sein, die Ergebnisse zeigen dennoch interessante Tendenzen auf.⁵⁸ Es wird deutlich, dass es keine einheitliche Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen je in Ost und in West gibt, sondern deutliche regionale Unterschiede bestehen, die in zukünftigen Untersuchungen stärker berücksichtigt werden müssen.

53 ebd., S. 29 f.

54 ebd., S. 30 f.

55 ebd., S. 31 ff.

56 ebd., S. 33 f.

57 ebd., S. 58.

58 ebd., S. 37 ff.

Für die einzelnen Einstellungsmuster gibt es deutliche regionale Unterschiede. So wird im langjährigen Mittel z.B. eine Diktatur in Mecklenburg-Vorpommern mit 16 % am stärksten befürwortet, während Chauvinismus mit 30,4 % in Bayern die größte Zustimmung findet.⁵⁹

2.2.1 Fazit

Zusammenfassend ist der Antisemitismus die einzige Dimension, die im Vergleich zum Jahr 2006 auf ganz Deutschland gesehen leicht zugenommen hat. Die Zustimmung zu den übrigen Einstellungsmustern nahm dagegen zwischen 2006 und 2008 in der Tendenz ab. Die Unterschiede in der Zustimmung sind im Zeitverlauf dabei für alle Einstellungsmuster außer der Verharmlosung des Nationalsozialismus signifikant.

Wie sind diese Ergebnisse in Bezug auf rechtsextreme Einstellungen bei Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zu interpretieren? Die Ergebnisse der Untersuchung für das Jahr 2008 ebenso wie die Ergebnisse der Studie Vom Rand zur Mitte 2006 (vgl. vorhergehendes Kapitel) zeigen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit der Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen durchschnittlich im Mittel der Bevölkerung liegen, und alle rechtsextremen Einstellungsmuster – wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung – Zustimmung unter Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen finden. Trotz der zu begrüßenden abnehmenden Tendenz der letzten Jahre ist die Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungsmustern, insbesondere zu Ausländerfeindlichkeit, recht hoch. Gleichzeitig führt die Abnahme der manifesten Zustimmung nicht unbedingt zu einer Zunahme der Ablehnung, oft nehmen im Gegenzug stattdessen die teils-teils-Antworten zu, hinter denen sich weiterhin latente Zustimmung verbergen kann.⁶⁰ Die stark unterschiedliche Ausprägung einzelner rechtsextremer Einstellungsmuster in verschiedenen Regionen zeigt, dass regionale Spezifika Einfluss auf die Ausbildung politischer Einstellungen haben, das gilt auch für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Hier ist davon auszugehen, dass Faktoren wie ländliches/städtisches Gebiet, interkulturell geprägte Region/Region mit geringem Anteil an Migrant*innen, eher traditionelle Verankerung/rasche Modernisierung Einfluss haben. Ein möglicher weiterer Faktor ist die historisch-politische Entwicklung einer Region, etwa das Wahlverhalten am Ende der Weimarer Republik und zu Beginn des Nationalsozialismus sowie die Geschichte der Region im Nationalsozialismus und die Entwicklung nach

59 ebd., S. 42 ff.

60 ebd., S. 58.

Kriegsende, die durch intergenerationelle Tradierung in Teilen bis heute fortwirken können.⁶¹ Trotz der positiven leichten Abwärtstendenz der rechtsextremen Einstellungen kann insgesamt keine Entwarnung gegeben werden. Rechtsextreme Einstellungen, insbesondere Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus, bleiben weiterhin ein Problem der ganzen Gesellschaft.

61 vgl. Auswertung zu Ein Blick in die Mitte.

2.3 Ein Blick in die Mitte: Mögliche Einflussfaktoren für rechtsextreme Orientierungen

Abbildung 7: Einflussfaktoren für rechtsextreme Orientierungen

Forschungsinstitution	Universität Leipzig, Selbständige Abteilung für Medizinische Psychologie und Soziologie Gefördert von der Friedrich-Ebert-Stiftung
Autoren und Autorinnen	Oliver Decker, Katharina Rothe, Marliese Weissmann, Norman Geißler, Elmar Brähler. Unter Mitarbeit von Franziska Göppner und Kathleen Pöge.
Veröffentlichung	2008 bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin
Zeitraum der Studie	2007 und 2008
Regionaler Rahmen der Studie	Stichproben in Großstädten, Mittel- und Kleinstädten in verschiedenen Regionen in Ost- und Westdeutschland
Beschreibung der Stichprobe	Die Studie baut auf der quantitativen Studie »Vom Rand zur Mitte« auf, aus der Freiwillige für die Gruppendiskussionen gewonnen wurden. Es wurden 12 Gruppendiskussionen mit insgesamt 55 Teilnehmenden durchgeführt, davon 36 Westdeutsche, 19 Ostdeutsche; 33 Frauen, 22 Männer, durchschnittliches Alter 50,7 Jahre. Arbeitslose und gering Verdienende, ebenso Menschen mit Abitur und abgeschlossenem Hochschulstudium sind etwas überrepräsentiert, ebenso jüngere (bis 24 Jahre) und ältere (ab 55 Jahren) Befragte.
Analyse	<ol style="list-style-type: none"> 1. Theoretische Grundlagen und Konzepte Hermeneutisches Paradigma, Ansatz der psychoanalytischen und der rekonstruktiven Sozialforschung, um Hintergründe und subjektive Deutungen rechtsextremer Orientierungen, insbesondere Ausländerfeindlichkeit, aufzuklären 2. Methodische Vorgehensweise Gruppendiskussionen mit 3 bis 6 Teilnehmern, Dauer durchschnittlich etwa anderthalb Stunden, Auswertung nach hermeneutischem Paradigma und Ansatz der psychoanalytischen Sozialforschung 3. Empirische Ergebnisse Insbesondere Ausländerfeindlichkeit wird in den Diskussionen noch stärker geäußert als anhand der Fragebogenergebnisse zu erwarten Vergleich der Anfälligkeit für RE von verschiedenen Gruppen Die qualitative Studie ist nicht auf einen Vergleich zwischen verschiedenen Gruppen ausgerichtet 4. Begünstigende Faktoren: gesellschaftlicher Normierungsdruck, gewaltvolle Sozialisationserfahrungen, geringes demokratisches Handlungswissen und damit verbunden das Gefühl politischer Einflusslosigkeit sowie die intergenerationelle Weitergabe der nationalsozialistischen Vergangenheit und deren mangelnde Aufarbeitung

Quantitative Studien vermitteln einen Eindruck, wie verbreitet bestimmte politische Orientierungen in der Gesellschaft sind und ob und ggf. welche Unterschiede sich dabei zwischen verschiedenen Teilgruppen feststellen lassen. Sie geben aber keinen Aufschluss darüber, wie Individuen diese politischen Orientierungen subjektiv erklären und mit welchen Inhalten sie sie füllen. Um hierüber mehr Aufschluss zu erhalten und Hintergründe und Einflussfaktoren der Ergebnisse aus der quantitativen Studie »Vom Rand zur Mitte« näher erklären zu können, führte die Leipziger Forschungsgruppe um Oliver Decker und Elmar Brähler im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung eine qualitative Ergänzungs- und Vertiefungsstudie durch. Die Studie »Ein Blick in die Mitte – Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland« baut also auf den gleichen theoretischen Vorannahmen und Konzepten auf. Im Mittelpunkt des Interesses stehen vor allem der hohe Anteil an teils-teils-Antworten, deren Hintergründe in einer quantitativen Befragung nicht aufzuklären sind, und die Frage nach der Ausländerfeindlichkeit als »Einstiegsdroge« in den Rechtsextremismus, als die sie 2006 von Decker und Brähler wegen ihrer hohen Zustimmungsraten – mit Abstand die höchsten der untersuchten Einstellungsmuster – eingestuft wurde.⁶² Dahinter steht die umfassendere Frage nach allgemeinen, vor allem gesellschaftlichen Bedingungen für die Entstehung politischer Einstellungen, dem »Geschichtsmilieu« (Habermas), das nach Habermas als ein »schwer entwirrbares Geflecht von familiären, örtlichen, politischen und auch intellektuellen Überlieferungen«⁶³ den Hintergrund für die Tradierung politischer Einstellungen bildet.⁶⁴

Zur Rekonstruktion der Einflussfaktoren politischer Einstellungen dienen Gruppendiskussionen, die mit Teilnehmern der vorhergehenden quantitativen Studie durchgeführt wurden.⁶⁵ In Gruppendiskussionen werden Erfahrungen und Deutungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aktualisiert, die in einem Fragebogen nicht erfasst werden können, und durch die Interaktion werden Gemeinsamkeiten der Biographien und der Deutungen sichtbar, die auf kollektive Erfahrungen in einer Gesellschaft oder einem bestimmten Milieu verweisen.⁶⁶

Die Gruppendiskussionen setzen sich aus Teilnehmerinnen und Teilnehmern der quantitativen Studie zusammen, die sich auf eine Anfrage hin freiwillig zu der qualitativen Studie gemeldet haben. Da sich nur 120 Personen auf die An-

62 Decker/Brähler 2006, S. 15 f; 2008a.

63 Habermas 1987, S. 140.

64 Decker u.a. 2008b, S. 15.

65 Decker u.a. 2008b, S. 17.

66 ebd., S. 25.

frage hin meldeten, konnten die Gruppen lediglich nach der Heimatregion und ihrer im Fragebogen gezeigten politischen Einstellung (also rechtsextrem – nicht rechtsextrem – unentschieden) einigermaßen einheitlich gebildet werden. Weitere Faktoren konnten nicht berücksichtigt werden. Es wurden zwischen Mai 2007 und Januar 2008 12 Gruppendiskussionen durchgeführt, davon vier in den neuen Bundesländern, acht in den alten.⁶⁷

Eine Auswertung der Gruppendiskussionen in Bezug auf verschiedene Gruppen von Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (etwa durch die Bildung von Idealtypen anhand dieser Merkmale) ist nicht möglich, da die einzelnen Gruppen in Bezug auf Arbeitsstatus, Bildung und Einkommen nicht homogen sind, so dass diese Faktoren nicht unmittelbar als Interpretationsmuster für Einstellungen in der Gruppe dienen können. Die Studie wurde trotzdem in die Auswertung aufgenommen, da sie zusätzliche Informationen zur Interpretation rechtsextremer und antidemokratischer Einstellungen liefern kann, die auch für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gültig sind.

Der Beginn der Gruppendiskussionen wurde durch die Moderation immer auf die gleiche Weise gestaltet. Nach der Begrüßung und Erläuterungen zur Diskussion wurden folgende offenen Fragen gestellt: »Wie ist es denn, in dieser Stadt/Region zu leben? Wir können es uns ja nicht richtig vorstellen, da wir nicht von hier sind. Können Sie mal erzählen/beschreiben, wie es ist, hier zu leben?« Die anschließenden Diskussionen dauerten etwa anderthalb bis zwei Stunden.⁶⁸

Festzuhalten ist zunächst, dass die Arbeitswelt und das konkrete Berufsleben der einzelnen Teilnehmer nur einen sehr geringen Raum in den Diskussionen einnehmen, obwohl die offene Ausgangsfrage »Wie ist es denn, in dieser Stadt/Region zu leben?«⁶⁹ das Thema keineswegs ausschließt, und Arbeitswelt und Berufsalltag im Leben von Arbeitnehmern einen breiten Raum einnehmen. Nur einzelne Teilnehmerinnen und Teilnehmer gehen etwas detaillierter auf ihr Berufsleben ein, der gewöhnliche Berufsalltag wird aber auch hier – abgesehen von einer Ausnahme – nicht thematisiert.⁷⁰

In den meisten Diskussionen, in denen der Themenkomplex Arbeit zur Sprache kommt, wird er weitgehend losgelöst von der eigenen Berufswelt in anderen Zusammenhängen diskutiert. Stark vertreten ist dabei der Kontext Armut und

67 ebd., S. 45 ff.

68 Decker u.a. 2008b, S. 52 f.

69 ebd.

70 ebd., S. 93 f.

Arbeitslosigkeit⁷¹, z.B. die selbst erfahrenen Brüche und auch Abstiegsenerfahrungen durch Arbeitslosigkeit⁷² und in ähnlichen Kontexten die große persönliche Bedeutung der Arbeit: »Hauptsache Arbeit. Das ist das Wichtigste«⁷³. Arbeitslose sind – neben anderen Gruppen – häufig Ziel von Ressentiments und auch Aggressionen, ihnen wird in verschiedenen Diskussionen unterstellt, ohne Arbeit ein gutes Leben zu haben und sich vor der Arbeit zu drücken.⁷⁴ Auf die Ähnlichkeit dieses Vorwurfs mit Vorwürfen gegenüber Migrantinnen und Migranten wird unten näher eingegangen.

Stigmatisierung, Einschluss und Ausschluss

Rechtsextreme Einstellungsmuster wie Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Chauvinismus haben einen verbindenden Kern: die Eigen-/Fremdzuschreibung, die das oder den Fremden abwertet, während das Eigene aufgewertet wird. Diese Thematik hat zwei Seiten: zum einen die spontane »Bereitschaft, abweichendes Verhalten auszumachen und zu verfolgen«, und zwar auch innerhalb der eigenen Ingroup.⁷⁵ Die andere Seite des Phänomens ist die Angst vor der Erfahrung, ‚fremd‘ zu sein, denn prinzipiell kann jeder zum Opfer von Stigmatisierungen werden – auch Menschen, die keine Migrationserfahrung haben und grundsätzlich Angehörige der Mehrheitsgesellschaft sind.⁷⁶

Durch Stigmatisierungen wird eine Person aufgrund ihres Aussehens, ihrer Herkunft oder bestimmter Eigenschaften aus der Gruppe herausgehoben, in gewisser Weise also individualisiert, gleichzeitig aber entindividualisiert und entwertet, indem sie nur noch in der Eigenschaft wahrgenommen wird, wegen derer sie stigmatisiert wird. Auf diese Weise wird die Person zum Objekt, das den Normanforderungen und damit der Kontrolle und dem Zugriff und im Extremfall auch der Aggression der Gemeinschaft ausgeliefert ist.⁷⁷

Die Auswirkungen dieser Kontrolle werden am Beispiel von Arbeitslosen deutlich, die aus ihren Wohnungen weg und in ein neues Viertel ziehen müssen, weil das Arbeitsamt nur für einen bestimmten Mietsatz aufkommt.⁷⁸ Sozialer Abstieg

71 ebd., S. 69, 106.

72 ebd., S. 93, 122.

73 ebd., S. 117.

74 ebd., S. 169 ff.

75 Decker u.a. 2008b, S. 181.

76 ebd., S. 129 ff, 135 ff, 149.

77 ebd., S. 180 ff.

78 ebd., S. 162 f.

und Arbeitslosigkeit gehen also mit dem Verlust von Kontrolle über die eigenen Lebensumstände einher, die stattdessen von einer anonymen Institution ausgeübt wird.⁷⁹ Dieser Kontrollverlust manifestiert sich nicht nur in den konkreten Entscheidungen von Institutionen, denen Arbeitslose ausgeliefert sind, er zeigt sich insbesondere auch in den oft aggressionsgeladenen Ressentiments gegenüber Arbeitslosen. Solche Ressentiments werden z.B. mit der Forderung verbunden, Arbeitslose auch gegen ihren Willen zur Straßenreinigung heranzuziehen, sie also völlig der Kontrolle des Staates zu unterwerfen.⁸⁰ Das Ressentiment gegen Arbeitslose ist »ein Allgemeines«⁸¹, das nicht legitimiert werden muss, sondern für alle selbstverständlich und selbsterklärend ist. Eine Erklärung dafür ist wohl, dass der Eigenwert der Arbeit um der Arbeit willen in unserer Gesellschaft als fester Wert verankert ist.⁸² Leistung zu erbringen, flexibel zu sein und insbesondere unter erschwerten Bedingungen besonders hart zu arbeiten stellen gesellschaftliche Werte dar, und bereits der Verdacht, eine bestimmte Gruppe – wie etwa Arbeitslose – würde diese Werte nicht wichtig nehmen, dient als Begründung für Ausschluss und Kontrollausübung. Durch die Unterstellung, die gemeinschaftlichen Werte würden missachtet, wird die Aggression der Gemeinschaft in den Stigmatisierten hineinprojiziert, weil die Abweichung selbst als gewaltvoll interpretiert wird. Den Objekten der Aggression wird auf diese Weise die Verantwortung für die gegen sie gerichtete Diskriminierung und Gewalt zugeschoben.⁸³

Dieser Ausschlussprozess ist strukturell gegenüber allen abgewerteten Gruppen ähnlich. Am häufigsten werden aber Ressentiments gegenüber Migranten geäußert. Ausländerfeindlichkeit findet sich in einer Mehrzahl der Diskussionsgruppen, unabhängig von Status und Einkommen der Diskussionsteilnehmer und Diskussionsteilnehmerinnen.⁸⁴ In den Diskussionen zeigte sich, dass die schon hohen Zustimmungswerte in der Fragebogenerhebung in der Realität noch übertroffen wurden und dass selbst manche Personen, die im Fragebogen nur eine niedrige Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen zeigten, in den Diskussionen Ressentiments gegenüber Migranten äußerten oder den von anderen geäußerten Ressentiments zustimmen konnten. Ein möglicher Grund dafür ist, dass manche Befragten im Fragebogen eher sozial erwünscht geantwortet haben oder der per-

79 ebd., S. 167.

80 ebd., S. 169 f.

81 ebd., S. 172.

82 ebd., S. 297.

83 ebd., S. 169, 171, 320 ff.

84 ebd., S. 248.

sönliche Kontakt in den Gruppendiskussionen eher dazu beiträgt, Ressentiments zu aktualisieren. Daneben unterscheiden die Befragten zwei Gruppen von Migranten und Migratiinnen: diejenigen, denen eine kulturelle Ähnlichkeit attestiert wird, und solche, die als kulturell fremd und damit nicht zur gesellschaftlichen Norm passend eingestuft werden. Diese kulturalistische Argumentation und die damit verbundene Ablehnung bestimmter Gruppen von Migranten kommt in Diskussionen mehr zum Tragen als in einer Fragebogenerhebung, weil die Teilnehmer hier ihre eigenen Interpretationen und Begründungen einbringen können statt nur vorgegebene geschlossene Fragen zu beantworten.⁸⁵ Klassische Beispiele für ‚fremde‘, nicht der Norm entsprechende Migranten sind Türken und Türkinnen. Ihnen wird unterstellt, sich selbst bewusst abzuschotten.⁸⁶ Es lässt sich insgesamt konstatieren, dass die »Ablehnung von angeblich nicht integrierten und unnützen Ausländern ... zu einer weitgehenden Selbstverständlichkeit im gesellschaftlichen Diskurs geworden« ist.⁸⁷

Die Ausschlussdiskurse gegenüber Migranten einerseits sowie gegen sozial Schwache andererseits weisen nicht nur strukturelle, sondern auch inhaltliche Ähnlichkeiten auf. Gegen beide Gruppen äußern sich die Ressentiments in einer stark von Neid geprägten Wut: Neid auf diejenigen, denen es scheinbar besser geht als einem selbst, und die gleichzeitig im Verdacht stehen, dafür nichts ‚geleistet‘ zu haben – die also kurz gesagt »ein gutes Leben ohne Arbeit haben«⁸⁸. Diese Wut ist deutlich autoritär geprägt, sie richtet sich als »Wunsch nach Härte« und »Wut auf Schwäche«⁸⁹ gegen die, die sich ohnehin bereits eher am unteren Ende der gesellschaftlichen Hierarchie befinden. Die Unterstellung, ohne Arbeit über viel Geld zu verfügen und ein gutes Leben zu haben, impliziert dabei gleichzeitig Kriminalität und Betrug und kann wiederum Stoff für weitere Ressentiments liefern.⁹⁰ Hingegen fehlt ein anderes Ressentiment, das im Zusammenhang mit Ausländerfeindlichkeit als geradezu klassisch angesehen werden kann, völlig: das Argument, Ausländer würden den Einheimischen die Arbeit wegnehmen, kommt in den Diskussionen nicht vor.

Die Stigmatisierung der Arbeitslosen und die gegen sie gerichtete Aggression dienen auch dazu, den eigenen Status zu erhöhen und eigene drohende – oder be-

85 ebd., S. 246 ff, 250.

86 ebd., S. 198 ff, 204 ff.

87 ebd., S. 249.

88 ebd., S. 411.

89 ebd., S. 299.

90 ebd., S. 239 ff, 411, 248.

fürchtete – Stigmatisierung abzuwenden. Die Teilnehmenden machen sich selbst zu Vertreterinnen und Vertreter der gesellschaftlichen Norm, indem sie mögliche Abweichungen identifizieren und streng verfolgen, und vergewissern sich dadurch, dass sie selbst dieser Norm entsprechen. Arbeitslose und Empfänger und Empfängerinnen von sozialen Unterstützungsleistungen bieten sich hier genauso an wie Migranten und Migrantinnen, da ihre Stigmatisierung als gesellschaftlich legitimiert erscheint und nicht mehr erklärt oder gerechtfertigt werden muss.⁹¹ Beispiele, die die gesellschaftliche Legitimation implizieren und veranschaulichen sind etwa regelmäßig wiederkehrende Debatten über die angemessene Höhe von Sozialleistungen, Ratschläge, zu welchem Betrag ein »ordentliches« Mittagessen erworben werden könnte oder Spekulationen darüber, wofür Empfänger von Leistungen im Rahmen von Hartz-IV ihr Geld ausgeben. Diese Diskurse bieten je nach Zusammenhang Arbeitslose, Migranten und Migrantinnen oder Flüchtlinge als Träger des Stigmas an und signalisieren die gesellschaftliche Legitimation für Ressentiments gegenüber diesen Gruppen. Diese öffentlichen Diskurse sind nicht Auslöser des Ausschlusses, sie bringen vielmehr die bereits vorhandenen Ungleichwertigkeitsvorstellungen und den gesellschaftlichen Stigmatisierungsprozess zum Ausdruck, tragen aber gleichzeitig dazu bei, ihn zu verstetigen und zu legitimieren. Gleichzeitig illustrieren diese Diskurse wiederum für den Einzelnen die Gefahr, durch den Verlust des Arbeitsplatzes zum Objekt zu werden und die »Schutzrechte gegenüber der gesellschaftlichen Gewalt« einzubüßen⁹², was wirtschaftliche Deprivation und drohenden Statusverlust besonders bedrohlich macht und wohl der Hauptgrund für die Furcht vor dem ökonomischen Abstieg ist.

Bemühungen, Menschen zu demokratischer Teilhabe zu ermuntern und sich als Subjekte der Demokratie zu sehen, müssen mit dem Bewusstsein um diese Bedrohung und um die Selbstverständlichkeit eines solchen Ausschlusses nur aufgrund einer individuellen ökonomischen Krise weitgehend ins Leere laufen.⁹³

Antisemitische Ressentiments werden in den Diskussionen kaum geäußert, wenn, dann handelt es sich in erster Linie um solche Ressentiments, die den Holocaust relativieren.⁹⁴

Neben dem klassischen Antisemitismus ist der »Schuldabwehrantisemitismus«, der durch angebliche Verhaltensweisen oder Eigenschaften von Juden An-

91 ebd., S. 172, 467.

92 ebd., S. 465.

93 ebd., S. 466.

94 ebd., S. 251 ff, 255 ff.

tisemitismus und im Extremfall auch den Holocaust erklärt und letztlich legitimiert, weit verbreitet. Allgemein wird davon ausgegangen, dass dieser heutzutage weit mehr Raum einnimmt als der klassische Antisemitismus. Um die deutsche Schuld des Holocaust zu relativieren oder zu negieren, werden wiederum auch klassische antisemitische Stereotype bemüht. Es ist davon auszugehen, dass neben dem manifesten Antisemitismus, der sich in direkten Ressentiments und Schuldzuweisungen äußert, latenter Antisemitismus noch deutlich weiter verbreitet ist. Dieser bleibt unausgesprochen, weil nach dem Holocaust die Äußerung antisemitischer Ressentiment selbst Antisemiten als verboten erscheint.⁹⁵ Die Annahme, man dürfe heute ja nichts gegen Juden sagen, ist gleichzeitig aber wiederum ein Element der Schuldumkehr: es wird »aus einem öffentlichen Tabu ein Argument für den Antisemitismus«⁹⁶, das gleichzeitig impliziert, es gäbe Anlass zu ‚Kritik‘ gegenüber Juden. Dass das Thema Antisemitismus immer – implizit oder explizit – im Zusammenhang mit dem Holocaust steht, verweist bereits darauf, dass die nationalsozialistische Vergangenheit und der Umgang damit noch immer präsent sind und auch und gerade im Bezug auf die Entstehung rechtsextremer Einstellungen bedeutungsvoll sind.

Die Niederlage im Zweiten Weltkrieg sowie die eigene Schuld am Krieg und den Verbrechen des Holocausts stellten nach Margarete und Alexander Mitscherlich (1967) eine narzisstische Kränkung dar. In den meisten Fällen wird auf eine derartige Kränkung mit Abwehrstrategien reagiert, die dazu dienen, die Kränkung zu verdrängen. Ein Beispiel für eine solche Abwehrstrategie ist, nationalsozialistische mit fremden Verbrechen zu vergleichen und aufzurechnen.⁹⁷ Decker u.a. gehen davon aus, dass der Wohlstand des Wirtschaftswunders in der Nachkriegszeit eine narzisstische Kompensation darstellte, die mithilfe, den Verlust des Größen-Selbst zu verschmerzen – durch den relativ schnell aufkommenden Wohlstand wurde die narzisstische Kränkung allerdings nicht verarbeitet, sondern im Gegenteil verdeckt und der Aufarbeitung und Überwindung entzogen. In der Folge wurde eine tief greifende Demokratisierung bis in die Mitte der Gesellschaft verzögert und teilweise behindert, während die narzisstische Kränkung intergenerationell und verdeckt weiter gegeben wurde. Dass sie in Teilen bis heute wirksam ist, zeigt sich, wenn Abwehrstrategien wie die genannte auch heute noch von manchen Deutschen, auch solchen, die selbst erst nach Ende des

95 Decker u.a. 2008b, S. 263, 265 f.

96 ebd., S. 264.

97 ebd., S. 413 ff, vgl. Welzer u.a. 2002.

Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs geboren wurden, bei der bloßen Thematisierung der nationalsozialistischen Verbrechen vorgebracht werden. Durch den Wohlstand wurde zwar das neu entstehende demokratische System in Deutschland gestützt und die Demokratisierung von oben erleichtert, weil der rasch entstehende Wohlstand Unterstützung brachte und den Gegnern der Demokratie den Boden entzog. Gleichzeitig fehlt aber in gewissem Maß demokratisches Handlungswissen, und in der Folge bedeutet für viele Menschen in Deutschland Demokratie in erster Linie die Garantie des eigenen Wohlstands, während die eigene Rolle darin lediglich auf den Wahlgang reduziert wahrgenommen wird.⁹⁸ Das ist keine antidemokratische Einstellung im klassischen Sinn, es handelt sich eher um eine mangelnde Wertschätzung der Demokratie und ihrer Möglichkeiten, die in West wie Ost gleichermaßen zu finden ist.⁹⁹ Sie stellt kein Problem dar, solange der Wohlstand gesichert ist. Sobald dieser aber bedroht ist, kann dieses fehlende Handlungswissen Anknüpfungspunkte für antidemokratische Einstellungen wie den Ruf nach einem starken Mann bieten.

2.3.1 Fazit

Die Ergebnisse machen deutlich, dass Wohlstand und sozialer Status nicht an sich Schutzfaktoren vor rechtsextremen Einstellungen sind, und zeigen, welche Faktoren dazu beitragen können, dass drohende Arbeitslosigkeit oder Statusverlust rechtsextreme Einstellungen begünstigen können. Bei Menschen, die nur über ein geringes Handlungswissen in Bezug auf die Demokratie verfügen, und für die sich die Qualität der Demokratie in der Folge vor allem darüber definiert, ob sie den eigenen Wohlstand sichert, kann der (drohende) Wegfall des Wohlstands dazu führen, das System als Ganzes in Frage zu stellen. In den vergangenen Jahren wurden durch wachsende Arbeitslosigkeit und durch staatliche Maßnahmen wie die Einführung des sogenannten »Hartz IV« sozialer Abstieg und Armut für immer mehr Menschen zur greifbaren Bedrohung, die nicht nur mit ökonomischen Verlusten, sondern auch mit Kontrollverlust und Stigmatisierung verbunden ist. In der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise ist die Furcht vor dem Verlust des Wohlstands mittlerweile auch in Branchen und Betrieben angekommen, die bislang prosperierten und ihren Arbeitnehmern Sicherheit versprochen. Vor diesem Hintergrund können auch Ungleichwertigkeitsvorstellungen und damit legitimierte Ausschlussprozesse für Individuen rational erscheinen, weil sie den Ausschluss

98 Decker u.a. 2008b, S. 415 ff, 464.

99 ebd., S. 452.

von Menschen, die nicht der gesellschaftlichen Norm entsprechen, von der Teilhabe am geringer werdenden gesellschaftlichen Wohlstand legitimieren. Das kann Ressentiments und Ungleichwertigkeitsvorstellungen und die hohe Zustimmung zu Sanktionen gegenüber abweichendem Verhalten mit erklären. Sie sind Ausdruck autoritärer Einstellungen und können dazu dienen, das Individuum subjektiv vom gesellschaftlichen Normierungsdruck zu entlasten, indem es ihn auf andere überträgt – obwohl es ihn damit paradoxerweise durch das eigene Mitwirken verstärkt und legitimiert. Zusammen mit dem teilweise gering ausgebildeten demokratischen Handlungswissen und der in der Folge mangelnder Aufarbeitung und durch intergenerationelle Weitergabe teilweise immer noch wirksamen historischen Erfahrung des Nationalsozialismus können dies auch bei Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wichtige Faktoren für die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen sein.¹⁰⁰

Um den Einfluss von Arbeit und Berufswelt auf rechtsextreme und andere politische Einstellungen noch detaillierter zu untersuchen, wäre es interessant, ähnliche Gruppendiskussionen in berufshomogenen Gruppen und in einem beruflichen Kontext durchzuführen, um das Thema der Arbeitswelt selbstverständlich in die Diskussionen einbinden zu können und durch den Vergleich verschiedener Berufskreise oder Branchen genauer untersuchen zu können, ob und wenn ja wie verschiedene Arbeitsmilieus und beruflicher Habitus Einfluss auf die Ausbildung politischer Einstellungen haben.

100 Vgl. Decker u.a. 2008b, S. 461.

3 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) – Bielefelder Forschungsverbund

Abbildung 8: Bielefelder Forschungsverbund

Forschungsinstitution	Bielefelder Institut für interdisziplinäre Konflikt und Gewaltforschung unter Leitung von Wilhelm Heitmeyer
Autoren und Autorinnen	Zusammenschluss von Sozialwissenschaftlern aus Bielefeld, Gießen, Göttingen und Marburg
Veröffentlichung	Buchreihe: Deutsche Zustände Bd. 1-7, 2002-2009
Zeitraum der Studie	2002-2010
Regionaler Rahmen	West- und Ostdeutschland
Beschreibung der Stichprobe	Repräsentativstichproben (Survey): 2002 bis 2009 jedes Jahr ca. 2000 Personen zwischen 16 und 97 Jahren, 55 % Frauen und 45 % Männer, 33 % Ostdeutsche und 67% Westdeutsche zusätzliche Längsschnittuntersuchung (Panel)
Analyse	<ol style="list-style-type: none"> 1. Theoretische Grundlagen und Konzepte Konstrukte des Syndroms GMF: Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Abwertung von Langzeitarbeitslosen, Abwertung von Behinderten, Abwertung von Obdachlosen, Islamophobie, Etabliertenvorrechte, Sexismus, Homophobie 2. Methodische Vorgehensweise Telefonbefragung (CATI-Methode) durch Infratest Sekundäranalyse durch die Tübinger Forsch.gruppe 3. Empirische Ergebnisse <ul style="list-style-type: none"> • Soziale Desintegration fördert den Rechtsextremismus • Bei Ostdeutschen mehr GMF als bei Westdeutschen • Bei Erwerbstätigen weniger als bei Erwerbslosen 4. Begünstigende und reduzierende Faktoren Begünstigend: Soziale Desintegration, relative Deprivation, Autoritarismus, bindungslose Flexibilität Reduzierend: Kontakte mit den Minderheitsgruppen

Das Projekt des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, das seit 2002 unter der Leitung von Wilhelm Heitmeyer durchgeführt wird, ist eine Forschungsverbund und das umfangreichste Projekt im Kontext der aktuellen Rechtsextremismusforschung in Deutschland. Jedes Jahr wurden seit 2002 repräsentative Umfragen mit jeweils ca. 2000 Personen bundesweit durchgeführt. Zusätzlich zu dieser umfangreichen Querschnitterhebung wird eine Längsschnittuntersuchung (Panel) durchgeführt, die wir aber in unsere Expertise nicht mit einbeziehen.

Wir stützen uns bei unserer Expertise vor allem auf die sieben Bände, die unter dem Titel »Deutsche Zustände« seit 2007 erschienen sind und die jeweils unterschiedliche Auswertungsschwerpunkte gesetzt haben. Zusätzlich haben wir die Daten von 2007 von der Bielefelder Forschungsgruppe angefordert und diese Daten einer eigenen Sekundäranalyse unterzogen. Dies war notwendig, zumal in keiner der erwähnten Publikationen bisher eine vergleichende Analyse von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen und Nichterwerbstätigen durchgeführt wurde. Ein weiterer Vergleich zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern ist nicht möglich, da in den Untersuchungen nicht nach der Gewerkschaftsmitgliedschaft gefragt wurde.

3.1 Theoretische Grundlagen und Konzepte

Das Projekt trägt den Titel »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« (GMF), es setzt sich somit nicht unmittelbar mit Rechtsextremismus und der Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland auseinander, sondern primär mit den Folgen von Desintegrationsprozessen. Gleichwohl wird Rechtsextremismus direkt und indirekt thematisiert. Die Abgrenzung zwischen *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* und Rechtsextremismus ist nicht einfach, da die Definition von Rechtsextremismus, die Wilhelm Heitmeyer schon in den 90er Jahren vorgeschlagen hat und die sich inzwischen in der Rechtsextremismusforschung verbreitet hat, eine große Ähnlichkeit mit den Definitionen der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* aufweist. Rechtsextremismus wurde von Heitmeyer definiert als Ungleichheitsorientierung verbunden mit Gewaltakzeptanz¹⁰¹; später wurde Ungleichheit korrigiert zu Ungleichwertigkeit. Diese Kombination von Ungleichwertigkeitsorientierungen und Gewaltakzeptanz dient bis heute als Definition von Rechtsextremismus. Gleichzeitig ist aber die Ungleichwertigkeit auch der Kern der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*. »Werden Personen aufgrund von gewählter oder zugewiesener Gruppenzugehörigkeit als ungleichwertig markiert und feindseligen Mentalitäten ausgesetzt, dann sprechen wir von *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*«¹⁰². Die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)* wird als Syndrom verstanden, in dem jeweils unterschiedliche Gruppen von Abwertung betroffen sind. Die einzelnen Elemente dieser GMF

101 Heitmeyer 1987.

102 Heitmeyer 2008, S. 18.

sind der Antisemitismus, die Fremdenfeindlichkeit, der Rassismus, die Abwertung von Langzeitarbeitslosen, die Abwertung von Behinderten, die Abwertung von Obdachlosen, die Islamophobie, die Etabliertenvorrechte, der Sexismus und die Homophobie. Diese zehn Elemente konstituieren also die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*. Zugleich sind darin aber auch wesentliche Faktoren des Rechtsextremismus enthalten: der Antisemitismus, die Fremdenfeindlichkeit, der Rassismus und die so genannten Etabliertenvorrechte. Wesentliche Kernkonstrukte des Rechtsextremismus fehlen allerdings, vor allem der Nationalismus und der Autoritarismus. Diese wurden jedoch nicht vergessen, sondern sie dienen zur *Erklärung* der GMF. Zusätzlich gibt es eine ganze Reihe von Erklärungsfaktoren für die Ausprägung der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*, die auch für die Anfälligkeit von Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen für Rechtsextremismus relevant sein dürften: die soziale Desintegration, die relative Deprivation, die Anomia und die Bindungslose Flexibilität. Diese recht anspruchsvollen Theorieelemente werden im Folgenden im Hinblick darauf befragt, was sie zur Erklärung von rechtsextremen Tendenzen bei Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen beitragen können.

Das Bielefelder Projekt beschränkt sich nicht auf eine reine Einstellungsuntersuchung, sondern es versucht auch Handlungskomponenten mit zu erfassen. Zu diesen Handlungskomponenten gehört auch die Gewaltakzeptanz, die zugleich den Rechtsextremismus mit definiert.

Aus unserer Sicht sollte eine Gleichsetzung von Rechtsextremismus und *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* vermieden werden, da die *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* nur die interaktive Ebene von Gruppenbeziehungen erfasst, Rechtsextremismus aber vor allem eine bestimmte Weltsicht darstellt, die auch (scheinbare) politische Lösungen enthält. Die Weltsicht der Rechtsextremen und ihre »Lösungsvorschläge« für gesellschaftliche Probleme sind in ihrer Konsequenz unmenschlich und erfordern deshalb eine politische Auseinandersetzung mit ihnen. Der Begriff des Rechtsextremismus in Deutschland schließt immer einen Bezug auf den historischen Nationalsozialismus mit ein, er steht sozusagen in einer ideologischen und ästhetischen Analogie zu ihm. Entsprechend wurden die Rechtsextremisten in unseren Interviews von den Befragten einhellig als »Nazis« bezeichnet und das nicht etwa von älteren Menschen, sondern vor allem von jungen Menschen, zum Beispiel von Schülern. Gleichwohl sind heute Rechtsextremisten nicht nur Neo-Nazis, wie sie häufig benannt werden, sondern es fand eine Bedeutungserweiterung des Rechtsextremismusbegriffs seit Beginn

der 90er Jahre statt, der aber eine Addition zu den bestehenden nationalistischen Bedeutungsmomenten darstellt.

Wir werden also in unserer Expertise *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* nicht mit Rechtsextremismus gleichsetzen, sondern uns auf die Elemente konzentrieren, die für den Rechtsextremismus von besonderer Bedeutung sind. Teilweise auch in Übereinstimmung mit den Auffassungen der Bielefelder Projektgruppe. »Im Projekt *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* definieren wir Rechtspopulismus als Einstellungsmuster, das autoritäre Law and Order Haltungen, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus umfasst.¹⁰³ Hier bleibt allerdings unklar, warum Rassismus, Chauvinismus oder antidemokratische Tendenzen zwar angesprochen, aber in die Untersuchung des Rechtspopulismus nicht mit einbezogen wurden. Wir werden deshalb in unserer weiteren Analyse die einzelnen Bestandteile des Rechtsextremismus separat betrachten.

3.2 Faktoren und Ergebnisse zur Anfälligkeit von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen für den Rechtsextremismus

In der Konzeption des Bielefelder Projekts werden zwei Einflussdimensionen unterschieden, nämlich *strukturelle Faktoren* des Makro- und Mikrokontextes, also der politischen, der sozialen und der individuellen Situation und eher *individuelle Faktoren*, die auf biographischen Erfahrungen, subjektiven Verarbeitungen und generalisierten Einstellungen beruhen. Die subjektiven Faktoren sind deshalb besonders wichtig, weil sie darüber entscheiden, welche Bedeutung die strukturellen Faktoren für das Individuum bekommen und ob sich daraus dann GMF oder Rechtsextremismus entwickelt. Schon in der ersten Veröffentlichung des Projekts 2002¹⁰⁴ werden fünf solcher subjektiver Verarbeitungsfaktoren unterschieden, dies sind die soziale Desintegration, die relative Deprivation, die Anomia, der Autoritarismus und die bindungslose Flexibilität. Hinzu kamen im weiteren Verlauf die Orientierungslosigkeit, die Anerkennung, die Machtlosigkeit und der Nationalstolz. Des Weiteren kommen noch Konzepte, die speziell zur Ingroup-Outgroup-Differenzierung beitragen, hinzu: der Rassismus, die Fremdenfeindlichkeit, der Antisemitismus, die Etabliertenvorrechte und der Sexismus.¹⁰⁵

103 Klein u.a. 2009, S. 93.

104 Heitmeyer 2002, S. 28.

105 ebd. S. 28.

Diese umfangreiche Liste enthält ein ganzes Arsenal von Erklärungskonzepten für *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* und Rechtsextremismus. Die Bestandteile der »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« sind im folgenden Diagramm dargestellt.

Abbildung 9: Bestandteile der GMF



Da es die Aufgabe unserer Expertise ist, das Thema Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerinnen und Rechtsextremismus zu untersuchen, werden wir im Folgenden nur die Erklärungskonzepte herausgreifen, die unter Rechtsextremismus subsumiert werden können und die eventuell etwas zur Erklärung der Anfälligkeit von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen für rechte Orientierungen beitragen können.

Strukturelle Bedingungen als Erklärungen für Rechtsextremismus

Soziale und politische Kontexte sowie die soziale Lage sind ein bevorzugtes Forschungsgebiet der Rechtsextremismusforschung. Die Ergebnisse bestätigen häufig die populäre Annahme, dass Schicht, Milieu und soziale Lage die wesentlichen Bedingungen für den Rechtsextremismus darstellen. Dem gegenüber geht die Bielefelder Forschungsgruppe davon aus, dass solche strukturellen Bedingungen nicht unmittelbar einen Einfluss auf die Entwicklung von Rechtsextremismus haben, sondern dass es auf die subjektive Verarbeitung solcher Voraussetzungen ankommt. Dies lässt sich gut am Beispiel des Einflusses der Schulbildung, als eine strukturelle Variable, aufzeigen. Aribert Heyder von der Bielefelder Forschungsgruppe untersucht unter dem Titel »Bessere Bildung, bessere Menschen?«, welche Bedeutung der Faktor Bildung im Bezug auf Rechtsextremismus hat. Auf den ersten Blick scheint die Sache sehr einfach, da alle Untersuchungen weltweit zu dem Ergebnis kamen, dass autoritäre, antisemitische, fremdenfeindliche und rechtsextremistische Einstellungen mit der Höhe des Bildungsniveaus abnehmen. Demnach hätte also Bildung einen großen Einfluss. Aribert Heyder weist jedoch darauf hin, dass das nicht immer so war: Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren es vielmehr die Akademiker, die Sympathien gegenüber antisemitischen, nationalistischen und nationalsozialistischen Orientierungen zeigten und die, einschließlich der Studierenden, den Nationalsozialismus wesentlich stärker unterstützt haben als die Arbeiter. Es kann also nicht einfach aus einem empirisch gefundenen Zusammenhang zwischen Bildung und rechtsextremer Orientierung gefolgert werden, dass Bildung ein Faktor wäre, der vor Rechtsextremismus immunisiert.

In der Auswertung der Survey von 2003 stellte die Bielefelder Forschungsgruppe fest, dass Leute mit hoher Bildung durchweg bei allen Indikatoren für Rechtsextremismus niedrigere Werte erreichen als Leute mit niedriger Bildung. Eine genauere Analyse der Daten ergab, dass Bildung zuerst einmal den Status erhöht, zudem die kognitive Kompetenz und dass sie die Neigung zu Konformität verringert. Außerdem hängt Bildung mit dem Alter zusammen, wobei die Jüngeren meist ohnehin über mehr Schulbildung verfügen als die Älteren.¹⁰⁶ Genaueres Hinsehen ist also notwendig und es ergibt sich daraus, dass die strukturellen Bedingungen nicht direkt, sondern nur indirekt den Rechtsextremismus begünstigen können.

106 Heyder 2003, S. 86 f.

In ähnlicher Weise lassen sich die von der Bielefelder Projektgruppe gefundenen Geschlechtsdifferenzen interpretieren. Im Unterschied zu anderen Studien kommen Beate Küpper und Wilhelm Heitmeyer zu dem Ergebnis, dass die befragten Frauen im Vergleich zu den Männern »signifikant fremdenfeindlicher, rassistischer und islamophobischer (sind)«. ¹⁰⁷ Zusätzlich zeigen sie einen höheren Nationalstolz. »Frauen sind z.T. deshalb fremdenfeindlicher, weil sie mehr zum Nationalstolz neigen als Männer.« ¹⁰⁸ Die Feindseligkeit von Männern richtet sich dagegen stärker gegen Juden, Homosexuelle und Behinderte. Festzuhalten bleibt, dass in der Bielefelder Studie die Frauen eine stärkere Anfälligkeit für Komponenten des Rechtsextremismus zeigen. Das sollte kein Anlass sein, »einen neuen Mythos der feindseligen Frau zu begründen.« ¹⁰⁹, da es etwas mit der speziellen Lage von vielen Frauen zu tun hat, die »zwischen Angst, Zugehörigkeit und Durchsetzungsideologie« ¹¹⁰ stehen.

Ähnliches gilt auch für regionale Strukturbedingungen. Die Bielefelder Gruppe verglich hier »abwärtsdriftende« und »aufwärtsstrebende« Regionen; sowie die ostdeutsche Region mit der westdeutschen Region. In ihrer vergleichenden Analyse stellen Sandra Hüpping und Jost Reinecke fest, dass die abwärtsdriftenden Regionen deutlich höhere Werte für Indikatoren rechter Orientierung und speziell für die Fremdenfeindlichkeit erreichen. ¹¹¹ Ähnliche Unterschiede ergaben sich zwischen der ostdeutschen und der westdeutschen Region; daran hat sich offenbar von 2002 bis 2009 wenig geändert. ¹¹² Hierbei muss jedoch kritisch angemerkt werden, dass bei den abwärtsdriftenden Regionen überwiegend Gegenden in Ostdeutschland einbezogen wurden und es deshalb in beiden Fällen eher um einen Vergleich Ost-West ging. Für uns bleibt die Frage ungeklärt, ob die festgestellte stärkere Fremdenfeindlichkeit in ostdeutschen Regionen wirklich primär etwas mit negativen sozialen Bedingungen zu tun hat.

Die Bielefelder Gruppe hat eine ganze Reihe von theoretischen Konzepten entwickelt, die in jeweils besonderer Weise zwischen strukturellen Bedingungen und subjektiver Anfälligkeit für Rechtsextremismus oder Rechtspopulismus vermitteln.

107 Küpper/Heitmeyer 2005, S. 109.

108 ebd., S. 116.

109 ebd., S. 124.

110 ebd., S. 108.

111 Heitmeyer 2009a; Hüpping/Reinecke 2007, S. 93.

112 Heitmeyer 2009a, S. 38 f.

Die Bedeutung sozialer Desintegration

In den frühen Untersuchungen zum Rechtsextremismus von Jugendlichen bezog sich Wilhelm Heitmeyer sehr stark auf Ulrich Beck und seine Modernisierungstheorie. Im schnellen gesellschaftlichen Wandel entstand demnach die so genannte Risikogesellschaft und in ihr ein starker Individualisierungsprozess, von dem vor allem Jugendliche betroffen sind. Die Individualisierung, die den Einzelnen u.a. freisetzt von traditionellen Bindungen, hat nach Wilhelm Heitmeyer eine Sonnenseite und eine Schattenseite. Rechtsextremismus wird danach als eine Folge dieser Schattenseite der Individualisierung gedacht, die einen Verlust von traditionellen Sicherheiten und Auflösungen bisheriger Sozialformen und Bindungen darstellt.¹¹³ In Anlehnung an diesen Ansatz entwickelte Wilhelm Heitmeyer die Desintegrationstheorie. Sie enthält drei Dimensionen: die sozial-strukturelle Dimension, die institutionelle Dimension und die sozial-emotionale Dimension. Jeder dieser Dimensionen wird eine objektive und eine subjektive Seite zugeschrieben. Die objektive Seite der sozialstrukturellen Dimension beinhaltet vor allem die Teilhabe an den materiellen und kulturellen Gütern einer Gesellschaft und entsprechende Zugänge zu Arbeits-, Wohnungs- und Konsummärkten.¹¹⁴ Bei der institutionellen Dimension steht die Regelung unterschiedlicher Interessen im Mittelpunkt, wodurch vor allem Gerechtigkeit thematisch relevant wird. Auf der subjektiven Seite geht es um moralische Anerkennung als gleichberechtigter Bürger. Bei der sozial-emotionalen Dimension geht es um die emotionale Sozialintegration, wobei die objektive Seite der sozialen Zugehörigkeit und Unterstützung angesprochen wird sowie subjektiv Gefühle emotionaler Anerkennung.¹¹⁵ Wilhelm Heitmeyer geht davon aus, dass eine Desintegration in diesen drei Komponenten antisoziale Einstellungen begünstigt.

In Erweiterung des Konzepts wird in der neuesten Variante das Konzept der Anerkennung mit einbezogen. Entsprechend der drei Integrationsdimensionen geht es dann um die positionelle Anerkennung, die moralische Anerkennung und die emotionale Anerkennung.

Durch solche Erweiterungen der Integrations- bzw. Desintegrationstheorie wird eine unmittelbare Abhängigkeit der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* und des Rechtsextremismus von objektiver Desintegration vermieden. Zwischen den gesellschaftlichen Prozessen und der *Gruppenbezogenen Men-*

113 Heitmeyer 1987.

114 Heitmeyer 2009a, S. 22.

115 ebd., S. 23.

schenfeindlichkeit werden also vielfältige subjektive Variablen in das Kalkül mit einbezogen. Allerdings kann die Rede von der objektiven und subjektiven Seite der Desintegration dazu verführen, dass die subjektive Seite nur als eine automatische Folge der objektiven Seite gesehen wird.

Die Desintegrationstheorie stellt die zentrale theoretische Erklärung für die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* und verschiedene Aspekte des Rechtsextremismus dar. Sie ist sozusagen das Kernstück des Bielefelder Projekts.

Betrachtet man das Desintegrationstheorem in seiner ganzen Differenziertheit, dann kann es als ein wesentlicher Beitrag zur Erklärung von Rechtsextremismus betrachtet werden. Das Konzept kann jedoch in vereinfachter Form auch als einfacher Ableitungszusammenhang verstanden werden, das heißt aus den Bedingungen gesellschaftlichen Wandels ergeben sich subjektive Reaktionsformen, die wiederum die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* erzeugen.

Es gibt jedoch auch grundsätzlichere Kritik an der Bielefelder Desintegrationstheorie. Sie geht davon aus, dass es sich insgesamt um eine Defizittheorie handelt, sprich die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* wird als Folge schlechter werdender sozialer Verhältnisse erklärt. Es muss aber konstatiert werden, dass nur mit einigen Zusatzannahmen mit dieser Theorie erklärt werden kann, warum Menschen, die nicht unter dieser Desintegration leiden und kein Anerkennungsproblem haben trotzdem für Rechtsextremismus anfällig sein können oder warum Menschen, die stark von Desintegrationsprozessen betroffen sind, trotzdem nicht zu GMF und Rechtsextremismus neigen. Beide Fälle gibt es. Es ist kein Automatismus, dass Desintegration zu *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* führen muss, wobei der Hinweis auf Moderatorvariablen daran nichts grundsätzlich ändert. Nimmt man die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise als Beispiel, so kann man von einem forcierten Desintegrationsprozess sprechen. Die Verlierer dieser Krise müssten also, zumindest in großer Zahl, mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit reagieren, das heißt Aggression und Gewalt gegen Minderheiten müssten stark zunehmen.

In einer umfassenden Finanz- und Wirtschaftskrise wie der derzeitigen nimmt zwar sicher die Desintegration zu, aber in dieser neuen Situation dürfte es für die Betroffenen eher nicht nahe liegen, Ausländern oder Behinderten die Schuld zu geben, bzw. in ihnen die Ursache für die Krise zu sehen.

Gerade in der derzeitigen Krise kann vielen deutlich werden, dass nicht Intergruppenbeziehungen das Problem darstellen, sondern dass die Menschenfeindlichkeit in den höheren Etagen von Banken und Unternehmen sich ausgebreitet hat.

Es kann also sein, dass Rechtsextremismus und GMF in der Krise keine attraktiven Lösungen anbieten können, da sie als Lösung nur die Ausgrenzung von anderen anbieten.

Vor allem in Deutschland nimmt man gerne an, dass soziale Probleme und soziale Unruhen stets den Rechtsradikalen zugute kämen. Dazu die Tageszeitung TAZ vom 26. April 2009: »Nur die kampflöse Hinnahme von Massenarbeitslosigkeit und sozialer Demontage bereitet der Sehnsucht nach dem neuen Führer und damit dem Rechtsradikalismus den Boden«. Aber selbst die kampflöse Hinnahme muss nicht zwangsläufig den Rechtsextremismus begünstigen, auch wenn das in Deutschland immer die Gefahr ist.

Anomia und Orientierungslosigkeit

Schon in der ersten Folge der »Deutsche Zustände« 2002, in der zentrale theoretische Konzepte dargestellt werden, entwickeln Steffen Kühnel und Peter Schmidt das Konzept der »Anomia«. ¹¹⁶ Es handelt sich um eine Spezifizierung des Desintegrationsansatzes, dabei greifen die Autoren auf das Konzept der Anomie von Durkheim und Merton als Ansatzpunkt zurück. Durkheim geht davon aus, dass Anomie bei einem raschen gesellschaftlichen Wandel auftritt, mit dem die moralisch-normative Entwicklung nicht mithalten kann. Normen verlieren also ihre regulierende Kraft für das Handeln der Individuen. Auch wenn Anomie bei Merton eine etwas andere Bedeutung hat, so bezieht sich Anomie bei beiden auf einen *gesellschaftlichen* Zustand der Desintegration. »In Abgrenzung dazu ist *Anomia* ein auf der Einstellungsebene angesiedeltes, sozial-psychologisches Konstrukt (...) ein Empfinden eines Wegbrechens der gesellschaftlichen Einbindung« ¹¹⁷. Die Einstellung *Anomia* tritt empirisch als Orientierungslosigkeit in Erscheinung. Die Autoren sprechen deshalb auch von einer »Orientierungsanomia«. Diese wird im Fragebogen durch die folgenden drei Aussagen erfasst:

»Es ist heute alles so in Unordnung geraten, dass niemand mehr weiß, wo man eigentlich steht,

Die Dinge sind heute so schwierig geworden, dass man nicht mehr weiß, was los ist,

Früher waren die Leute besser dran, weil man wusste, was man zu tun hatte« ¹¹⁸.

116 Kühnel/Schmidt 2002, S. 83-95.

117 ebd., S. 83.

118 ebd., S. 85 f.

Schon 2002 wurde mit Hilfe dieser Items ein hohes Maß an Anomia festgestellt. »Über die Hälfte der deutschen Bevölkerung, ohne eigenen Migrationshintergrund, scheint der Ansicht zu sein, dass heute niemand mehr weiß, wo man eigentlich steht und was los ist«¹¹⁹. Man kann wohl davon ausgehen, dass in der heutigen globalen Krise diese Werte noch zugenommen haben, vor allem da sowohl im Finanz- als auch im Wirtschaftssektor kaum mehr jemand weiß, was vonstatten geht und wie es weiter gehen wird. Die Anomia wird in dem Bielefelder Projekt als »eine Folge von Anomie bzw. Desintegration«¹²⁰ verstanden. Beim Vergleich der Geschlechter zeigte sich, dass Frauen eher Orientierungsanomia aufweisen als Männer. Dies würde allerdings bedeuten, dass Frauen stärker von Desintegration betroffen sind und in der Konsequenz auch höhere Werte für *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* haben müssten, was jedoch nicht der Fall ist. Diese Diskrepanz erklären sich die Forscher durch die höhere Sensibilität der Frauen, das bedeutet sie haben keine wirklich höhere Orientierungsanomia, sondern sie nehmen sie nur eher wahr.

Die Orientierungsanomia zeigt schon 2002 bei allen sieben Dimensionen des Syndroms *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* einen deutlichen Effekt (korrelativer Zusammenhang). Die Orientierungslosigkeit fördert nach Aussage der Autoren nicht nur die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* auf der Einstellungsebene, sondern sie fördert auch aggressives Verhalten gegenüber Minderheiten. Dieser Theorie nach ist also zu erwarten, dass durch die jetzige globale Krise die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* aufgrund der wachsenden Orientierungslosigkeit gewaltig zunehmen wird. Bis jetzt gibt es dafür allerdings kaum tragfähige Hinweise.

Trotzdem kann aus dieser Theorie und ihren empirischen Ergebnissen gefolgert werden, dass die Verunsicherung und Orientierungslosigkeit von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zu GMF und Rechtsextremismus beitragen kann, vor allem wenn es den Gewerkschaften nicht gelingt zur Orientierung in dieser Krise beizutragen.

Neue analytische Zugänge

Im Zusammenhang mit der Anfälligkeit von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen für Rechtsextremismus sind vor allem drei neuere Erklärungskonzepte der Bielefelder Gruppe interessant: die ökonomistische Orientierung, die Macht-

119 ebd., S. 86.

120 ebd., S. 88.

losigkeit und die Dominanz. Alle drei Konzepte wurden zwar schon in früheren Folgen der Deutschen Zustände erwähnt, werden aber in Folge 6¹²¹ genauer ausgearbeitet.

Die politische Machtlosigkeit wurde bereits 2002 im Zusammenhang mit der Anomia vorgestellt, aber erst in Folge 6 (2008) von Anna Klein und Sandra Hüpping (seit 2009 Sandra Legge) theoretisch ausgearbeitet. Die politische Machtlosigkeit wird als »Katalysator der Ethnisierung von Verteilungskonflikten« betrachtet. Man hatte schon 2002 festgestellt, dass die politische Machtlosigkeit allein nur in einem sehr geringen Zusammenhang mit der Fremdenfeindlichkeit steht. Deshalb war die neue Fragestellung: »Führt die Wahrnehmung von Verteilungskonflikten verstärkt zu fremdenfeindlichen Einstellungen, wenn Personen sich politisch machtlos fühlen«?.¹²² Die politische Machtlosigkeit wird hier sozusagen als eine Moderatorvariable betrachtet. Weiter konnte als Ergebnis bestätigt werden, »durch die Kombination aus der Wahrnehmung eines Verteilungskonflikts und dem Gefühl der politischen Machtlosigkeit steigen fremdenfeindliche Einstellungen stärker als durch die getrennten Effekte der Wahrnehmung von Verteilungskonflikt oder politischer Machtlosigkeit. Personen, die ein Verteilungskonflikt wahrnehmen, sind also insbesondere dann fremdenfeindlich, wenn sie sich politisch machtlos fühlen«¹²³. Dies bestätige sich allerdings nur für Westdeutschland, zudem beziehen sich die Ergebnisse nur auf die Fremdenfeindlichkeit; über den Zusammenhang zu anderen Dimensionen der GMF wurde nichts berichtet. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass die Wahrnehmung politischer Machtlosigkeit bei zunehmenden Verteilungskonflikten auch eine große Gefahr auf anderen Gebieten darstellt und zwar im Spektrum von Anfälligkeit für Rechtsextremismus.

Die *soziale Dominanzorientierung* wird verstanden als allgemeine Befürwortung von Ungleichwertigkeit von Gruppen. Da dies nahe an die Rechtsextremismusdefinitionen heranreicht, haben Beate Küpper und Andreas Zick untersucht, ob es Zusammenhänge zwischen sozialer Dominanz, Anerkennung und Gewalt gibt.¹²⁴ Die gefundenen Zusammenhänge sind nur schwach, trotzdem stellen die Autoren fest, dass die Dominanzorientierten, die sich nicht ausreichend anerkannt fühlen, signifikant am ehesten zu Gewalt bereit sind.¹²⁵ Die soziale Dominanzorientierung, die eher eine Selbstpräsentation von Stärke und Dominanz darstellt

121 Heitmeyer 2008.

122 Klein/Hüpping 2008, S. 86.

123 ebd., 2008, S. 87.

124 Küpper/Zick 2008, S. 116-137.

125 ebd., S.123.

und hinter der ein schwaches Ich stehen kann, muss nicht automatisch etwas zu Gewaltexzessen beitragen; sie kann eventuell eine Anfälligkeit für Rechtsextremismus begünstigen. Dafür finden sich aber keine deutlichen Ergebnisse im Bielefelder Projekt.

Das Konzept der *ökonomistischen Orientierung*, das in Folge 6¹²⁶ untersucht wird, impliziert zum einen die Dominanz der Ökonomie in unserer Gesellschaft; zum anderen das Faktum, dass sich ökonomisches Denken nicht auf den Arbeitsbereich eingrenzen lässt, sondern dass es auch auf die Privatsphäre übergreift. Die Ergebnisse der Bielefelder Studie von 2007 bestätigen dies in beunruhigender Weise: »Die Befragungsdaten zeigen, dass über ein Drittel der Deutschen den Aussagen tendenziell zustimmen, die Gesellschaft könnte sich wenig nützliche Menschen (33,3 %) und menschliche Fehler (nicht mehr) leisten (34,8 %). Etwa 49 % der Befragten sind der Ansicht, in unserer Gesellschaft würde zu viel Rücksicht auf Versager genommen; zu viel Nachsicht mit solchen Personen gilt 34,9 % als unangebracht, und etwa ein Viertel stimmt der Aussage zu, dass »moralisches Verhalten – [...] ein Luxus ist den wir uns nicht mehr leisten können (25,8 %)«¹²⁷. Die Bedeutung der ökonomistischen Orientierung für die Entwicklung von Rechtsextremismus wurde von der Tübinger Forschungsgruppe schon 1991 herausgestellt und bildete das zentrale Erklärungskonzept für die rechts-extreme Orientierung bei sogenannten Modernisierungsgewinnern unter jungen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen. Das Bielefelder Projekt weist 2008 empirisch nach, dass »die Ökonomisierung des Sozialen offensichtlich Folgen für die Abwertung von »Überflüssigen« und »Nutzlosen« hat.¹²⁸ Hier geht es also nicht um die Abwertung einer bestimmten Gruppe, sondern um die generelle Abwertung von Menschen, die den eigenen Nutzen nicht mehren. Die höchsten Korrelationen zwischen ökonomistischer Einstellung und Dimensionen der GMF bestehen bei der Fremdenfeindlichkeit und der Abwertung von Langzeitarbeitslosen. Auch das dürfte für die Frage nach der Anfälligkeit von Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Bezug auf Rechtsextremismus von Bedeutung sein.

126 Heitmeyer 2008.

127 Heitmeyer/Mansel 2008, S. 32.

128 ebd., S. 69.

Die Entwicklung von rechtsextremen Einstellungen von 2002 bis 2008

Es wurde schon darauf hingewiesen, dass die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* nur *einen* Aspekt rechtsextremistischer Orientierung darstellen kann.

Nationalismus

Die Komponente des Rechtsextremismus, die nach unserem Dafürhalten die Wichtigste darstellt, kommt in der Anfangskonzeption des Bielefelder Projekts 2002 praktisch nicht vor, gemeint ist der Nationalismus. Auch noch in der aktuellen Veröffentlichung von 2009 besteht der Rechtspopulismus, wie es hier genannt wird, lediglich aus »autoritären Law and Order Haltungen, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus«. Diese Komponenten werden als Kern des Rechtspopulismus bezeichnet; Rassismus, Chauvinismus und antidemokratische Tendenzen werden nur als mögliche Zusätze genannt.¹²⁹

Dem Nationalismus gibt die Bielefelder Forschungsgruppe offenbar einen geringen Stellenwert. Hier unterscheidet sie zwischen Identifikation mit Deutschland, Nationalismus, Patriotismus und Nationalstolz. Beim Nationalstolz wird als Ergebnis berichtet, dass im Zeitraum von 1996 bis 2008 vom Projekt GMF und von ALLBUS der Nationalstolz immer mit den gleichen Items erfasst wurde und dass die Daten zeigen, »dass der Nationalstolz zwischen 1996 und 2008 in Ost- und Westdeutschland signifikant zugenommen hat«. ¹³⁰ Dagegen wird in Folge 5¹³¹ von über die Zeit stabilen Mittelwerten berichtet. Das würde bedeuten, dass sich bei der Identifikation mit Deutschland und beim Nationalismus von 2002 bis 2008 nichts geändert hätte. Man findet letztlich aber doch einen bedeutsamen Anstieg im Mittelwert für Nationalismus und zwar in der Zusatzerhebung von 2006, die in Verbindung mit der Fußballweltmeisterschaft stattgefunden hatte. In diesem Kontext wurde zugleich davor gewarnt, nationale Ereignisse, wie diese WM, als unbedeutend für die Entwicklung von Rechtsextremismus zu werten. Nationalismus stand in einem deutlichen, sehr signifikanten Zusammenhang zu Fremdenfeindlichkeit, zur Islamophobie und zum Antisemitismus.¹³²

129 Klein u.a. 2009, S. 93.

130 Heitmeyer 2009b, S. 121.

131 Heitmeyer 2007, S. 139.

132 Becker/Wagner 2007, S. 144 f.

Autoritarismus

Neben dem Nationalismus halten wir den Autoritarismus für eine wesentliche Komponente des Rechtsextremismus. Im Bielefelder Forschungsprojekt fungiert der Autoritarismus als Erklärungskonzept für die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*. Das ist insoweit schlüssig, als dass sich das Projekt nicht mit Rechtsextremismus explizit befasst. Allerdings taucht die autoritäre Law and Order Haltung als Einstellungsmuster des »Rechtspopulismus« auf.¹³³ Es bleibt jedoch unklar, ob der Rechtsextremismus insgesamt als Erklärung für die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* fungiert. Andreas Zick und P. J. Henry setzen sich in der siebten Folge der Deutschen Zustände¹³⁴ mit dem »deutsch-deutschen Autoritarismus« auseinander. Der deutsche Autoritarismus lässt sich – den Autoren nach – durch den Spruch charakterisieren »nach oben buckeln, nach unten treten«¹³⁵. Allerdings greifen sie nicht auf das frühe Konzept von Erich Fromm und Theodor Adorno zurück, die eine Persönlichkeitsstruktur beschreiben, die sich schon früh in der Sozialisation entwickelt und die Menschen insbesondere in Krisenzeiten dazu disponiert, nach oben zu buckeln und nach unten zu treten. Zick und Henry legen den Schwerpunkt nicht auf den autoritären Charakter, sondern auf die so genannte autoritäre Reaktion, wie sie konzeptionell von Detlef Oesterreich¹³⁶ entwickelt wurde. Autoritarismus wird hier als Reaktion auf gesellschaftliche Krisen verstanden. »In dieser Deutung löst also die Situation Autoritarismus aus, der dann wiederum als verantwortlich gesehen wird für Vorurteile und diskriminierendes Verhalten«¹³⁷. Diese Reaktion wird allerdings nicht bei allen ausgelöst, sondern primär bei jenen Individuen, die benachteiligt sind oder von sozialer Ungleichheit bedroht werden. Es geht dabei um den Selbstwert der Mitglieder niedriger Statusgruppen; für sie ist die autoritäre Reaktion eine Möglichkeit, »einen niedrigen Status und den damit verbundenen niedrigen Selbstwert zu kompensieren«¹³⁸. Die autoritäre Unterwerfung und gleichzeitige Aggression gegen schwache Gruppen vermittelt den Betroffenen eine Illusion der Stärke.

Zick und Henry untersuchen, ob sich die autoritäre Reaktion, beziehungsweise der Autoritarismus von 2002 bis 2008 in Ost- und Westdeutschland verändert hat. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass kaum eine Veränderung in diesem Zeitraum

133 Klein u.a. 2009: 93

134 Zick/Henry 2009, S. 190-202.

135 ebd., S. 190.

136 Oesterreich 1996.

137 Zick/Henry 2009, S. 194.

138 ebd., S. 194.

stattfind, dass aber zu jedem Messzeitpunkt in Ostdeutschland ein höherer Autoritarismus, als in Westdeutschland gemessen wurde.

Fragt man nach den Statusindikatoren, so stellt man fest, dass vor allem Personen mit niedrigem Bildungsniveau und Einkommen autoritären Aussagen zustimmen. Interessant ist auch, dass in der Untersuchung Frauen autoritärere Einstellungsmuster zeigten als Männer.

Der gemessene Autoritarismus zeigt einen Zusammenhang zu Benachteiligungsgefühlen und zur schon referierten Orientierungslosigkeit. Interessant ist auch, dass zwischen Autoritarismus und Nationalstolz ein signifikanter Zusammenhang besteht.

Dieses Ergebnis weist darauf hin, dass es berechtigt sein könnte, Nationalismus und Autoritarismus als Komponente des Rechtsextremismus zu bezeichnen.

Dem Autoritarismus kommt insofern in dem Bielefelder Forschungsprogramm eine besondere Rolle zu, da er mit fast allen Indikatoren der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* signifikant korreliert, also mit ihnen in einem engen Zusammenhang steht. Schon 2002 wurde ein Zusammenhang des Autoritarismus mit den folgenden Indikatoren festgestellt: Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Etabliertenvorrechte, Antisemitismus, Homophobie, Sexismus, Islamophobie, bindungslose Flexibilität, sozial emotionale Desintegration, mangelnde soziale Unterstützung und Anomia. Die höchsten Korrelationen gibt es zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Auch dies kann wieder als Hinweis darauf gesehen werden, dass - neben Nationalismus und Autoritarismus - Rassismus eine Komponente des Rechtsextremismus sein dürfte.

Rassismus

Rassismus wird häufig definiert als Diskriminierung von Menschen, die andere askriptive Merkmale haben als die Rassisten selbst. In den rechtsextremistischen Szenen wird so das Weiß-sein zu einem besonderen Privileg gegenüber allen Gruppen, die nicht weiß sind, erklärt. »White-Power« ist das entsprechende Schlagwort für die internationale Rechtsextremismusszene. In Deutschland besteht eine besondere Problemlage, da sich der Rassismus hier auch auf eine ethnisch definierte Gruppe richtet, die nicht dunkelhäutig ist, nämlich die jüdische. Dieser besondere Rassismus wird eben nicht an der Hautfarbe festgemacht und ist somit kein Teil des zuvor beschriebenen allgemeinen Rassismus. Bei empirischen Untersuchungen zum Rechtsextremismus werden deshalb in Deutschland Antisemitismus und Rassismus getrennt gemessen. Es kann also jemand ein Antisemit

sein, ohne in dem beschriebenen Sinn ein Rassist zu sein. Die beiden Dimensionen korrelieren teilweise etwas. Dies ist wohl der Grund, warum die Bielefelder Forschungsgruppe sowohl Rassismus als auch Antisemitismus erfasst und beide als Komponenten der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* betrachtet haben.

Wie haben sich Rassismus und Antisemitismus im zeitlichen Verlauf von 2002 bis 2009 nach dem Bielefelder Forschungsprogramm entwickelt? Der von der Bielefelder Forschergruppe gemessene Rassismus weist in diesem Zeitraum zwar Schwankungen auf, nimmt aber vor allem in Westdeutschland ab. Die Ostdeutschen erreichen geringfügig höhere Werte. Bei Antisemitismus gibt es in Ost und West eine gemeinsame Tendenz: Er hat sich in diesem Zeitraum noch stärker verringert als der allgemeine Rassismus. Beide, der Rassismus und der Antisemitismus, liegen auf der Skale eher auf der Ablehnungsseite. Dies bedeutet jedoch nicht, dass es in Deutschland immer weniger Rassismus und Antisemitismus gibt, sondern es bedeutet hauptsächlich, dass kaum jemand sich selbst als Rassist oder Antisemit markieren will. Rassismus und Antisemitismus werden in der Konzeption der Bielefelder Gruppe als Einstellungen betrachtet und gemessen; der latente Alltagsrassismus wird damit nicht miterfasst. Es kann also sein, dass ein hoher Alltagsrassismus mit einer Ablehnung des Einstellungsrassismus korrespondiert.

3.3 Sekundärauswertung der Bielefelder Daten von 2007 zur Frage der Anfälligkeit von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen für Rechtsextremismus

Für die folgende Analyse haben wir die Daten des Survey 2007 ausgewertet, bei dem knapp 2000 repräsentativ ausgewählte Personen in Ost- und Westdeutschland befragt wurden. Wir werden zuerst die Erwerbstätigen mit den Nicht-Erwerbstätigen in dieser Stichprobe vergleichen und uns dann bei der weiteren Auswertung auf die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen beschränken.

Für diese Auswertung haben wir drei Fragestellungen:

- Unterscheiden sich die befragten Personen, die zur Zeit erwerbstätig sind, von denen, die nicht-erwerbstätig sind in Bezug auf ihre Anfälligkeit für Rechts-
extremismus?
- Gibt es innerhalb der Gruppe der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Unterschiede in der Anfälligkeit je nach Geschlecht, Schulbildung und Berufsausbildung?
- Welche Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Komponenten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und rechtsextremen Orientierungen finden sich bei Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen?

Für diese Analyse haben wir aus den Fragebogenitems 14 Indizes gebildet, d.h. wir haben einzelne Fragen pro Person zu einem gemeinsamen Mittelwert zusammengefasst. Bei der Auswahl der einzelnen Items für die Indizes orientierten wir uns an den Vorgaben der Bielefelder Projektgruppe, haben aber nicht mit den recodierten Items gerechnet, sondern mit den Originalitems.

Auf diese Art und Weise entstanden folgende für unsere Fragestellung relevante Indizes: Orientierungslosigkeit, Kontakt, ökonomische Orientierung, Utilitarismus, Antisemitismus, Autoritarismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Etabliertenvorrechte, Machtlosigkeit, Nationalismus, Gerechtigkeit, Zukunftsangst und Abwertung von Langzeitarbeitslosen. Es handelt sich also um eine Zusammenstellung aus Dimensionen *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*, Moderatorvariablen und Rechtsextremismuskomponenten.

Vergleich von Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen

Aufgrund der Ergebnisse verschiedener Studien zum Rechtsextremismus waren wir bereits darauf vorbereitet, dass die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Vergleich zu den Nicht-Erwerbstätigen eher zu *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* neigen würden und auch bei Komponenten rechter Orientierungen stärker zustimmen würden. Diese Befürchtung hat sich jedoch nicht bestätigt. Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen neigten deutlich weniger zu Rechts-
extremismus, das bedeutet sie stimmten der Fremdenfeindlichkeit, dem Antisemitismus, dem Rassismus, dem Nationalismus und dem Autoritarismus deutlich weniger zu.

Hinzu kommt, dass sie auch bei den verschiedenen Moderatorvariablen deutlich weniger zustimmten, so bei der Orientierungslosigkeit, der ökonomistischen

Orientierung, dem Utilitarismus, den Etabliertenvorrechten und der Machtlosigkeit.

Alle berichteten Unterschiede sind statistisch signifikant, können also mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die Bevölkerung übertragen werden.

Sieht man sich die einzelnen Items an, die zu den Indizes gehören, dann zeigen sie alle durchgehend die gleiche Tendenz: Von den sechs Items, die Autoritarismus erfassen sollen, sind zum Beispiel alle signifikant. Zudem stimmen die Erwerbstätigen bei allen Items weniger zu als die Nicht-Erwerbstätigen. Dies gilt sowohl für die Items einer eher aggressiven Komponente – zum Beispiel wenn gefordert wird, dass man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen sollte – als auch für die Items, die Gehorsam favorisieren wie z. B. »Gehorsam und Respekt vor dem Vorgesetzten« oder »Dankbarkeit für führende Köpfe, die sagen was zu tun ist«.

Ebenso ist es bei den Items zum Index Fremdenfeindlichkeit. Hier stimmen die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen der Aussage weniger zu, dass Ausländer eine Belastung für das soziale Netz wären oder dass Ausländer nach Hause geschickt werden sollten, wenn Arbeitsplätze knapp werden.

Diese sehr eindeutigen Ergebnisse lassen keinen Zweifel daran, dass Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen insgesamt deutlich weniger für *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* und Rechtsextremismus anfällig sind als die Nicht-Beschäftigten.

Wer aber sind die Nichtbeschäftigten? Zu vermuten wäre, dass sie über geringere Schulbildung verfügen und der Frauenanteil höher ist, da – wie viele Untersuchungen bestätigen – Schulbildung und Geschlecht einen deutlichen Einfluss auf die Akzeptanz von rechten Ansichten haben. Auch hier ist erstaunlicherweise eher das Gegenteil der Fall. Die befragten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen haben eine signifikant niedrigere Schulbildung und einen signifikant niedrigeren Frauenanteil als die derzeit Nicht-Erwerbstätigen. Unter den Nicht-Erwerbstätigen sind deutlich mehr Hausfrauen und Rentner sowie natürlich Arbeitslose. Entgegen der üblichen Ansicht hatte schon die Berliner Gruppe herausgefunden, dass Hausfrauen in besonderer Weise anfällig sind für Rechtsextremismus. Auch ältere Menschen erreichen im Allgemeinen höhere Werte.

Wie stellen sich die Ergebnisse dar, wenn man nur die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, sprich nur die Erwerbstätigen in die Auswertung einbezieht? Dies wird in der folgenden Analyse untersucht.

Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Vergleich

Wir gingen der Frage nach, ob es innerhalb der Gruppe der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Geschlechtsunterschiede gibt, genauer, ob Frauen weniger anfällig für Rechtsextremismus und *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* sind als Männer und zwar innerhalb der Arbeitnehmergruppe.

Bei den Indizes, die auf rechtsextreme Neigungen verweisen können, finden sich zwischen den Geschlechtern keine signifikanten Unterschiede. Dies scheint aber vor allem daran zu liegen, dass bei einzelnen Items innerhalb der Indizes gegenläufige Ergebnisse erzielt werden, das heißt bei einzelnen Items stimmen die Frauen stärker zu, bei anderen die Männer. So stimmen zum Beispiel die Männer beim Antisemitismus den Aussagen stärker zu, bei denen die Juden angeblich zu viel Einfluss haben oder sie Mitschuld an ihrer Verfolgung tragen. Frauen hingegen äußern stärker Ärger über die Vorwürfe der Juden und sind eher der Meinung, dass Israel mit den Palästinensern gegenwärtig genau das macht, was die Nazis mit den Juden gemacht haben.

Beim Autoritarismus fällt auf, dass bei zwei Items, die beide eine autoritäre Aggression ausdrücken, die Frauen stärker zugestimmt haben: So der Aussage, dass Verbrechen härter bestraft werden sollten und gegen Außenseiter und Unruhestifter härter vorgegangen werden sollte.

Auch bei der Fremdenfeindlichkeit findet sich bei mehreren Items eine stärkere Zustimmung der weiblichen Beschäftigten. Die Frauen waren eher der Meinung, dass Ausländer eine Belastung für das soziale Netz sind, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben und dass Ausländer nach Hause geschickt werden sollten, wenn Arbeitsplätze knapp werden. Alle diese Unterschiede sind signifikant. Trotzdem gibt es beim Index Fremdenfeindlichkeit keinen signifikanten Unterschied zwischen Männern und Frauen.

Bei zwei Moderatorvariablen gibt es bei den weiblichen Beschäftigten eine höhere Tendenz: bei Machtlosigkeit und Zukunftsangst. Hier fühlen sich die Frauen machtloser und zeigen eine höhere Zukunftsangst. Dafür ist bei den männlichen Beschäftigten die ökonomistische Orientierung stärker. Vielleicht heben sich hier zwei gegenläufige Tendenzen gegenseitig auf, so dass es bei der Anfälligkeit für Rechtsextremismus keine signifikanten Unterschiede zwischen den Geschlechtern mehr gibt.

Vergleich von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen mit höherer und mit niedrigerer Schulbildung

Im Unterschied zum Vergleich der Geschlechter, bei dem die Ergebnisse nicht sehr eindeutig ausgefallen sind, führte der Vergleich von geringer und höherer Schulbildung zu sehr eindeutigen Ergebnissen. Unter geringer Schulbildung werden alle Schulabschlüsse unterhalb des Abiturs zusammengefasst, während höhere Schulbildung alles ab dem Gymnasium aufwärts umfasst.

Die Beschäftigten mit geringerer Schulbildung haben bei allen Faktoren des Rechtsextremismus stärker zugestimmt als die Beschäftigten mit höherer Schulbildung. Diese Unterschiede sind beim Antisemitismus, beim Autoritarismus, der Fremdenfeindlichkeit, dem Rassismus und dem Nationalismus jeweils sehr signifikant.

Das gleiche gilt für die Faktoren, die Rechtsextremismus begünstigen, das sind die Orientierungslosigkeit, die ökonomistische Orientierung, die utilitaristische Orientierung sowie die Betonung der Etabliertenvorrechte, der Machtlosigkeit und der Zukunftsangst. Auch die Abwertung von Langzeitarbeitslosen ist bei den Beschäftigten mit geringerer Schulbildung deutlich höher. Die Einzelitems, die zu einzelnen Indizes dazugehören, sind ebenfalls durchweg signifikant.

Dieses Ergebnis macht sehr deutlich, dass es unter den Erwerbstätigen eine deutliche Spaltung zwischen denen mit höherer Schulbildung und denen mit niedrigerer Schulbildung gibt. Die in Deutschland besonders frühe Trennung der Schüler in verschiedene Schultypen könnte ein Grund dafür sein, dass sich verschiedene politische Kulturen entwickelt haben, die sich auch im Bezug auf ihre Anfälligkeit für Rechtsextremismus unterscheiden. Da der Bildungsabschluss in unserer Gesellschaft eine hohe Wertigkeit besitzt, kann davon ausgegangen werden, dass bei den Betroffenen mit niedrigerem Schulabschluss die Anerkennungsbilanz geringer ist, die Orientierungslosigkeit und die Machtlosigkeit dagegen erhöht sind. Sicherlich spielen sehr viele Faktoren zusammen, die schließlich zu dem Ergebnis führen, dass in Deutschland Beschäftigte mit niedrigerer Schulbildung eine höhere Anfälligkeit für Rechtsextremismus und *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* zeigen.

Eine Reihe von Items weist darauf hin, dass die Beschäftigten mit niedrigerem Bildungsstand eher die Tendenz aufweisen, sich sozial in ihren Milieus abzuschotten. So zeigen sie eine höhere Verbundenheit mit ihrem Stadtteil und sind stärker der Meinung, dass das Zusammenleben im Land harmonischer ist, wenn man sich ähnelt. Die Beschäftigten mit höherer Schulbildung zeigen dagegen

eine größere Offenheit und Aufgeschlossenheit gegenüber anderen Lebensweisen, Lebensstilen, Kulturen und Religionen. Sie sind eher der Meinung, dass die Einflüsse unterschiedlicher Gruppen, die deutsche Kultur bereichern und sie sind stärker neugierig auf Ausländer gleichen Alters. Anscheinend versuchen Beschäftigte mit niedrigerer Schulbildung ihr Statusproblem durch Inklusion, d.h. durch soziale Schließung der eigenen Statusgruppe, und in der Folge durch Exklusion von anderen zu lösen.

Vergleich der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit abgeschlossener Berufsausbildung und ohne Berufsausbildung

Eigentlich sollte der Abschluss einer Berufsausbildung einen ähnlichen Effekt erzeugen wie die Schulbildung, da es sich in beiden Fällen um Formen der Bildung handelt. Dies ist jedoch nicht der Fall. Es finden sich deutlich weniger signifikante Unterschiede zwischen den beiden Gruppen und die Unterschiede, die signifikant sind, zeigen eine andere Richtung als bei der Schulbildung. Hieß es vorher, je höher die Schulbildung, desto geringer die Anfälligkeit für Rechtsextremismus und GMF, so kann man jetzt eher konstatieren, je mehr abgeschlossene Berufsausbildungen, desto höher die Anfälligkeit für Rechtsextremismus. Zumindest zeigen die Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung eine höhere Anfälligkeit für Antisemitismus und für Fremdenfeindlichkeit. Dagegen finden sich bei Autoritarismus, Rassismus und Nationalismus keine signifikanten Unterschiede. Die subjektiven Faktoren, die einen Einfluss nehmen könnten auf die Anfälligkeit für Rechtsextremismus, sind bei den Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung deutlicher ausgeprägt, so die ökonomistische Orientierung, Utilitarismus und die Machtlosigkeit. Dagegen ist die Zukunftsangst bei den Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung – stringenterweise – signifikant geringer. Sieht man sich zusätzlich die einzelnen Items an, die zu den Indizes gehören, so stellt man fest, dass sich zwar die Ergebnisse aus den Indizes der Tendenz nach bestätigen, dass es hier aber relativ wenig signifikante Unterschiede gibt.

Die Ergebnisse sind also insgesamt uneinheitlicher als bei dem Vergleich der Schulbildung, tendenziell gehen sie jedoch eher in die umgekehrte Richtung. Eine berufliche Ausbildung ist zwar auch ein Bildungsmerkmal, aber offenbar führen nicht alle Bildungsmerkmale zum gleichen Ergebnis. Es ist anzunehmen, dass die Beschäftigten mit und ohne berufliche Ausbildung ein gemeinsames Milieu bilden, das getrennt ist von dem Milieu der Beschäftigten mit höherer Schulbildung. Demnach wäre nicht Bildung im Humboldt'schen Sinn, also Erweiterung

des Horizonts und der intellektuellen Kompetenz, das entscheidende Kriterium, sondern die soziale Ungleichheit, die in Deutschland durch eine bestimmte Form der Schulbildung forciert wird. Es dürfte also mehr um soziale Ausschließungs- und Abschließungsprozesse gehen, als um Bildung in einem umfassenden Sinn; wenn man die Anfälligkeit von Rechtsextremismus betrachtet.

Zusammenhänge zwischen Komponenten des Rechtsextremismus und begünstigenden Faktoren

Von den verschiedenen Faktoren des Rechtsextremismus erfährt der Nationalismus bei den Beschäftigten die größte Zustimmung. Es folgen in der Reihenfolge der Autoritarismus an zweiter Stelle, die Fremdenfeindlichkeit und schließlich der Antisemitismus und der Rassismus. Es bestätigt sich also auch bei den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen die gleiche Reihenfolge in der Zustimmung zu rechtspopulistischen Äußerungen wie bei der repräsentativen Bevölkerungsstichprobe des Bielefelder Projekts. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Autoritarismus und Antisemitismus sowie der Nationalismus hängen eng miteinander zusammen, was die Korrelationen zwischen ihnen deutlich zeigen. Dies ist ein Hinweis darauf, dass sie als Komponenten des Rechtsextremismus betrachtet werden können.

Geht man von der Höhe der Korrelation aus, so kann man die Fremdenfeindlichkeit als Kernphänomen des Rechtsextremismus betrachten. Allerdings verweist eine deutlich niedrigere Korrelation zwischen Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus (0,273) darauf, dass der Nationalismus wohl eine gewisse Selbständigkeit beansprucht. Beunruhigend ist, dass die Fremdenfeindlichkeit mit dem Antisemitismus hoch korreliert (0,588) und dass die Korrelation mit der Abwertung von Langzeitarbeitslosen ebenfalls nicht bedeutend geringer ist. Autoritarismus korreliert mit der Fremdenfeindlichkeit am höchsten (0,601) und es gibt ebenso eine bedeutsame Korrelation zum Rassismus (0,474).

Betrachtet man die Faktoren, die eine Anfälligkeit für Rechtsextremismus begünstigen könnten, so kommt man bei den Beschäftigten zu differenzierten Ergebnissen. Die Orientierungslosigkeit hat den engsten Zusammenhang mit Autoritarismus und Fremdenfeindlichkeit (beide über 0,5), dagegen kaum einen Bezug zum Nationalismus. Dies könnte darauf hinweisen, dass Autoritarismus und Fremdenfeindlichkeit soziale Repräsentationen darstellen, die eine klare Orientierung versprechen.

Ein ähnliches Ergebnis findet sich für den Faktor Machtlosigkeit. Auch hier ist der Zusammenhang zum Nationalismus am geringsten.

Sehr geringe, wenn auch signifikante Zusammenhänge bestehen zwischen Zukunftsangst und den verschiedenen Komponenten des Rechtsextremismus, das heißt genauer, dass die Zukunftsangst eher nicht als bestimmender Faktor für den Rechtsextremismus bezeichnet werden kann.

Am deutlichsten fallen, wie gesagt, die Zusammenhänge zu Orientierungslosigkeit aus. Interessant sind jedoch auch die Zusammenhänge zwischen der ökonomistischen Orientierung und den Komponenten des Rechtsextremismus sowie zwischen dem Utilitarismus und den Komponenten des Rechtsextremismus. Die ökonomistische Orientierung korreliert signifikant mit allen Komponenten des Rechtsextremismus, ebenso der Utilitarismus. Allerdings ist zu bemerken, dass der Utilitarismus durchweg einen höheren Zusammenhang zu den Komponenten des Rechtsextremismus aufweist als die ökonomistische Orientierung. Der eigene Nutzen geht also dem allgemeinen ökonomischen Nutzen voraus. Beide scheinen aber zur Anfälligkeit zu Rechtsextremismus beizutragen.

3.4 Fazit

Der Bielefelder Projektverbund grenzt die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) nicht klar vom Rechtsextremismus ab, zwischen beiden gibt es deutliche Überschneidungen. In der GMF sind grundlegende Dimensionen des Rechtsextremismus enthalten, wie der Antisemitismus, die Fremdenfeindlichkeit und der Rassismus. Nationalismus und Autoritarismus werden in dem Projekt zusätzlich einbezogen und dienen zur Erklärung der GMF. Bezüglich rechtsextremer Orientierung besteht eine unklare Begrifflichkeit. Häufig wird statt von Rechtsextremismus von »Rechtspopulismus« gesprochen, dem aber nur Autoritarismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zugeordnet.

Strukturellen Bedingungen wird alleine kein unmittelbarer Einfluss auf die Entwicklung von GMF und rechten Orientierungen zugesprochen. Das gilt auch für den Faktor regionale wirtschaftliche Stärke. Zwar fand das Projekt in wirtschaftlich abwärtsdriftenden Regionen eine stärkere Neigung zu Rechtsextremismus und GMF, die meisten dieser Regionen liegen jedoch im Osten Deutschlands und damit kommen spezifische vermittelnde Faktoren, wie z.B. kulturelle und historische Erfahrungen ins Spiel. Ähnliches gilt auch für den Faktor Bildung. Nicht die Bildung an sich reduziert rechtsextreme Orientierungen, sondern eine

Reihe von subjektiven Faktoren, die mit Bildung verbunden sind, wie z.B. Status, Schicht und Alter.

Im Mittelpunkt des ganzen Forschungsprogramms steht die theoretische Vorgabe, dass Desintegrationsprozesse einen wesentlichen Einfluss auf GMF und Rechtsextremismus haben, wobei zwischen objektiven und subjektiven Aspekten der Desintegration unterschieden wird. Objektive Desintegration kann nur dann einen Einfluss auf die Entwicklung von rechtsextremen Orientierungen ausüben, wenn subjektive Voraussetzungen vorhanden sind. Objektive Desintegrationsprozesse werden also immer durch das subjektive Prisma gebrochen.

Trotz dieser differenzierten Vorgabe besteht in der Rezeption die Gefahr, dass der Ansatz als Defizittheorie verstanden wird, dass also Rechtsextremismus hier durch die schlechte soziale Lage und das Leiden an der Desintegration erklärt wird. Es liegt dann der Fehlschluss nahe, dass man mit der Verbesserung der sozialen Lage auch gleich den Rechtsextremismus bekämpfen kann.

Ein wichtiger subjektiver Aspekt der Desintegration wird vom Projekt in der »Orientierungslosigkeit« gesehen. Sie steht in einem deutlichen empirischen Zusammenhang mit GMF und Rechtsextremismus. Orientierungslosigkeit begünstigt offenbar die Neigung zu Autoritarismus und Fremdenfeindlichkeit, aber nicht den Nationalismus. Mit Autoritarismus und Fremdenfeindlichkeit wird anscheinend die Orientierungslosigkeit zu kompensieren versucht.

Als Ergebnis der Sekundäranalyse der Daten des Bielefelder Projekts von 2007 kann zusammenfassend konstatiert werden, dass Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen eine deutlich geringere Anfälligkeit für Rechtsextremismus zeigen, als die Personen, die derzeit nicht berufstätig sind, dass sich aber innerhalb der Gruppe der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ähnliche Prozesse, wie bei der repräsentativen Gesamtstrichprobe finden. Die eigene Sekundäranalyse hat gezeigt, dass die Erklärungsfaktoren, die von der Bielefelder Projektgruppe herausgearbeitet wurden, im Allgemeinen auch eine Erklärungskraft für die Gruppe der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Bezug auf Rechtsextremismus beanspruchen können. Diese Erklärungskraft besteht nicht nur für die so genannte *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, sondern auch für verschiedene Komponenten des Rechtsextremismus.

4 Prekarität und Rechtspopulismus – Die Jenaer Studie

Abbildung 10: Die Jenaer Studie

Forschungsinstitution	Institut für Soziologie der Universität Jena Das Forschungsprojekt ist Teil des Bielefelder Forschungsverbundes unter Leitung von Prof. Heitmeyer Förderung: BMBF
Autoren und Autorinnen	Projektteam: Prof. Dr. Klaus Dörre (Projektleiter), Dr. Klaus Kraemer (Bearbeiter), Frederic Speidel (Bearbeiter)
Veröffentlichung	Viele Beiträge in Herausgeberbänden und Zeitschriften, keine Monographie
Zeitraum der Studie	Laufzeit: August 2002 - Oktober 2005 (Abschluss des Projektes – April 06)
Regionaler Rahmen der Studie	Breite regionale Streuung
Beschreibung der Stichprobe	92 qualitative Interviews mit Arbeitern und Angestellten (überwiegend männlich), Zusätzlich 35 Experteninterviews mit Führungskräften, Betriebsräten und Gewerkschaftern, Gruppendiskussionen mit Leiharbeitern
Analyse	<ol style="list-style-type: none"> 1. Theoretische Grundlagen und Konzepte Die Ausbreitung prekärer Beschäftigung 9 Typen von (Des-) Integration durch Erwerbsarbeit Anfälligkeit dieser Typen für Rechtspopulismus 2. Empirische Ergebnisse Prekarisierungsprozesse sind auch innerhalb der Zone der Integration wirksam, führen auch dort zur Verunsicherung Prekarisierung der Arbeit und Desintegration

Die Jenaer Studie wurde in die Expertise mit aufgenommen, da sie sich speziell mit Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen auseinandersetzt und von den Arbeitsverhältnissen ausgehend nach der Anfälligkeit für Rechtsextremismus fragt. Der Bezug zum Thema Rechtsextremismus entstand wohl durch die Einbeziehung der Forschungsgruppe der Universität Jena in den Forschungsverbund »Desintegrationsprozesse - Stärkung von Integrationspotentialen einer modernen Gesellschaft« unter der Leitung von Professor Heitmeyer an der Universität Bielefeld (siehe

das vorherige Kapitel). In diesem Sinn kann die Jenaer Studie als ein Zusatz zum Projekt *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* verstanden werden.

Die zentrale Frage ist dabei, was prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit sozialer Desintegration und Rechtsextremismus zu tun haben können? Dieser Frage wird mit Hilfe von 92 *qualitativen* Interviews mit Arbeitern und Angestellten (überwiegend männlichen) sowie 35 zusätzlichen Experteninterviews und einigen Gruppendiskussionen nachgegangen.¹³⁹

Ein Schwerpunkt in der Auseinandersetzung mit prekären Arbeitsverhältnissen ist vor allem die Leiharbeit. Der Projektgruppe geht es aber nicht darum, die Anfälligkeit von Leiharbeitern für Rechtsextremismus zu untersuchen, sondern die Verunsicherung von vielen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, auch Vollzeitbeschäftigten, durch das Vordringen prekärer Arbeitsverhältnisse, zu analysieren.

4.1 Desintegration und Prekarität

Die theoretische Konstruktion, auf der das Projekt beruht, ist sehr anspruchsvoll. Im Anschluss an den französischen Sozialwissenschaftler Robert Castel unterscheidet die Forschungsgruppe zwischen verschiedenen Formen der Integration und Desintegration durch Erwerbsarbeit. Unterschieden werden drei Zonen der Integration/Desintegration, dies sind die Zone der Integration, die Zone der Prekarität und die Zone der Entkoppelung. Auf der Basis der Interviews wurde versucht typische Formen der Integration/Desintegration durch Erwerbsarbeit zu ermitteln. Dieser Auswertungsschritt ist noch nicht mit der Frage nach der Anfälligkeit von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen für Rechtsextremismus verbunden.

Die Jenaer Forschungsgruppe fand insgesamt neun solcher typischen Formen: in der Zone der Integration, die »Gesicherten«, die »Konventionellen oder Selbstmanager«, die »Verunsicherten« und die »Abstiegsbedrohten«. In der Zone der Prekarität fanden sie drei Formen, nämlich die »Hoffenden«, die »Realistischen« und die »Zufriedenen«. In der Zone der Entkoppelung werden die »Veränderungswilligen« von den »Abgehängten« unterschieden. »Diese Typologie bildet die Verarbeitungsformen sozialer Unsicherheit ab«¹⁴⁰.

Potentiell können alle verunsichert werden. Voraussetzung ist nicht unbedingt, dass sie beispielsweise wirklich abstiegsbedroht sind, sondern dass sie sich ver-

139 Dörre u.a. 2006.

140 Dörre 2008, S. 242.

unsichern lassen. Dies kann auch – wie das Projekt deutlich macht – für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in unbefristeten Normalarbeitsverhältnissen zum Problem werden, wenn sie beispielshalber die zunehmende Ersetzung von Stammebelegschaften durch Leiharbeiter beobachten. Mit dieser Problematik der Verbreitung sozialer Unsicherheit setzt sich die Jenaer Forschungsgruppe sehr intensiv auseinander. Weiterhin beschreibt sie die entsprechenden Situationen in den Betrieben sehr anschaulich.¹⁴¹

Den Ausgangspunkt stellt dabei die Prekarisierungsthese dar, die ergänzt wird durch die »Desintegrationshypothese«. Sie »bezieht sich auf die subjektive Verarbeitung prekärer und flexibler Beschäftigung. Sie lautet: Prekarisierung schwächt das Integrationspotential von Erwerbsarbeitern und fördert auf vielfältige Weise – auch subjektiv erfahrene – soziale Desintegration«¹⁴².

Hinzu kommt die so genannte »Kontroll- oder Disziplinierungshypothese«, die besagt, dass Prekarisierungserfahrungen nicht nur vielfältige (Re-)Integrationsbemühungen auslösen können, sondern dass sie zudem disziplinierend auf die »Zone der Normalität zurückwirken können«¹⁴³.

4.2 Rechtsextremismus oder Rechtspopulismus

Die Jenaer Forschungsgruppe vermeidet den Begriff Rechtsextremismus zu Gunsten des Begriffs »Rechtspopulismus«, doch was bedeutet der Begriff, inwiefern unterscheidet er sich vom Begriff des Rechtsextremismus? Gemeint ist das ideologische System der neuen populistischen Rechten. Diese Ideologie besteht – nach Ansicht der Forschungsgruppe – nicht mehr auf dem nationalen Überlegenheitsanspruch, sondern vertritt einen ethnischen und kulturellen Partikularismus.

Der neue Nationalismus dieses ideologischen Systems hält an der ‚reinen‘ Nation fest und wendet sich gegen jede Vermischung. Ein machtvoller Staat soll die nationale Identität sichern.

Die Individuen übernehmen Teile dieser populistischen Ideologie als ihre eigenen »rechtspopulistischen Orientierungen«.

»Populistisch nennen wir eine politische Axiomatik, die – unter Rückgriff auf Common-Sense-Argumente – mit Hilfe fremdenfeindlicher und rassistischer Klas-

141 Dörre u.a. 2004, S. 83-110.

142 ebd., S. 88.

143 ebd., S. 95 f.

sifikationen eine Abgrenzung des »einfachen Volkes« nicht nur von abgehobenen Eliten, sondern auch von anderen, Leistungsschwächeren, von »Sozialschmarotern« und »Überflüssigen« vornimmt. Neu an diesem reaktiven Nationalismus (...) ist, dass er an der zeitgenössischen sozialen Frage und deren Konfliktdynamik ansetzt.«¹⁴⁴

Hier wird offenbar ein rechtsextremes Syndrom aktuell empirisch identifiziert. Fraglich scheint jedoch, ob es über die untersuchte Gruppe hinaus verallgemeinert werden kann, ob also der Begriff des Rechtspopulismus und der rechtspopulistischen Orientierung den Begriff des Rechtsextremismus ersetzen kann. Insgesamt ist er eng gefasst und kann schon deshalb den Rechtsextremismus nicht abdecken. Dies muss mitbedacht werden, wenn im Folgenden die empirischen Zusammenhänge zwischen Prekarisierung, Desintegration und Rechtspopulismus dargestellt werden.

4.3 Prekarisierung und Rechtspopulismus

Es stellt sich die Frage, wie Prekarisierung und soziale Desintegration einschließlich der geschilderten hypothetischen Prozesse zu einer Anfälligkeit für rechtspopulistische oder rechtsextreme Ideologien führen können, da sich »der Problemrohstoff, den die Prekarisierung erzeugt, grundsätzlich in höchst unterschiedliche politische Orientierungen übersetzen (lässt)«¹⁴⁵. Es wird also nicht von einem automatischen Umsetzungsprozess ausgegangen.

Um den Zusammenhang zwischen Prekarisierung und Anfälligkeit für Rechtspopulismus zu rekonstruieren, stellt die Forschungsgruppe die so genannte »Selbststabilisierungshypothese«¹⁴⁶ auf. »Die Selbststabilisierungshypothese lautet: In bestimmten Konstellationen können soziale Desintegration, Prekarisierungsängste und –erfahrungen Bewältigungsformen verstärken, die in rechtsextreme Orientierungen münden«¹⁴⁷. Es handelt sich um problematische Versuche zur Selbststabilisierung und zur Kompensation von Kontrollverlusten. Auf diese Weise können die Betroffenen empfänglich für die Botschaften des neuen Rechtspopulismus werden.

144 Dörre u.a. 2006, S. 93.

145 ebd., S. 99.

146 Dörre u.a. 2004, S. 100.

147 ebd., S. 31.

Hinzu kommt die so genannte »Aufschaukelungs- oder Repräsentationslückenhypothese«, die besagt, »dass der Problemrohstoff, der in der Arbeitswelt entsteht, in den Interaktionen betrieblicher Akteure situativ »aufgeschaukelt« werden kann«¹⁴⁸. Interethnische Spannungen können sich jedoch im Betrieb kaum entladen und suchen sich bevorzugt Ventile außerhalb der Arbeitswelt. Die Konkurrenz innerhalb der Belegschaft kann also zum Beispiel mit rassistischen Vorstellungen subjektiv bewältigt werden.

Die verschiedenen Bearbeitungsformen der Prekarisierung korrespondieren jeweils mit bestimmten Formen rechtspopulistischer Orientierungen. Klaus Dörre unterscheidet dabei den »rebellischen«, den »konservierenden« und den »konformistischen Rechtspopulismus«¹⁴⁹. Diese drei Varianten rechtspopulistischer Orientierungen bezieht Klaus Dörre auf die verschiedenen Zonen der (Des-)Integration und die darunter subsumierten neun Typen, die oben aufgeführt wurden.

»Die *rebellische Variante* findet sich vor allem bei Befragten aus der »Zone der Entkoppelung« und der »Zone der Prekarität« (Typ 6, 8, 9).« Die dahinterstehenden politischen Orientierungen sind eher diffus, der Protest ist entsprechend »richtungslos; er wendet sich gleichermaßen gegen »die da oben« wie gegen »fremd« und »anders«. Vor allem aber richtet er sich gegen die gesamte politische Klasse«. Er basiert auf Emotionen, einer diffuse Wut und Enttäuschung.¹⁵⁰

»Die *konservierende Variante* ist eine Haltung formal integrierter Beschäftigter, die sich freilich überwiegend mit einem drohenden sozialen Abstieg konfrontiert sehen«¹⁵¹. Hier werden Ressentiments gezielt als Mittel in der Konkurrenz eingesetzt.

»Der *konformistische Rechtspopulismus* findet sich bevorzugt in der »Zone der Integration«. Die Basis stellt eine »Überanpassung an hegemoniale Normen« dar. »Diese vermeintlichen Modernisierungsgewinner sehen sich überwiegend mit einem erheblichen Problemdruck konfrontiert.«¹⁵² Je stärker ihr Anpassungsdruck, umso stärker verlangen sie das Gleiche von Anderen und umso unduldsamer sind sie gegen so genannte ‚Sozialschmarotzer‘.

Bei den drei beschriebenen Varianten handelt es sich nicht nur um spezifische Bearbeitungsformen mit ganz unterschiedlichen Motiven, sondern auch um unterschiedliche soziale Gruppen, deren jeweilige Anfälligkeit für Rechtspopulismus

148 ebd., S. 108

149 Dörre 2008, S. 247 ff.

150 Dörre 2007, S. 30 f.

151 ebd., S. 31.

152 ebd., S. 31.

unterschiedlich erklärt werden kann. In dieser Differenzierung sieht Klaus Dörre die Möglichkeiten zwei gegensätzliche Erklärungsansätze darauf zurückzuführen, dass sie sich auf unterschiedliche soziale Gruppen beziehen. So passt der Dominanzkulturansatz, der auch von der Tübinger Forschungsgruppe vertreten wird, nach Klaus Dörre zu den Modernisierungsgewinnern mit ihrem konformistischen Rechtspopulismus, während die so genannten Defizitansätze, zu denen auch die Desintegrationstheorie gerechnet werden kann, eher die rechtspopulistische Anfälligkeit in der rebellischen Variante erklären könnte.

Eine Konsequenz aus dem Spannungsverhältnis zwischen den drei Formen der rechtspopulistischen Anfälligkeit ist, dass sie auf unterschiedliche Gruppen verweisen, die nicht auf gleiche Weise durch den Rechtspopulismus mobilisierbar sind. »Gerade dies konstituiert eine strukturelle Mobilisierungsschwierigkeit für rechtspopulistische Formationen.«¹⁵³ Geht man davon aus, dass in der derzeitigen umfassenden Wirtschaftskrise Prekarisierung, Arbeitslosigkeit und Desintegration zunehmen, so kann man aus den obigen Ergebnissen folgern, dass damit der Rechtspopulismus nicht automatisch einen einheitlichen Mobilisierungsschub erhält.

4.4 Fazit

Klaus Dörre setzt sich sehr differenziert mit Mechanismen innerhalb der Arbeits-sphäre auseinander, die Rechtspopulismus/Rechtsextremismus begünstigen oder verstärken können. Im Mittelpunkt stehen dabei Prekarisierungsprozesse, die Desintegration begünstigen. Daraus sollte jedoch nicht gefolgert werden, dass der Rechtspopulismus originär vor allem in der Arbeitssphäre entsteht. Das Jenaer Projekt kommt vielmehr zu dem Ergebnis, dass die »rechtspopulistische Axiomatik« nicht in Arbeitsbeziehungen entsteht, sondern dass sie erfahrungs-resistent ist. Sie kann sich aber der Arbeitserfahrungen bemächtigen und kann zudem durch diese bestätigt werden. »Unsere Untersuchung belegt, dass sich die skizzierte Axiomatik nicht unmittelbar auf Arbeits- und Prekarisierungser-fahrungen zurückführen lässt.«¹⁵⁴ Der Rechtspopulismus stellt vielmehr für die Beschäftigten Erklärungsfolien bereit, mit denen sich (scheinbar) auch Arbeitser-

153 Dörre 2007, S. 33.

154 Dörre 2008, S. 245.

fahrungen erklären lassen. Umgekehrt können die Arbeitserfahrungen wiederum die rechtspopulistischen Orientierungen verstärken.

5 Regionale Voraussetzungen des Rechtsextremismus – Die Tübinger Studie

Abbildung 11: Die Tübinger Studie

Rechtsextremismus und sein Umfeld Eine Regionalstudie und die Folgen für die Praxis	
Forschungsinstitution	Tübinger Forschungsgruppe für Migration, Integration, Jugend und Verbände unter der Leitung von Prof. Dr. Josef Held
Autoren und Autorinnen	Held, Josef / Bibouche, Seddik / Dinger, Gerhard / Merkle, Gudrun / Schork, Carolin / Wilms, Laura
Veröffentlichung	2008 bei VSA-Verlag, Hamburg
Zeitraum der Studie	2006-2007
Regionaler Rahmen	Wirtschaftlich prosperierender Landkreis mit überwiegend ländlichem Charakter in der Nähe einer süddeutschen Großstadt
Beschreibung der Stichprobe	Gebietsstichprobe (Survey): 322 Jugendliche, hauptsächlich in beruflicher Ausbildung (43,8 %) und Schule (54,3 %), mit einem durchschnittlichen Alter von 16,8 Jahren 11 Fokusgruppen 14 Experteninterviews mit Sozialarbeiter/innen, Kommunalpolitiker, Sozial engagierte Bürger/innen, Lehrer/innen
Analyse	Theoretische Grundlagen und Konzepte Sensibilisierende Konzepte auf der Grundlage vorausgegangener Studien der Forschungsgruppe (IG Metall-Jugendstudie und anderen) Methodische Vorgehensweise Face-to-Face-Erhebung anhand Fragebogen; leitfadengestützte Interviews, Gruppendiskussionen, ethnographische Studien. Empirische Ergebnisse Lokale und Segmentäre Orientierung verbunden mit starker Familien- und Cliquesbindung stellen einen Cocktail dar, der die Ausbreitung und Akzeptanz rechtsextremistischen Gedankenguts begünstigt. Die Untersuchungsergebnisse weisen darauf hin, dass nicht die Existenz rechtsextremer Gruppen das eigentliche Problem darstellt, sondern eine politische Kultur, die Rechtsextremismus akzeptiert. Keine besondere Auffälligkeit von Arbeitnehmer/innen oder Gewerkschafter/innen im Bezug auf rechtsextreme Orientierungen Begünstigende Faktoren: Lokalismus; Wohlstandschauvinismus; Konventionalismus; Autoritarismus; Nationalismus

Nachdem rechtsextreme Aktivitäten in einem Landkreis in Süddeutschland zunehmend in die Schlagzeilen geraten waren, schlug der Verein für internationale

Arbeit und Kultur (VIAK) 2005 der Tübinger Forschungsgruppe vor, eine Studie zum Rechtsextremismus in diesem Kreis durchzuführen. Da Rechtsextremisten als besondere Gruppe häufig untersucht werden, entschieden wir uns für eine selten untersuchte Fragestellung und vereinbarten mit der VIAK eine Studie zur Thematik »Rechtsextremismus und sein Umfeld«. Es sollte dabei um die Frage gehen, welchen Einfluss das soziale Umfeld auf die Entwicklung von Rechtsextremismus hat und umgekehrt, welchen Einfluss der Rechtsextremismus auf das Umfeld hat.

5.1 Theoretische Grundlagen

Diese scheinbar einfache Fragestellung ist theoretisch voraussetzungsvoll. Sie setzt zum Einen und zentral voraus, dass man weiß, was Rechtsextremismus ist. Die Definitionen dazu sind jedoch ebenso unterschiedlich wie die theoretischen Erklärungsansätze. Vor zehn Jahren wurde Rechtsextremismus von der Tübinger Forschungsgruppe definiert als eine extreme Ausprägung rechter Orientierungen auf einem Kontinuum. Rechtsextremisten verstanden sich damals überwiegend als Vollstrecker der schweigenden Mehrheit oder des von ihnen angenommenen Volkswillens. Es gab zwar auch damals schon Rechtsextreme, die das Kontinuum hinter sich gelassen hatten, dies waren aber eher Einzelfälle an der Grenze zur Psychopathologie. Inzwischen hat sich eine ganze Szene etabliert, und zwar jenseits einer roten Linie, wo ein Verständnis in der Öffentlichkeit nicht mehr gegeben ist. Die Rechtsextremen jenseits der roten Linie fühlen sich zwar möglicherweise noch immer als Vertreter der schweigenden Mehrheit, leiden dabei aber an Realitätsverlust. Sie sehen sich gerne als tapfere Märtyrer. Diesseits der roten Linie findet sich eine andere Form des Rechtsextremismus. Diese Leute können nicht nur auf die Zustimmung in ihrem rechten, meist dörflichem Milieu rechnen, sie erreichen Zustimmung auch durch bürgerschaftliches Engagement. Der Rechtsextremismus ist also in sich heterogener geworden, er besteht aus unterschiedlichen Strömungen und verschiedenen Milieus. Die Rechtsextremen bedienen sich kultureller Symbole und haben auch eigene kulturelle Formen entwickelt, die eine gewisse Anziehungskraft aufweisen.

Ähnlich problematisch wie die Bedeutung von Rechtsextremismus scheint der Begriff »Umfeld«. Meint Umfeld ein ganzes Dorf oder eine ganze Region mit all seinen Einrichtungen oder nur Personengruppen? Welche Bedeutung

hat das Umfeld des Umfelds, ist nicht die ganze Welt in der Globalisierung das Umfeld? Hinzu kommt, dass Rechtsextremisten oft schon Teil des so genannten Umfelds sind und dass man deshalb nur schwer von Umfeld sprechen kann. Der Rechtsextremismus ist Teil der politischen Kultur, er ist Ausdruck und Folge des politischen Klimas einer Region.

Rechtsextreme Milieus korrespondieren mit soziokulturellen Feldern, die den Rechtsextremismus potentiell begünstigen, und auf die wiederum der Rechtsextremismus einwirkt. Natürlich wird die regionale politische Kultur durch ganz verschiedene politische Strömungen bestimmt. Im Forschungsprojekt haben wir uns aber nur für die soziokulturellen Felder interessiert, in denen sich der Rechtsextremismus gut entwickeln kann, die eine Nähe zu ihm aufweisen und ihm einen Resonanzboden liefern.

Die Individuen in einer politischen Kultur machen in soziokulturellen Feldern Erfahrungen, machen beispielsweise auch Erfahrungen mit rechtsextremen Milieus und können deshalb eine Nähe zu rechtsextremen Milieus und den entsprechenden soziokulturellen Feldern entwickeln.

Ob sie eine solche Nähe entwickeln, hängt von verschiedenen situationalen und personalen Bedingungen ab, aber auch von der Bindung an das lokale soziokulturelle Feld. Wichtig sind auch die Erfahrungen, die mit verschiedenen Gruppen gemacht werden.

Diese theoretischen Überlegungen haben das Projekt angeleitet und sie haben sich im Prozess der Auswertung immer wieder verändert.

Bei solchen komplexen Phänomenen, für die noch wenig Erfahrungen und keine fertigen Theorien vorliegen, bedarf es am Anfang des Forschungsprozesses theoretischer Annahmen, welche sich aus unterschiedlichen Quellen ableiten lassen. Solche Quellen können andere Untersuchungen, Berichte von Experten, wiederholte Erfahrungen von Betroffenen, Zeitungsartikel aus der anerkannten Referenzpresse usw. sein. Diese Annahmen, in die theoretisches Vorwissen einfließt und die in Anlehnung an Uwe Flick »sensibilisierende Konzepte« genannt werden¹⁵⁵, sind Ausgangspunkt für die vorliegende Untersuchung.

155 Flick 1995, S. 10.

5.1.1 Sensibilisierende Konzepte

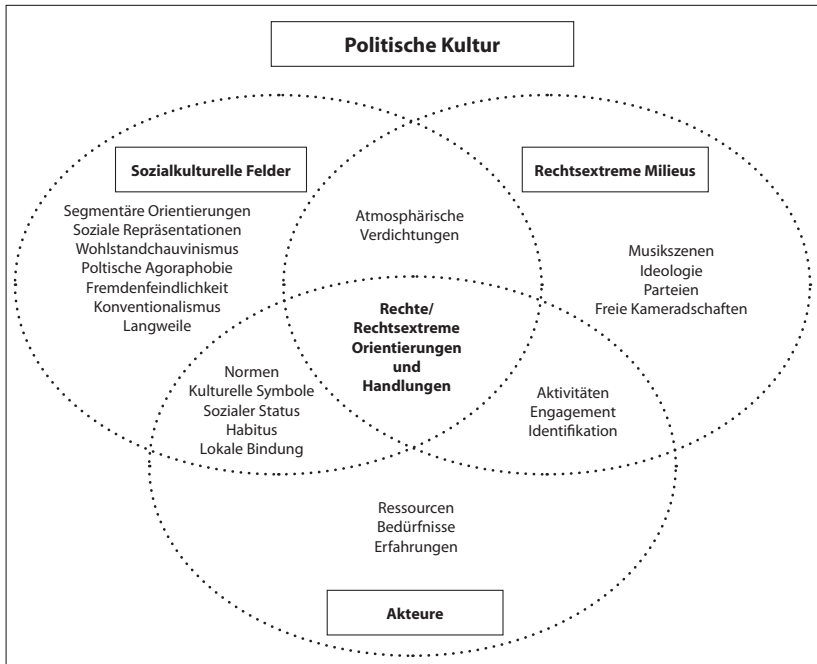
Für die Erstellung der sensibilisierenden Konzepte wurden in einem ersten Schritt systematisch alle Elemente gesammelt, die zu der Fragestellung gehören, zunächst ohne hierarchische oder sonstige Gewichtung dieser Elemente. Ihre häufige Erwähnung in den herangezogenen Quellen hat für die Berücksichtigung gereicht, ohne dabei ihre empirische Konsistenz zu überprüfen. So wird z.B. Langeweile auf dem Land häufig als einer der Gründe für rechtsextrem motivierte Handlungen erwähnt. Wenngleich sich beispielsweise im Laufe unserer empirischen Ergebnisse heraus stellte, dass Langeweile kaum eine Rolle bei rechtsextremen Handlungen oder in deren Umfeld spielt, wurde dennoch die Erscheinung Langeweile in unseren sensibilisierenden Konzepten berücksichtigt. Nach diesem Prinzip wurden also alle Erscheinungen, die zu dem zu untersuchenden Phänomen gehören und die in den herangezogenen Quellen häufige Erwähnung finden, berücksichtigt. Zu den sensibilisierenden Konzepten gehören außerdem Theorien, die für Teilaspekte des Phänomens Deutungsmöglichkeiten liefern, Ergebnisse aus anderen Untersuchungen zu dem Phänomen und schließlich herkömmliche Analysekategorien der Sozialforschung (siehe unten Abbildung).

In einem zweiten Schritt wurden diese Elemente in einem logischen Zusammenhang übergeordneten Kategorien zugeordnet. So entstanden drei größere Bereiche: dem ersten Bereich ist alles zugeordnet, was die Akteure unmittelbar betrifft, z.B. ihre Bedürfnisse, ihre Erfahrungen und ihre Ressourcen. Der zweite größere Bereich betrifft die soziokulturellen Felder, in denen die Akteure agieren. Dazu gehören neben Alltagserscheinungen, wie Fremdenfeindlichkeit, auch Theorien, die mittelbar oder unmittelbar die Entstehung rechtsextremer Dynamiken erklären wie z.B. die Segmentierungstheorie, die Theorie der sozialen Repräsentationen, Theorien der Ungleichheitsideologien usw. Der dritte Bereich bezieht sich auf alles, was in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus steht. Dazu gehören die Ideologie, die Musikszene, rechte Parteien und freie Kameradschaften.

Beim nächsten Schritt stand die Frage des Zusammenhangs dieser drei Bereiche im Mittelpunkt. Dabei entstanden Überschneidungen, welche weitere spezifische Forschungsfragen und erste Deutungsmuster für die Gesamtfragestellung lieferten. So kristallisierten sich in der Schnittmenge zwischen Akteuren und rechtsextremen Milieus Aktivitäten, Engagement und Identifikation als wichtigste Aspekte des Phänomens heraus.

Rechte bzw. rechtsextreme Orientierungen und Handlungen ergaben sich automatisch als zentrale Schnittmenge zwischen Akteuren, soziokulturellen Feldern und rechtsextremen Milieus. Dabei entstand die Frage nach dem lebensweltlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Gesamtkontext. So kam es schließlich zum Konzept der politischen Kultur als Hintergrundfolie.

Abbildung 12: Politische Kultur



5.2 Methodische Vorgehensweise

Die komplexe Thematik der politischen Kultur im Spannungsfeld von rechtsextremen Milieus, soziokulturellen Feldern und den individuellen Erfahrungen erfordert ein komplexes Forschungsdesign, wenn man ihr gerecht werden will. Dieses Design besteht aus den folgenden methodischen Ansätzen.

Da eine Regionalstudie zum Rechtsextremismus vor allem genaue Kenntnisse des Untersuchungsfeldes voraussetzt, sollte die ethnographische Methode heran-

gezogen werden. Dazu suchte die Tübinger Forschungsgruppe einen Forscher vor Ort, der die Region kennt und möglichst dort auch lebt. Mit der ethnographischen Beobachtung betrauten wir in der Untersuchungsregion einen Jugendarbeiter, der in empirischer Sozialforschung ausgewiesen ist und der kontinuierlich über ein Jahr das Feld untersuchen sollte. Der ethnographische Forscher hat die Ereignisse vor Ort beobachtet, Gespräche mit Rechtsextremisten, Bürgern, Jugendlichen und politisch Verantwortlichen geführt, sowie Unterlagen, Presse und Dokumente ausgewertet. Dieser ethnographische Anteil ist deshalb wichtig, da man die Problematik eines soziokulturellen Feldes oder auch rechtsextremer Milieus nicht allein mit Hilfe von Fragebogen oder Interviews erforschen kann.

Um die Erfahrungen, Bedürfnisse und insgesamt die subjektiven Voraussetzungen von Individuen zu erfassen, und sie in Beziehung zu setzen zu den soziokulturellen Feldern und den Milieus, kann man zusätzlich Umfragen durchführen und mit qualitativen Interviewformen arbeiten. Deshalb wurden von Tübingen aus in dem ausgewählten Landkreis zusätzliche Untersuchungen durchgeführt. Dazu wurde ein Fragebogen zum »politischen Klima« entwickelt, den wir in Schulen, Vereinen und Betrieben ausfüllen ließen. Gefragt wurde nach der eigenen Situation, nach der sozialen Zugehörigkeit und Bindung, nach den politischen Orientierungen, der Anerkennung und der Beziehung zur eigenen Gegend. In diesen Themenbereichen wurde jeweils auch das Verhältnis zu Rechtsextremismus miterfasst.

Zusätzlich wurden mit einzelnen Gruppen sogenannte »Focus Groups« durchgeführt, das waren Diskussionsgruppen, die sich mit rechtsextremen Vorkommnissen beschäftigten. In der Praxis wurden daraus oft Gruppeninterviews. Diese Focus Groups und Interviews zeichneten wir mit Video auf, wenn die Betroffenen einverstanden waren.

Da sich diese Untersuchungen nicht nur an Jugendliche richteten, wurden zusätzlich mit Multiplikatoren Interviews durchgeführt wie z.B. mit Bürgermeistern, Vereinsvorsitzenden und Lehrern.

5.3 Empirische Ergebnisse

Die politische Kultur ist durch eine rechtsgerichtete Stimmung geprägt.

Die sich unter den jungen Menschen ausbreitenden rechten Orientierungen bilden einerseits eine Voraussetzung für das Eindringen von Rechtsextremismus

und unterstützen ihn andererseits gleichzeitig. Rechtsextremismus ist demnach nicht nur ein Teil der politischen Kultur, sondern eine bestimmte politische Kultur ist auch Voraussetzung für den Rechtsextremismus in einer Region.

Weder Arbeitslosigkeit, noch hoher Ausländeranteil weisen auf eine Desintegrationsproblematik hin, es handelt sich vielmehr um eine prosperierende Region.

Bei der von uns untersuchten Gegend handelt es sich um eine prosperierende Region, die keineswegs abwärts driftet. Die eher ländliche und kleinstädtische Gegend wird von mittelständischer Industrie geprägt, die Arbeitslosigkeit ist niedrig, der Ausländeranteil ist im Vergleich zur angrenzenden großstädtischen Region niedrig und die regionale Kultur blüht. Trotzdem, und das ist das besondere, ist die untersuchte Region immer wieder auffällig geworden durch rechtsextreme Aktivitäten, und auch unsere Studie zeigt, dass rechte Orientierungen (speziell autoritäre und nationalistische) vergleichsweise stark ausgeprägt sind. Unsere Untersuchung weist auf, dass die politische Kultur durch eine rechtsgerichtete Stimmung geprägt ist. Rechtsorientierte Akteure können sich durch ihre Umgebung eher anerkannt fühlen und sind offenbar gut in ihr Gemeinwesen integriert.

Nichts deutet daraufhin, dass die Basis für Rechtsextremismus und rechte Orientierungen ein Desintegrationsproblem sein könnte. Verunsicherung, Orientierungslosigkeit, sich auflösende soziale Strukturen, um nur einige Desintegrationsphänomene zu nennen, scheinen hier keine Basis für rechte Orientierungen zu bilden. Auffällig ist stattdessen eine ausgeprägte lokale Orientierung, die sich in Übereinstimmung befindet mit den eher dörflichen und kleinstädtischen Milieus.

Die in unserer Untersuchung festgestellte lokale Orientierung steht in einem deutlichen Zusammenhang mit rechten politischen Orientierungen.

Dieser empirische Befund verweist darauf, dass Lokalismus in der untersuchten Region eine entscheidende Voraussetzung ist für die Entwicklung rechter Orientierungen. Die Rückkehr zum eigenen Ort, das heißt zum Lokalen, kann als Gegenbewegung bzw. als Ergänzung zur Globalisierung betrachtet werden. In der Soziologie spricht man deshalb heute von »Glokalisierung«.

Rechtsextremismus übt auf viele Jugendliche eine starke Faszination aus.

Man konnte beobachten, dass der Rechtsextremismus auf viele Jugendlichen eine starke Faszination ausübt und dass dadurch rechte Orientierungen eine Art unbemerkte Selbstverständlichkeit gewinnen. Diese Faszination beruht zu einem guten Teil auf dem Nationalsozialismus als historischem Mythos. Der Bezug auf

den Nationalsozialismus ist in den Diskursen der jungen Menschen in der Region stärker als in den Rechtsextremismustheorien angesprochen. «Nazi» war unter den befragten Jugendlichen oft kein Schimpfwort mehr, sondern ein faszinierendes Phänomen mit hoher gesellschaftlicher Attraktivität. Gleichzeitig vermeidet aber die Mehrheit der jungen Menschen eine eindeutige politische Positionierung. Man will in der Mehrheit weder links noch rechts sein.

Die politische Kultur lässt sich zwar als eine allgemeine, d.h. durchschnittliche Stimmung charakterisieren, geprägt durch selbstverständlich geteilte politische Ansichten, sie ist jedoch in einer Region nicht einheitlich, sondern differenziert sich in verschiedene soziale Felder.

Strukturelle Faktoren wie Betrieb, Schule, Familie und Freizeit, und soziale Faktoren wie Geschlecht, Bildung und Herkunft haben eine wichtige Bedeutung für die Entwicklung der politischen Kultur.

Die politischen Orientierungen werden nicht nur durch überregionale Medien geprägt, sondern auch durch die sozialen Felder innerhalb der Region. Das trifft vor allem für Regionen zu, die eine starke lokale Orientierung aufweisen. Die verschiedenen regionalen und sozialen Felder können zwar unterschieden werden, der Einzelne ist jedoch oft Teil von mehreren sozialen Feldern.

Die verschiedenen sozialen Felder weisen strukturelle Unterschiede auf, die für die Entwicklung rechter Orientierungen unterschiedliche Voraussetzung bilden.

Die Betriebe, die junge Menschen ausbilden, scheinen nur wenig Möglichkeiten für die Verbreitung von rechten Orientierungen zu bieten. Dies könnte damit erklärt werden, dass in den Betrieben überhaupt wenig Spielraum bleibt für die Ausbildung einer gemeinsamen politischen Kultur. Das liegt zum einen an dem »Produktionsimperativ«, also daran, dass die Arbeitsaufgaben im Mittelpunkt stehen und alles, was damit nicht unmittelbar zu tun hat, zurückgedrängt wird. Darüber hinaus können sich Betriebe extreme politische Aktivitäten aufgrund ihrer negativen Außen-, genauer gesagt Kundenwirkung nicht leisten.

Schulen sind solchen strukturellen Zwängen weniger ausgeliefert. Gerade in den heutigen Schulen, in denen die Lehrer nicht alles dominieren, entsteht offenbar ein ausgeprägtes soziales Eigenleben der Schüler, in dem sich unerkannt ideologisch geprägte Meinungen verbreiten können. Teilweise konnte beobachtet werden, dass die Position des »Nazis« beinahe schon wie eine Opposition gegen die politische Kultur der institutionellen Schule funktioniert. Die Lehrer üben sich dabei offenbar mehr im Wegsehen als im Aufarbeiten solchen Gedankenguts.

In den Familien gibt es keine institutionell vorgegebene politische Kultur, d.h. sie sind Teil der örtlichen Kultur und bilden diese auch aus. Innerhalb der Familien gibt es offenbar heute relativ wenig Differenz in Bezug auf politische Orientierungen. Die befragten Jugendlichen gaben an, dass ihre Eltern weitgehend ähnliche politische Orientierungen haben wie sie selbst. Diejenigen, die in der Familie die Benennungsmacht haben – und das müssen nicht nur die Eltern sein – prägen die politischen Orientierungen, die sich aufgrund der starken emotionalen Bindungen schnell und nachhaltig verbreiten und in der Familie zu einem fragwürdigen Konsens führen können.

Auf dem Feld der Freizeit spielen Vereine in der Region eine sehr große Rolle. Die Annahme, dass in Vereinen rechte Stimmungen generell einen günstigen Ort vorfinden, ließ sich nicht bestätigen. Im Durchschnitt unterscheiden sich die Vereinsmitglieder nicht von den Nichtmitgliedern in ihren politischen Orientierungen. Es gibt allerdings auch Vereine und das sind vor allem traditionelle, die rechte Orientierungen zu fördern scheinen. Auffälliger als die Vereine sind nichtorganisierte Gruppen die sich ihre eigenen Orte suchen, z.B. in Bauwagen, und die eine eigene politische Identität ausbilden. Bei deutschen Jugendlichen lassen sich eher rechte Stimmungen und Aktivitäten in solchen Gruppen feststellen. Ihre besondere Bedeutung gewinnen sie daraus, dass sie unbemerkt ein politisches Milieu werden können.

Junge Menschen mit Migrationshintergrund verorten sich schon deshalb nicht so häufig politisch rechts, weil sie die Ausländerfeindlichkeit als Komponente des Rechtsextremismus kennen. Relativ unabhängig vom Herkunftsland schließen sich häufig jugendliche Migranten zusammen und bilden ein eigenes Milieu, das sich vom umgebenden deutschen Milieu abzugrenzen versucht. In den Auseinandersetzungen zwischen Cliques von Migranten und Cliques von Deutschen, die in der untersuchten Region auch schon häufiger gewalttätig ausgetragen wurden, findet offenbar ein Aufschaukelungsprozess statt, in dem die einen sich eher links definieren, die anderen eher in die rechte Ecke gedrückt werden. Die Etikettierung als »Nazi« fördert dabei teilweise die entsprechende Identifikation bei den deutschen Jugendlichen.

Verschiedene soziale Felder haben eine unterschiedliche Bedeutung für die Entwicklung der politischen Kultur und für die Ausbildung von rechten Orientierungen. Wir unterscheiden in der Untersuchung zwischen Betrieb, Familie, Freizeit und regionaler Besonderheit.

Bezüglich der regionalen Besonderheit nahmen wir an, dass sich die politische Kultur in den Städten und Dörfern voneinander unterscheiden werden. Die empirische Analyse ergab jedoch, dass es in der untersuchten Region keine deutlichen Unterschiede in den politischen Orientierungen zwischen Dorf und Stadt gab. Kennt man jedoch die Besonderheit des Kreises, so kann man feststellen, dass es sich um eine verdichtete Region handelt, die sich in viele kleine Einheiten aufteilt, wobei Teile von mittleren Städten oft in sich geschlossene Einheiten bilden. Der ganze Kreis ist geprägt durch kleinstädtische und dörfliche Strukturen, wobei die kleinen Einheiten großen Wert auf ihre Selbständigkeit legen. Großstädtische Urbanität findet sich hier kaum. Eine Ausnahme bildet eine Stadt, die an die Großstadt Stuttgart angrenzt und dadurch durch höhere Urbanität gekennzeichnet ist. Die wenig entwickelte Urbanität erklärt teilweise die starken lokalen Orientierungen im Kreis.

Lokale und segmentäre Orientierung verbunden mit starker Familien- und Cliquenbildung stellt einen Cocktail dar, der die Ausbreitung und Akzeptanz rechtsextremistischen Gedankenguts begünstigt.

Die lokale Orientierung verbindet sich mit einer starken segmentären Orientierung, d.h. dass die Beziehung zu sozialen Bezugsgruppe stark ausgeprägt ist. In diesen Gegenden hält man zusammen und ist auf Zusammenhalt angewiesen. Dazu gehören auch die engen emotionalen Bindungen an die Familie. Wir fanden eine große Ähnlichkeit der politischen Orientierungen innerhalb der Familie, insbesondere zwischen Jungen und Alten.

Die soziale Bindung wird auch durch die sehr ausgeprägte Vereinskultur in der Region gefördert. Die Bindung an die jeweiligen Bezugsgruppen wird durch die stark ausgeprägte Suche nach Anerkennung gefördert.

In den letzten zehn Jahren hat sich das rechtsextreme Milieu stark ausdifferenziert.

Die Skinheads als Synonym für Rechtsextremismus haben offenbar ihre führende kulturelle Rolle verloren und sollten nicht mehr als Inbegriff des Rechtsextremismus dargestellt werden. Die verschiedenen rechten Gruppen teilen sich auf nach Musikstilen, Kleidung und versteckten Parolen. Neben den Skinheads spielen gewaltbereite Neonazis und autonome Nationalisten eine Rolle, die jeweils ihre eigenen Stile pflegen. Junge Frauen spielen in allen diesen verschiedenen Gruppen und Szenen zunehmend eine Rolle.

Der Einfluss von rechtsextremen Gruppen, speziell der NPD, hat sich stark erweitert.

Es hat sich nicht nur eine Ausdifferenzierung in verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen kulturellen Stilen entwickelt, sondern es hat sich auch der Einfluss von rechtsextremen Parteien, speziell der NPD, sehr stark erweitert. Die NPD hat in der Region eine eigene Jugendarbeit entwickelt, mit der sie den Bedürfnissen der Jugendlichen im ländlichen Raum besonders gerecht werden will. Sie versucht mit ihren Themen und Ansätzen in die verschiedenen sozialen Felder einzudringen und beachtet dabei die jeweiligen Voraussetzungen der Adressaten. Das Anknüpfen an der Ausländerfeindlichkeit spielt dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Wichtig ist der Unterschied zwischen Rechtsextremisten diesseits und jenseits einer roten Linie, das heißt der Linie der Legalität. Beide weisen aber eine Durchlässigkeit untereinander auf.

Der wichtigste Gesichtspunkt für die Beziehung zwischen Rechtsextremismus und sozialem Feld ist die Unterscheidung zwischen zwei Kategorien von rechtsextremen Milieus, nämlich jenen Rechtsextremen diesseits einer roten Linie und jenseits der roten Linie. Dies bedeutet, dass sich die Rechtsextremen diesseits der roten Linie, d.h. der Linie der Legalität, um Akzeptanz durch das Umfeld bemühen. Dies geschieht z.B. dadurch, dass sie sich ganz gezielt durch bürgerschaftliches Engagement in ihrer Gemeinde hervor tun, sich öffentlich zu ihrer Gemeinde bekennen und in verschiedenen lokalen Organisationen Fuß zu fassen versuchen. Sie wollen durch vorbildliches Benehmen auffallen und bieten daher wenig Angriffspunkte bezüglich ihrer rechtsextremen Orientierung. Die Rechtsextremisten jenseits der roten Linie meinen zwar zum Teil selbst noch, dass sie das »gesunde Volksempfinden« ihres Umfelds repräsentieren, sie haben jedoch die rote Linie der Akzeptanz überschritten und bewegen sich oft im Bereich der Kriminalität. Sie können nicht mehr mit der Akzeptanz in den sozialen Feldern rechnen.

Dies sollte jedoch nicht so verstanden werden, dass es sich bei diesen beiden Arten von Rechtsextremisten um zwei ganz verschiedene Gruppen handelt, die nichts miteinander zu tun haben. Vielmehr besteht ein osmotisches Verhältnis zwischen den beiden möglichen Haltungen. Die rote Linie weist also eine gewisse Durchlässigkeit auf, die den Artikulationsformen des Rechtsextremismus je nach Bedarf eine Diffusion in die eine oder andere Richtung erlaubt. Es handelt sich also mehr um verteilte Rollen als um getrennte Gruppen.

Es können vier typische Haltungen gegenüber den Rechtsextremen festgelegt werden. In unterschiedlicher Weise können sie den Rechtsextremismus begünstigen.

In unserer Untersuchung konnten wir vier typische Gruppen unterscheiden, die jeweils eine andere Haltung gegenüber dem Rechtsextremismus haben und damit eine jeweils andere Funktion im Rahmen der Entwicklung von rechten Orientierungen und im Verhältnis zu Rechtsextremismus übernehmen. Es sind dies die so genannten Individualisierten, die Lokalorientierten, die Sympathisanten und die Kritischen.

Die *Individualisierten* sind junge Menschen, die keineswegs durch rechte Orientierungen auffallen, sondern sich eher davon distanzieren. Sie schließen anderen kulturellen Stilen an, z.B. an die Skater und sind deshalb selbst relativ immun gegen rechtes Gedankengut. Dadurch, dass sie sich sehr stark auf sich selbst konzentrieren, entsprechen sie dem Typ des Individualisierten, wie er immer wieder von dem Soziologen Ullrich Beck beschrieben worden ist. Politisch bedenklich ist dabei, dass sie nur wenig bereit sind, Verantwortung für allgemeine Angelegenheiten des Gemeinwesens zu übernehmen. Es besteht unter diesen Jugendlichen die Meinung, dass es genügt, sich vom Rechtsextremismus selbst abzuwenden. Damit ignorieren sie rechtsextreme Dynamiken und können so indirekt zur Verharmlosung des Phänomens und damit auch zu seiner Verbreitung beitragen. Diese Jugendlichen leben die Individualisierung und reagieren nicht wie in der Individualisierungstheorie behauptet kompensatorisch auf gesellschaftliche Defizite. Sie wenden sich z.B. nicht kompensatorisch der Kameradschaft zu, um einem sozialen Defizit und einer Verunsicherung zu entgehen.

Die *Kritischen* stellen eine weitere Gruppe von Haltungen gegenüber dem Rechtsextremismus dar. Sie nehmen offensiv Positionen gegen den Rechtsextremismus ein und vertreten diese auch nach außen. Dies bedeutet nicht, dass sie sich automatisch mit Migrantengruppen zusammenschließen oder solidarisieren. Sie verstehen sich eher als Antifaschisten und sind engagiert gegen rechts. Die Kritischen stellen ein sehr wichtiges Element in der politischen Kultur dar, da sie verhindern können, dass die politische Kultur insgesamt nach ‚rechts‘ kippt. Allerdings kann eine Radikalität gegen rechts entstehen, die zu einem Aufschauklungsprozess führt, der dem Rechtsextremismus zu gute kommen kann.

Die *Lokalorientierten* betonen ihre Integriertheit in lokale Strukturen und lassen nichts Negatives bezüglich ihres Ortes oder ihrer Region gelten. Sie verteidigen quasi ihr Revier gegen fremde Einflüsse und betrachten deswegen alles

Fremde mit skeptischem Blick. Mit dieser Haltung vertreten sie eine der Hauptanliegen der rechtsextremen Akteure, nämlich die Abwehr von Heterogenität und Internationalisierung und können so ungewollt zu ihren Verbündeten werden.

Die *Sympathisanten* in Bezug auf das rechtsextreme Milieu sind selbst zwar nicht dezidiert rechtsextrem und begehen auch keine rechtsmotivierten Straftaten, aber sie hegen offen oder verdeckt Sympathien für rechtsextreme Ideen und Akteure. Damit erfüllen sie eine Brückenfunktion zwischen Rechtsextremen und etabliertem unpolitischem Milieu. Insofern fällt ihnen eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Entstehung rechtsextremer Orientierungen zu.

Rechtsextreme Dynamiken können sich bei emotional aufgeladenen Stimmungen stark beschleunigen.

Die beschriebenen Prozesse und die Einflüsse aus der politischen Kultur und auf die politische Kultur vollziehen sich im Allgemeinen langsam und sozusagen unter der Oberfläche. Es kann jedoch besondere Ereignisse geben, durch die sich plötzlich und unerwartet rechte Stimmungen verdichten und dann sozusagen explodieren. Ein solches Ereignis kann z.B. ein Terrorakt sein, es kann sich aber auch um weniger dramatische Ereignisse handeln, die rechtsextremistische Aktivitäten bis hin zu pogromartigen Aktionen zum Ausbruch kommen lassen. Rechtsextreme Dynamiken können sich bei emotional aufgeladener Stimmung sehr effektiv entwickeln. Sie entstehen in der Regel nach einem kumulativen Prozess, bei dem die Ansammlung von Ressentiments gegen unerwünschten Fremden und/oder der etablierten Politik, gepaart mit dem Bezug auf reale oder kolportierte Erfahrungen, in eine Duldung oder gar Unterstützung von rechtsextremen Aktionen mündet. Bei höherer atmosphärischer Verdichtung, die z.B. bei öffentlichen Festen und unter dem Einfluss von Alkohol entsteht, können sich ganz rasch Handlungen ergeben, bei denen die »rote Linie« überschritten wird. Voraussetzung dafür sind die beschriebenen Verschiebungen in der politischen Kultur nach rechts.

Die Untersuchungsergebnisse weisen darauf hin, dass nicht die Existenz rechtsextremer Gruppen das eigentliche Problem darstellt, sondern eine politische Kultur, die eine Akzeptanz gegenüber dem Rechtsextremismus entwickelt.

5.4 Vergleich der Anfälligkeit für Rechtsextremismus von verschiedenen Gruppen

Wie bei allen Untersuchungen der Tübinger Forschungsgruppe wurden verschiedene Orientierungen von unterschiedlichen Segmenten verglichen. Unterschiede fanden wir zwischen männlichen und weiblichen jungen Menschen, zwischen Leuten mit geringer und mit höherer Schulbildung, zwischen Schülern und Schülerinnen und Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen sowie zwischen deutschen und nichtdeutschen Bewohnern. Junge Frauen, höher Gebildete und Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerinnen sowie nichtdeutsche Jugendliche zeigten eine eher geringe Neigung zu rechten Orientierungen. Junge Männer, junge Menschen mit niedrigerer Bildung, Nicht-Berufstätige und deutsche Jugendliche hatten dagegen eine ausgeprägtere Neigung zu rechten Orientierungen. Dies sind nicht nur statistische Gruppenunterschiede, sondern sie verweisen auf unterschiedliche Milieus, die sich in ihrer politischen Kultur unterscheiden.

Unterschiede zwischen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen und Schülern und Schülerinnen

Nur auf der Autoritarismus-Skala antworten junge Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zustimmender als Schüler und Schülerinnen, sind also bereiter für autoritäre Strukturen. Auch wenn man die Mittelwerte der Skalen nur für deutsche Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und Schüler und Schülerinnen betrachtet, bleibt die Tendenz die Gleiche. Eine mögliche Erklärung für diesen Unterschied liegt darin, dass Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen durch ihren Umgang mit Vorgesetzten im Arbeitsprozess und den Druck, dem sie in der Arbeitswelt ausgesetzt sind, mehr an Gehorsam gewöhnt sind und diesen dadurch eher einfordern.

Unterschiede zwischen jungen Frauen und Männern

Männliche Befragte stimmen der Nationalismus- und Autoritarismus-Skala deutlich mehr zu als weibliche Befragte. Auf der Rassismus-Skala antworten sie weniger ablehnend als junge Frauen. Diese Ergebnisse werden noch eindeutiger, wenn man nur deutsche Befragte betrachtet. Dass Frauen weniger ausgeprägte rechte Orientierungen aufweisen als Männer, ist schon vielfach das Ergebnis von Befragungen gewesen. Für den Unterschied kann es verschiedene Gründe geben: So meinen wir, dass Frauen sich zum einen in politischen Fragen weniger deutlich

positionieren als Männer, und dass sie zum anderen durch eigene Ausgrenzungserfahrungen eine gewisse Solidarität mit anderen Ausgegrenzten (z.B. Ausländern) entwickeln können.

Unterschiede zwischen verschiedenen Bildungsniveaus

Gymnasiasten sind signifikant weniger rassistisch und autoritär orientiert als Realschüler, diese wiederum weniger als Haupt- und Sonderschüler. Dass diese Unterschiede in der Nationalismus-Skala nicht zu finden sind, mag entweder an der zum Zeitpunkt der Erhebung allgemein verbreiteten patriotischen Stimmung aufgrund der Fußball-WM 2006 liegen oder an einer allgemeinen Zunahme nationaler Orientierungen auch unter höher gebildeten jungen Menschen

Unterschiede zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen

Nicht-Deutsche antworten zwar erwartungsgemäß weniger nationalistisch ausgrenzend als Deutsche, jedoch lässt sich kein Unterschied bei der rassistischen und autoritären Orientierung sowie bei weiteren »Ethnie-unabhängigen« Statements finden. Dies ist ein Hinweis darauf, dass sich rechte Orientierungen auch unter Nicht-Deutschen finden lassen, wenn man den Faktor »Fremdenfeindlichkeit« isoliert.

Sekundäranalyse

Alle bisher vorgestellten Gruppenvergleiche wurden für die Indizes »Nationale Orientierung«, »Rassismus« und »Autoritarismus« durchgeführt, die aus jeweils mehreren Items gebildet wurden. Für diese Expertise wurden dann die Gruppen auf der Grundlage der einzelnen Items verglichen (siehe Anhang). Logischerweise wurden im Großen und Ganzen fast alle Ergebnisse der Indizes bestätigt, dennoch entstanden bei manchen Items signifikante bzw. sehr signifikante Abweichungen, welche im Folgenden erläutert werden.

Wir haben die jungen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit Gymnasialabschluss mit denen mit einem Hauptschulabschluss verglichen. Die Aussage, »Ausländer, die hier leben, müssen gleichberechtigt wie Deutsche behandelt werden!« wurde signifikant mehr von den Hauptschülerinnen und Hauptschülern als von den Gymnasiastinnen und Gymnasiasten bejaht. Dieses lässt sich leicht damit erklären, dass sich Hauptschulen in Deutschland mehr oder weniger zu »Ausländerschulen« entwickelt haben. Diese Verteilung erklärt auch, warum sich die Signifikanz beim nächsten Item »Wer hier lebt, sollte sich auch an die deutsche

Kultur anpassen!« umkehrt: Diese Aussage bejahen eher Gymnasiasten/innen. Genauso wird die Aussage »Wir sollten uns wieder mehr an den deutschen Tugenden wie Fleiß, Ordnung und Sauberkeit orientieren!« eher von den Gymnasiasten/innen bejaht. An dieser Stelle stellen wir eine eindeutige Segregation zwischen Ausländern und Deutschen fest. Diese schulische Segregation trägt weiter zur verstärkten Milieubildung bei, die die politische Kultur entscheidend prägt, und die wiederum ein Biotop für rechtsextreme Dynamiken bzw. für Desintegration bildet.

Stolz auf ihre Nation sind eher die Hauptschüler, wobei bei der Frage nicht präzisiert wird, um welche Nation es sich handelt. Auch die Aussage, »Das Recht des Stärkeren gilt in der Natur, es muss auch unter Menschen gelten, denn es ist ein klares Prinzip!« wird sehr signifikant eher von den Hauptschülern und Hauptschülerinnen bejaht. Hier stellt sich die Frage, ob die im vorherigen Abschnitt erwähnte Milieubildung für die rauen Sitten an den Hauptschulen verantwortlich ist, die dann wiederum zu solchen Einstellungen führt.

Begünstigende Faktoren für rechtsextreme Orientierungen bzw. Dynamiken:

- Nichts deutet bei dieser Untersuchung darauf hin, dass die Basis für Rechtsextremismus und rechte Orientierungen ein Desintegrationsproblem sein könnte. Verunsicherung, Orientierungslosigkeit, sich auflösende soziale Strukturen, um nur einige Desintegrationsphänomene zu benennen, scheinen hier keine Basis für rechte Orientierungen zu bilden. Auffällig ist stattdessen eine ausgeprägte lokale Orientierung, die sich in Übereinstimmung befindet mit den eher dörflichen und kleinstädtischen Milieus. Die in unserer Untersuchung festgestellte lokale Orientierung steht in einem deutlichen Zusammenhang mit rechten politischen Orientierungen. Dieser empirische Befund verweist darauf, dass Lokalismus in der untersuchten Region eine entscheidende Voraussetzung für die Entwicklung rechter Orientierungen ist. Die Rückkehr zum eigenen Ort, das heißt zum Lokalen, kann als Gegenbewegung bzw. als Ergänzung zur Globalisierung betrachtet werden. In der Soziologie spricht man deshalb heute unter anderem von »Glokalisierung«.

5.5 Fazit

Im Bezug auf rechtsextreme Entwicklungen und Orientierungen gibt es in Zusammenhang mit jungen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und Gewerkschafter

und Gewerkschafterinnen keine besorgniserregenden Tendenzen. Sie zeigen keine höhere Disposition dazu als andere Jugendlichen. Viel problematischer erscheint die zunehmende Segregation zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund und die lokale Orientierung. Das erste drückt sich besonders krass im schulischen Bereich aus, bei dem die Hauptschule sich zur Ausländerschule zu entwickeln scheint und so zu einer weiteren Milieutrennung führt, die eindeutig polarisierend auf die Jugendlichen wirkt.

6 Junge Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und Rechtsextremismus – Die IG-Metall-Jugendstudie

Abbildung 13: Die IG-Metall-Jugendstudie

Forschungs-institution	Universität Tübingen Tübinger Forschungsgruppe für Migration – Integration – Jugend-Verbände
Autoren und Autorinnen	Bibouche, Seddik; Held, Josef
Veröffentlichung	2002 bei Schüren Pressverlag – Marburg
Zeitraum der Studie	1999-2002
Regionaler Rahmen	Deutschland
Beschreibung der Stichprobe	Gebietsstichprobe (Survey): 1.042 Jugendliche zwischen 16 und 27 Jahren 50 leitfadengestützte Interviews. 5 Gruppendiskussionen 5 Einzelfallanalysen
Analyse	<ol style="list-style-type: none"> 1. Theoretische Grundlagen und Konzepte Subjektwissenschaftlicher Ansatz, der strukturelle, politische und psychologische Hintergründe für politische Orientierungen und Engagement formen von jungen Arbeitnehmer/innen untersucht. 2. Methodische Vorgehensweise Face-to-Face-Erhebung anhand Fragebogen; leitfadengestützte Interviews, Gruppendiskussionen, ethnographische Studien, Einzelfallanalysen und Arbeit mit Film. 3. Empirische Ergebnisse Wille zur Integration bei Jugendlichen; Abkehr von der Politik; Zunehmende soziale Ausdifferenzierung und Aufspaltung Vergleich der Anfälligkeit für Rechtsextremismus von verschiedenen Gruppen Keine besondere Auffälligkeit von Arbeitnehmer/innen oder Gewerkschafter/innen im Bezug auf rechtsextreme Orientierungen 4. Begünstigende Faktoren Wohlstandschauvinismus; Konventionalismus; Autoritarismus; Nationalismus

Jugendforschung hatte nach der Wiedervereinigung Hochkonjunktur. Neben der in dieser Expertise vorgestellten Shell Jugendstudie wurde eine Reihe anderer Untersuchungen durchgeführt wie z.B. die von IBM (1998) vom Deutschen Jugendinstitut (2000) und mehrere kleinere, auf spezielle Aspekte fokussierte. Alle diese Untersuchungen berücksichtigten die Zielgruppe jugendliche Arbeitnehmer

und Arbeitnehmerinnen zu wenig. Aus diesem Grund gab die IG Metall eine Jugendstudie in Auftrag. Die Wahl der IG-Metall für eine Jugendstudie fiel wohl deshalb auf die Tübinger Gruppe, weil diese schon seit Mitte der 80er Jahre regelmäßig Untersuchungen zu jugendlichen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen durchführt. Dadurch war es der Tübinger Jugendforschungsgruppe möglich, Entwicklungen und Veränderungen bei jugendlichen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zu erkennen, die für die gewerkschaftliche Jugendarbeit relevant sind. So stellte sie Ende der 80er Jahre fest, dass sich ein Trend umkehrte, den viele bis dahin als eine Art Gesetz betrachtet hatten: Jugend galt bis dahin als linksanfällig. Nun folgte die politische Wende von linker zu rechter Orientierung. Linke politische Bewegung und linke Argumentationsweisen verloren an Attraktivität. Aussagen wie »nie wieder Faschismus« oder »wehret den Anfängen« erhielten 1989 nur noch halb soviel Zustimmung wie die Aussage »ich bin stolz ein Deutscher zu sein«. Bei den männlichen jungen Arbeitnehmern rangierte der nationale Spruch mit 18 % schon damals noch vor der Friedenstaube.

Die Wende nach rechts wurde – auch in den Gewerkschaften – gerne mit der Jugendarbeitslosigkeit und der schlechter werdenden sozialen Situation erklärt. In einer Studie Anfang der 1990er Jahre konnte die Tübinger Jugendforschung jedoch nachweisen, dass benachteiligte jugendliche Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nicht stärker nach rechts tendierten als die nicht-benachteiligten, sondern eher weniger. Lange war man sich in den Gewerkschaften sicher, dass zumindest die gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen weniger zu rechten Orientierungen neigten als die nicht-organisierten. 1993 belegte dagegen eine weitere Tübinger Studie, dass die jungen Gewerkschaftsmitglieder damals eher stärker zu rechten Orientierungen neigten als die jungen Nichtmitglieder.¹⁵⁶

6.1 Leitende Forschungsfragen

Welche neuen Tendenzen gibt es bei jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in ihren Orientierungen - einschließlich der politischen - sowie bei ihrem Engagement, und welche Bedeutung hat das für die Jugendarbeit?

Diese sind die leitenden Forschungsfragen der großen Untersuchung in Industrie und Handwerk. In einem integrierten Forschungsansatz wurden 1.042 junge

¹⁵⁶ Vgl. Held u.a. 1996.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer deutschlandweit per Fragebogen befragt, mit 50 Jugendlichen wurden zusätzliche Interviews und mit fünf engagierten Jugendlichen weitere Einzelfallanalysen durchgeführt. Die Befunde wurden aufgrund von Herkunft, Schulbildung, Geschlecht und Lebenslage, aber auch nach der Engagementbereitschaft und der Einstellung gegenüber den Gewerkschaften differenziert.

6.2 Methodische Vorgehensweise

Bei der Untersuchung wurden wie bei der Tübinger Forschungsgruppe üblich ein Methoden-Mix aus quantitativer Erhebung per Fragebogen, qualitativer Untersuchung per Leitfadeninterviews, Gruppendiskussionen, teilnehmende Beobachtung und Einzelfallmethode.

Die unterschiedliche Methoden beeinflussten sich während des gesamten Forschungsprozesses permanent, daher handelt es sich bei den beschriebenen Methoden nicht um zusammenhanglose Teile, die erst in der Auswertung zusammenfließen, sondern, in der Tradition der Tübinger Forschungsgruppe, um einen Forschungsprozess auf der Basis des kontinuierlichen Bestrebens, Forschung und Praxis miteinander zu verbinden. Die parallele Verwendung von unterschiedlichen Befragungs- und Untersuchungsverfahren bei dem selben Projekt ist in der Sozialforschung nicht ganz üblich und kann bei diesem Projekt teilweise als Methoden-Triangulation betrachtet werden. Diese wird definiert als die Erfassung eines Phänomens durch unterschiedliche methodische Verfahren wie z.B. Interview und teilnehmende Beobachtung, wobei die Methoden sich wechselseitig ergänzen und kontrollieren.

Bei der IG Metall Jugendstudie spielten die Anregungen durch die Ergebnisse der einen Methode für die Analyse der Ergebnisse der anderen eine wichtige Rolle. Qualitative und quantitative Auswertung wurden also in einen Dialog gebracht. Ein stetiger Dialog zwischen Datenmaterial und theoretischen Konzepten gehörte ebenfalls zum Auswertungskonzept, so dass man insgesamt von einem »*kritisch-dialogischen Auswertungsverfahren*« sprechen kann. Die Auswertung beinhaltet nicht nur einen dialogischen Bezug auf qualitative und quantitative Daten, sondern auch den Bezug der Daten auf den politischen, sozialen und kulturellen Kontext. Charakteristisch ist dafür die dauernde theoretische Reflexion der Zusammenhänge zwischen Daten und Kontext.

6.3 Allgemeine Ergebnisse

Als zentrales Ergebnis wurde der »Wille zur Integration in die Gesellschaft« ermittelt. Einsteigen und Mitmachen statt Aussteigen liegt im Trend. Die Jugendlichen nehmen in ihren Haltungen, Ansprüchen und in ihrer Lebensplanung die neuen gesellschaftlichen Anforderungen vorweg und versuchen sie zu erfüllen. Im Hintergrund steht dabei die Angst vor Desintegration und Arbeitslosigkeit. Der starke Bezug zu den gesellschaftlichen Anforderungen kommt in vielfältiger Weise zum Ausdruck, so in der hohen Bedeutung der Arbeit für die Jugendlichen. Der Beruf dominiert die Freizeit. Auch wenn in der Freizeit Spaß an erster Stelle steht, sehen sich die Jugendlichen nicht in einer Spaßgesellschaft. Zur Schau gestellt wird ein persönlicher Zukunftsoptimismus, welcher mit ihrem politischen Pessimismus stark kontrastiert.

Die Jugendliche legen großen Wert auf Professionalität an sich, sie haben eine pragmatische, nüchterne Haltung, und ihr Handeln wird kaum von übergreifenden Idealen und Werten gesteuert. Flexibilität und Mobilität wurden zur Leitlinie.

Die folgenden zentralen Ergebnisse können in diesem Kontext interpretiert werden:

Abkehr von der Politik:

Die Jugendlichen sind nicht »politikverdrossen«, da sie meist nur wenig Erfahrungen mit Politik gemacht haben. Sie haben ein enges Politikverständnis. Politik ist demnach das, was Politiker machen, und sie wollen mit Parteipolitik nichts zu tun haben. Sie vermeiden gerne eine Positionierung im politischen links-rechts Spektrum und halten einen politischen Standpunkt eher für überflüssig und schädlich. Entsprechend fanden sich drei Formen der Politikverleugnung: Die politische Verweigerung, die politische Verwahrlosung und die Exterritorialisierung der Politik. Es fehlt eine Diskussionskultur, über Politik wird nur geschimpft. Da die politische Bildung und das politische Interesse oft sehr gering sind, werden dominante politische Diskurse unreflektiert übernommen. Rechte Orientierungen entsprechen dagegen dem gesellschaftlichen Trend. Junge Gewerkschaftsmitglieder unterscheiden sich nicht von Nichtmitgliedern.

Keine Abwendung von Organisationen:

Die Jugendlichen wenden sich von Parteien ab, aber nicht grundsätzlich von Organisationen. Zu Organisationen wie Gewerkschaften oder Jugendverbänden zeigen

die Jugendlichen ein pragmatisch-funktionales Verhältnis. Entsprechend bevorzugen sie ein enges Gewerkschaftsverständnis, das sich auf die Schutzfunktion der Gewerkschaft konzentriert.

Das Engagement in Organisationen hat sich verändert. Nicht gesellschaftliche Verantwortung oder Pflicht, sondern Selbstentfaltung und die Wahrnehmung eigener Interessen steuern das Engagement im Allgemeinen und in der Organisation.

Soziale Ausdifferenzierung und Segmentierung:

Zu beobachten ist eine Segmentierung in Ost- und Westdeutsche, »Ausländer« und Deutsche, Benachteiligte und Privilegierte. Sie unterscheiden sich in den politischen Orientierungen. Die soziale Zugehörigkeit zum eigenen Segment wird wichtig, sie bietet Halt und scheinbare Integration. Die Segmentierung drückt sich dabei in der zunehmenden Bedeutung der Herkunftsfamilie, der Clique, der Szene, des Milieus, des Clans und ähnlicher Gesellungsformen für die jugendlichen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aus.

6.4 Theoretische Hintergründe

Als die Tübinger Forschungsgruppe mit der Untersuchung IG Metall Jugendstudie anfang, konnte sie sich auf eine Reihe von Untersuchungen stützen, welche sie ab den 80er Jahren zu ähnlichen Themen insbesondere mit dem Fokus auf junge Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und zum Thema politische Orientierungen durchgeführt hatte. Dabei entwickelten sich theoretische Konzepte, die sich durch eine permanente Überprüfung und kritische Reflexion immer weiter verfeinerten und für nachfolgende Untersuchungen eine wichtige Forschungsgrundlage bildeten. Es präziserte sich aus dem empirischen Material mit Hilfe von Faktorenanalysen heraus eine Definition für rechtsextreme Orientierungen, die von der Tübinger Forschungsgruppe bis heute verwendet wird. Dabei wird bei jeder neuen Untersuchung die Gültigkeit der herausgearbeiteten Dimensionen von rechtsextremen Orientierungen von Neuem überprüft.

Was sind rechte Orientierungen? Die Tübinger Forschungsgruppe erforscht nicht explizit Rechtsextremismus, sie untersucht also keine isolierten Extremgruppen sondern vielmehr die ganze Bandbreite politischer Orientierungen von

jugendlichen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Unter ihnen finden sich auch Rechtsextreme. Uns fiel dabei auf, dass Rechtsextreme ein Umfeld haben und brauchen, das ähnliche Orientierungen hat und das sie trägt. Darin unterscheidet sich der jugendliche Rechtsextremismus deutlich von linken Szenen, die sich eher über Kritik und Abgrenzung von der Mehrheit definieren. Die Rechtsorientierten sehen sich eher als Vollstrecker des von ihnen angenommenen Volkswillens. In einem entsprechenden Umfeld können sie deshalb ein großes Selbstbewusstsein entwickeln, sie leiden also nicht – wie oft unterstellt wird – unter Verunsicherung, Vereinzelung und Ohnmachtgefühlen.

Die Differenzierung von rechten Orientierungen in die Komponenten Nationalismus, Rassismus und Autoritarismus ist empirisch entstanden, wie auch die Differenzierung von Nationalismus in die Kategorien expansiver, ausgrenzender und völkischer Nationalismus.

Der *Nationalismus* als zentrale Komponente des Rechtsextremismus kommt auch in gemäßigter Form in den etablierten Parteien vor. »Doch kann beim Rechtsradikalismus der Nationalismus (...) als politisch-ideologischer Kern betrachtet werden¹⁵⁷. Die Nation ist für Rechtsextremisten »der oberste Integrationswert«¹⁵⁸, weil sie gleichzeitig ein Territorium definiert und als Identifikationsangebot eine Tradition, eine Kultur, eine Sprache und neben vielen anderen Mythen auch einen Gründungsmythos zu bieten hat.

Der *Nationalismus* hat sich im Laufe der Geschichte stark differenziert und nimmt regelmäßig neue Formen an, so redet man je nach historischem, gesellschaftlichem oder politischem Zusammenhang vom aggressiven Nationalismus, Standortnationalismus, defensiven Nationalismus etc.¹⁵⁹ Auch wir von der Tübinger Forschungsgruppe haben drei Komponenten in unseren Untersuchungen ausgemacht: Die nationalistische Orientierung setzt sich - nach unseren Forschungen - aus dem ausgrenzenden Nationalismus, dem völkischen und dem expansiven Nationalismus zusammen. Der ausgrenzende Nationalismus betont die Ablehnung von »Ausländern«, der völkische Nationalismus überhöht so genannte deutsche Tugenden, und der expansive Nationalismus will den deutschen Einfluss über die Landesgrenzen hinaus ausdehnen. Nationale Überheblichkeit bedeutet hier gleichzeitig Abwertung von Anderen.

157 Loch/Heitmeyer 2001, S.15 f.

158 Schwagerl 1993, S.109.

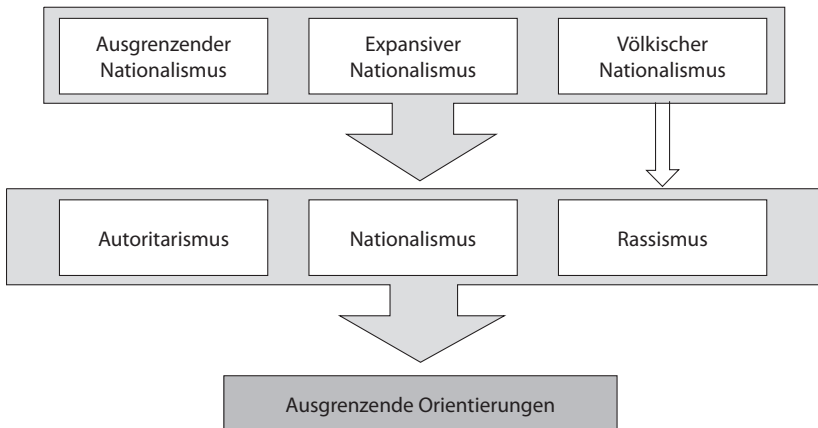
159 Vgl. Kühnl 1986.

Eine *autoritäre Orientierung* liegt dann vor, wenn jemand Schutz und Sicherheit bei übergeordneten Instanzen sucht und sich gleichzeitig als Vollstrecker der herrschenden Ordnung versteht. Es herrscht die Ansicht, dass gegen diejenigen, die von der Normalität abweichen, hart vorgegangen werden soll. Die Unterordnung unter konventionelle Normen und die aggressive Durchsetzung dieser Normen gegenüber von der Norm Abweichenden ist für Jugendliche heute charakteristischer als die Sehnsucht nach einem Führer.

Auch Rassismus dient der Ausgrenzung von anderen, wobei das Ausgrenzungskriterium in äußeren Merkmalen wie z.B. der Hautfarbe besteht. Der völkische Nationalismus kann auch als eine Variante des Rassismus gesehen werden, weil ein Überhöhen der eigenen Tugenden implizit eine Abwertung der »Anderen« bedeutet.

Die folgende Abbildung zeigt die verschiedenen Komponenten ausgrenzender, rechter Orientierungen als Übersicht:

Abbildung 14: Komponenten rechter Orientierung



6.5 Empirische Ergebnisse

Allgemeine Zunahme von nationalen und autoritären Orientierungen

Eine zunächst unerwartete Entwicklung bei dieser Untersuchung stellt die signifikante Zunahme von nationalen und autoritären Orientierungen seit Anfang der 90er Jahre dar. Die Forschungsgruppe sieht das im Zusammenhang mit dem politischen Klima der 90er Jahre und nicht als autonome Tendenz der Jugendlichen. Der bei dieser Studie in Bezug auf Arbeit und Freizeit festgestellte Integrationswille der Jugendlichen kann auch die Integration ins Gemeinwesen d.h. in die Nation bedeuten. Wie immer konstruiert sie sein mag, stellt sie nach wie vor, oft in Verwechslung mit dem Staat, das größte ernst zu nehmende Gefüge für Jugendliche dar.

Dieser Integrationswille erklärt auch die Zunahme von autoritären Orientierungen. Die neue Professionalität verträgt sich kaum mit Kritik, Opposition oder gar Protest. Ganz im Gegenteil ist die Akzeptanz der Autorität eine unabdingbare Voraussetzung für reibungslose Abläufe in der Berufswelt sowie für persönliche Aufstiegschancen.

Hinter dieser Entwicklung vermuteten wir ein weiteres Phänomen, das die Forschungsgruppe »politische Agoraphobie« nennt. Agoraphobie ist die Angst vor der großen, freien, offenen Fläche. Ganz besonders im Osten, aber durchaus auch in der ganzen Republik, entsteht im Zuge der Globalisierung ein gewisses Unbehagen, das im direkten Zusammenhang mit der Unberechenbarkeit der Zukunft, der Unsicherheit der ökonomischen Entwicklung und vor allem der scheinbaren Auflösung der Grenzen oder der realen Entgrenzung steht. Mit einem Mal sieht es so aus, als ob die Entscheidungszentren nicht mehr im eigenen Lande seien sondern überall auf der Welt. Die Internationalisierung des Alltags und die Opazität der Zukunft lässt den Eindruck des allzu Offenen entstehen, und die Grenzen innerhalb Europas fallen ja auch tatsächlich.

Die Nation übernimmt die Rolle des schützenden Gefüges gegen der Auflösung der klaren und im Bewusstsein der Jugendlichen besser handhabbaren traditionellen Grenzen. Der Autoritarismus könnte dann das Instrument für die energische Schaffung eines überschaubaren Gemeinwesens sein.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass persönliche Verunsicherung und Angst vor einer ungewissen Zukunft für rechte Orientierungen verantwortlich gemacht wer-

den können. Die Ergebnisse der früheren Untersuchungen, nach denen persönliche Verunsicherung und Zukunftsangst nicht automatisch zu rechten Orientierungen führen¹⁶⁰, haben sich wieder empirisch bestätigt. Es fand sich kein signifikanter Zusammenhang zwischen der Beunruhigung über die unsichere Zukunft und rechten Orientierungen. Es besteht sogar ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu der Aussage »meine Zukunft sieht gut aus« und der nationalen sowie der autoritären Orientierung. Zukunftsoptimismus scheint also nicht gegen rechte ausgrenzende Orientierungen zu immunisieren, er kann sie sogar fördern.

6.6 Einzelne Vergleiche

6.6.1 Männliche und weibliche Jugendliche

Die Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Jugendlichen sind bei den politischen Orientierungen durchweg signifikant. Die jungen Frauen stimmen deutlich weniger nationalistischen, rassistischen und autoritären Aussagen zu als die jungen Männer.

Bei fast allen Fragen zu nationalen Orientierungen erreichen die jungen Frauen signifikant geringere Werte als die männlichen Jugendlichen. Das Gleiche gilt in hohem Maße für die Rassismusfragen. So sind die jungen Frauen deutlich stärker der Meinung, dass »die Menschen aus Afrika oder Asien von Natur aus auch nicht anders sind als wir und deshalb genauso geachtet werden sollten«. Vor allem vermeiden die jungen Frauen aber bei allen Fragen, die sich auf Ausländer in Deutschland beziehen, eine Unterstützung von Ausgrenzung und dies signifikant stärker als die männlichen Jugendlichen.

Es findet sich auch ein signifikanter Unterschied bei der politischen Standortbestimmung. Die jungen Frauen definieren sich signifikant weniger stark in die Richtung nach rechts als die jungen Männer. Allerdings ist ihr Anteil bei der Aussage »das weiß ich (noch) nicht« dreimal so groß wie bei den Männern. Es kann also nicht von einer deutlichen Positionierung der jungen Frauen ausgegangen werden, aber von einem deutlichen Unterschied zu den jungen Männern bei den wesentlichen politischen Indikatoren.

Neben milieutheoretischen Erklärungen gibt es weitere Gründe für den Unterschied zwischen jungen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen. Die jungen

160 Vgl. Held u.a. 1996.

Frauen stehen in diesem Arbeitsbereich selbst immer in Gefahr, ausgegrenzt zu werden, und befinden sich dadurch in einer bestimmten Nähe zu anderen, die aus sozialen Gründen ausgegrenzt werden, wie z.B. Menschen ohne deutschen Pass. Sie lassen zudem die Probleme von anderen stärker an sich heran und setzen sie zu den eigenen eher in Beziehung als die jungen Männer. Ein Hinweis darauf ist das Ergebnis, dass die politischen Orientierungen der jungen Frauen denen der jungen Ausländer stärker entsprechen als denen der männlichen deutschen Jugendlichen.

6.6.2 Mit und ohne Migrationshintergrund

Da das Verhältnis zu Ausländern in Deutschland in den Nationalismusindex eingeht, ist es kein Wunder, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund eine geringere nationale Orientierung aufweisen. Sie grenzen sich jedoch auch signifikant stärker von rassistischen Tendenzen ab, ebenso wie von autoritären. In der demokratischen Orientierung unterscheiden sich die beiden Gruppen nicht, auch nicht in der Selbsteinordnung auf der rechts/links Skala.

6.6.3 Jugendliche aus den alten und aus den neuen Bundesländer

Allen ausgrenzenden Orientierungen stimmten die Jugendlichen aus den neuen Bundesländern signifikant stärker zu als die westdeutschen Jugendlichen. Das gilt für die nationale, die rassistische und die autoritäre Orientierung. Die Unterschiede zwischen den Jugendlichen aus den alten und denen aus den neuen Bundesländern sind allerdings im Mittelwert nicht sehr groß und es finden sich gleiche Trends bei beiden Gruppen. Bei beiden Gruppen hat der von uns so genannte expansive Nationalismus seit Anfang der 90er Jahre zugenommen. Der Aussage, »der Rüstungsexport sollte nicht beschränkt werden, um unseren Wohlstand nicht zu gefährden!«, stimmten sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland die Jugendlichen im Durchschnitt eher zu. Hier ist der Unterschied zwischen den beiden Gruppen auch nicht signifikant.

Es soll nun nicht der Eindruck entstehen, es wären die befragten Jugendlichen in den neuen Bundesländern durchweg und einheitlich nationalistisch, rassistisch und autoritär, während die Jugendlichen in den alten Bundesländern gegenteilige Tendenzen aufweisen würden. Der Indexwert für nationale Orientierung liegt zwar auf der Zustimmungseite der Skala, allerdings sehr nahe am Mittelwert, und die einzelnen Items, die zu ihnen gehören, wurden recht unterschiedlich beantwortet. Der Mittelwert des Rassismusindex liegt bei beiden Gruppen deutlich auf

der Ablehnungsseite, wenn auch bei Jugendlichen aus den neuen Bundesländern weniger deutlich als bei den westdeutschen. Die größte Zustimmung erreichte der Autoritarismusindex. Sein Mittelwert liegt auf der Zustimmungseite, und zwar bei beiden Gruppen.

6.6.4 Jugendliche mit hohem und niedrigem Bildungsabschluss

Jugendliche mit niedrigem Bildungsabschluss weisen deutlich stärkere Tendenz zu rechten politischen Orientierungen auf als diejenigen mit höherem Bildungsabschluss. Sowohl beim Rassismusindex als auch beim Nationalismus und Autoritarismus haben sie deutlich höhere Zustimmungswerte.

Woher kommt diese offensichtlich größere Anfälligkeit für rechte Orientierungen im Vergleich zu den Jugendlichen mit höherem Bildungsabschluss? Die Tübinger Forschungsgruppe geht von einer sozialen Segmentierung in Bildungsmilieus aus. Diese haben jeweils ihre eigenen Diskurse, und in den Diskursen des niedrigeren Bildungsniveaus dominieren konventionalistische Vorstellungen, die anfällig für simplifizierende Diskurse und Stammtischparolen machen. Gerade in diesem Milieu sind populistische Kampagnen der Politik und der Medien besonders erfolgreich. Die soziale Zugehörigkeit spielt in diesem Milieu eine große Rolle und die konventionellen Diskurse unterstützen das Gefühl der Gemeinsamkeit.

Dieses Bildungsmilieu, das besonders anfällig für rechte Tendenzen scheint, ist kein spezifisches Milieu für deutsche Jugendliche. In dieser Gruppe gibt es sogar signifikant mehr Jugendliche mit ausländischer Herkunft als beim Gymnasialmilieu.

Der Anteil an Gewerkschaftsmitgliedern ist in beiden Gruppen gleich hoch. Auch die Vorstellungen von den Aufgaben der Gewerkschaften unterscheiden sich kaum, mit einer einzigen Ausnahme: Die Jugendlichen aus dem niedrigeren Bildungsmilieu finden »politische Bildung« noch unwichtiger als die aus dem höheren Bildungsmilieu. Dies ist ein Hinweis darauf, dass man mit einfachen Bildungsmaßnahmen und Informationen an Jugendliche aus dem niedrigeren Bildungsmilieu nicht herankommt. Ihre Orientierungen werden sozial gestützt und sozial abgesichert. Es handelt sich also weniger um ein Bildungsmilieu im eigentlichen Sinn, sondern eher um ein konventionalistisches Milieu, das die neuen gesellschaftlichen Verunsicherungen durch gegenseitige Bestätigung konventionalistischer und traditioneller Ansichten und durch soziale Bindung zu bewältigen versucht.

6.6.5 Gewerkschafter und Nicht-Gewerkschafter

In den 90er Jahren kamen verschiedene Jugenduntersuchungen unabhängig von einander zu dem Ergebnis, dass gewerkschaftlich organisierte Jugendliche stärker für rechte politische Orientierungen anfällig waren als Nichtmitglieder. Auch die Tübinger Forschungsgruppe fand zu dieser Zeit heraus, dass die jugendlichen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in allen Indikatoren für politisch rechte Orientierungen signifikant stärker zu rechten Orientierungen neigten.¹⁶¹ Wir überprüften jetzt in der IG Metall Jugendstudie dieses Ergebnis, indem wir den Jugendlichen die gleichen Fragen wie zu Anfang der 90er Jahre stellten.

Es finden sich im Jahr 2002 kaum mehr Unterschiede zwischen Gewerkschaftsjugendlichen und Nichtmitgliedern. Bei keiner einzigen Frage zu den politischen Orientierungen wichen die Gewerkschaftsjugendlichen von den Nichtmitgliedern signifikant ab. Auch bei den Gesamtindizes zur nationalen Orientierung, zur rassistischen Orientierung und zur autoritären Orientierung gab es keinen signifikanten Unterschied zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern. Auch in der politischen Standortbestimmung zwischen rechts und links unterschieden sich die beiden Gruppen nicht voneinander. In beiden Gruppen bezeichnen sich ca. 15 % als eher links oder als links und ca. 30 % als rechts oder eher rechts. 1993 waren es noch 25 %, die sich als rechts oder eher rechts bezeichneten, wobei auch damals der Unterschied zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern nicht signifikant war.

Es ist nicht so, dass sich die Werte der Gewerkschaftsjugendlichen durchweg den etwas günstigeren der Nichtgewerkschaftsmitglieder angenähert hätten, im Gegenteil. Bei der nationalen Orientierung, die ja eher nationalistische Tendenzen erfasst, haben sich die Werte der Nichtgewerkschaftsmitglieder den ungünstigeren der Gewerkschaftsmitglieder inzwischen angenähert. D.h., dass sich die nationale Orientierung der jungen Gewerkschaftsmitglieder von 1993 zu 2002 kaum geändert hat, geändert hat sich vielmehr die der Nichtgewerkschaftsmitglieder. Anders ist es bei der rassistischen Orientierung und der autoritären Orientierung. Hier haben sich die Werte der Gewerkschaftsmitglieder denen der Nichtgewerkschaftsmitglieder angeglichen, d.h., dass die rassistischen und autoritären Orientierungen bei den Gewerkschaftsmitgliedern zurückgegangen sind.

Diese Ergebnisse könnten nun in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit als Beruhigung aufgefasst werden, da sich ja die Gewerkschaftsjugendlichen offenbar

161 Vgl. Held u.a. 1996.

nicht mehr von den Nichtgewerkschaftsmitgliedern unterscheiden. Allerdings haben sich die politischen Orientierungen insgesamt nach rechts verschoben. Die nationale Orientierung hat bei west- und ostdeutschen Jugendlichen von 1993 bis 2002 signifikant zugenommen, ebenso die autoritäre Orientierung. Dabei lag die autoritäre Orientierung auch 1993 schon auf der Zustimmungssseite. Nur die Sensibilität für rassistische Äußerungen scheint seit 1993 gewachsen zu sein. Die Jugendlichen sprachen sich im Jahr 2002 noch stärker als 1993 gegen rassistische Orientierungen aus.

6.7 Begünstigende und reduzierende Faktoren

Wohlstandschauvinismus, Konventionalismus, Autoritarismus und Nationalismus sind wie erwartet sehr begünstigende Faktoren für die Entwicklung von rechtsextremen Orientierungen. Ein eindeutig reduzierender Faktor scheint die Bildung zu sein.

Auf der Grundlage der Sekundäranalyse ist es kaum möglich, eine dezidierte Aussage über weitere begünstigende oder reduzierende Faktoren von der Entwicklung rechtsextremer Tendenzen zu machen. Wir stellten zwar fest, dass weibliche Jugendliche bei allen Dimensionen von rechtsextremen Orientierungen signifikant weniger auffallen als männliche Jugendliche. Die Schlussfolgerung, Weiblichkeit sei ein reduzierender Faktor, ist allerdings abwegig. Ähnlich wäre es trotz eindeutiger statistischer Hinweise unangebracht zu behaupten, ostdeutsche Jugendliche seien per se rechtsextrem.

6.8 Fazit

Es ist schwer erklärbar, warum die Unterschiede zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern bei den Jugendlichen inzwischen verschwunden sind. Offenbar hat sich der Ausgrenzungsdiskurs inzwischen verallgemeinert und gleichzeitig spezifiziert.

Die in den 90er Jahren dominierende Standortdebatte wurde von der Globalisierungsdebatte abgelöst. Die internationale Konkurrenz hat sich zu einem Problem für alle entwickelt, nicht nur für die Jugendlichen in größeren Betrieben. Diese Jugendlichen sind häufiger gewerkschaftlich engagiert und waren deshalb

von der Standortdebatte in besonderer Weise betroffen. Die nationale Lösung als Antwort auf die Globalisierungsprobleme scheint heute für jugendliche Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen generell relativ attraktiv zu sein.

7 Jugend und Rechtsextremismus – Die repräsentativen Jugendsurveys von Shell und dem Deutschen Jugendinstitut

In einer Expertise zu dem Verhältnis von Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zum Rechtsextremismus können die großen repräsentativen Jugendsurveys nicht übergangen werden, da sie die deutsche Jugendforschung – auch international – repräsentieren und den Anspruch haben, Tendenzen und Trends bei Jugendlichen zu erfassen, wozu auch die politischen Orientierungen gehören. Wir haben exemplarisch zwei aktuelle Panoramastudien ausgewählt, die 15. Shell Jugendstudie¹⁶² und den Jugendsurvey 3 des Deutschen Jugendinstituts.¹⁶³

7.1 Die 15. Shell Jugendstudie

Von den nach dem zweiten Weltkrieg in Mode gekommenen Panorama-Jugendstudien ist die *Shell Jugendstudie* zweifelsohne die bekannteste und einflussreichste. Seit 1953 erscheint sie in der Regel alle vier Jahre und ist als üppige Quelle von Informationen über die Jugendlichen in Deutschland zur Referenz für Jugendforschung und Jugendarbeit geworden. Die Shell Jugendstudie erhebt den Anspruch, einen umfassenden und repräsentativen Blick über aktuelle Tendenzen bei Jugendlichen herauszuarbeiten. Diese Tendenzen betreffen ihr Verhältnis zu Familie, Schule und Freizeit, ihre Einstellung zu Politik, Engagement und Religion, ihre Meinung zu »großen Themen« wie »Demographischer Wandel, Europäische Union oder Globalisierung«, es werden jugendlicher Zeitgeist und Wertorientierungen abgefragt. Aus den sehr umfangreichen Daten leiten die Autoren der Studie eine Diagnose ab über Lage, Befinden, Sorgen und Zukunftsvisionen der Jugendliche sowie über ihren Umgang mit den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen und Problemen. Diese Diagnose erfüllt in der Folge oft die Rolle eines Kompasses für zahlreiche Einrichtungen und Institutionen, die sich mit Jugendlichen beschäftigen.

Politische Orientierungen Jugendlicher werden in der Studie bedauerlicherweise wenig beleuchtet und das Problem des Rechtsextremismus spielt kaum eine

162 Hurrelmann/Albert 2006.

163 Gille u.a. 2006.

Rolle. Insgesamt stellen die Autorinnen und Autoren keine besorgniserregenden Tendenzen im Bezug auf rechtsextreme Orientierungen fest, sondern sehen das Problem eher bei einer Politikabstinenz. Immerhin stellen die Autoren/innen weiter fest, dass 14 % der jungen Ostdeutschen die Demokratie sogar für eine »nicht so gute« Staatsform halten. Mit dieser fehlenden Akzeptanz von demokratischer Praxis und der Unzufriedenheit über die eigene Lage lässt sich auch der verhältnismäßig hohe Anteil von Erstwählern erklären, der rechtsextreme Parteien wählt. Eine diffuse Feindlichkeit gegenüber Ausländern und eine Abnahme der Toleranz gegenüber anderen Gesellschaftsgruppen passen mit in dieses Bild.¹⁶⁴

Leider finden sich keine Ergebnisse zu jungen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen und jungen Gewerkschaftern. Wir haben deshalb die Originaldaten der letzten Shell Jugendstudie von 2006 angefordert und sekundär ausgewertet, um näher an die politisch rechten Orientierungen heranzukommen und um einen Vergleich zwischen jungen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen durchzuführen.

Da es bei der Shell Jugendstudie keine explizite Definition von Rechtsextremismus gibt, haben wir im Fragebogen nach Items gesucht, die den üblichen Dimensionen von rechtsextremen Einstellungen entsprechen, und sie ausgewertet. Folgende Kategorien mit den dazu gehörende Items wurden von uns berücksichtigt:

Fremdenfeindlichkeit/Rassismus:

- F05: Die Ausländerfeindlichkeit in Deutschland macht mir (Angst/keine Angst),
- F05: Die Zuwanderung nach Deutschland macht mir (Angst/keine Angst),
- F26: Ich bin aktiv für ein besseres Leben mit Migranten (oft/gelegentlich/nie),
- F36: Eine Familie aus Afrika mit dunkler Hautfarbe als Nachbar fände ich (gut/egal/nicht gut).

Autoritarismus:

- F24: Eine starke Hand müsste mal wieder Ordnung in unseren Staat bringen (1 für »stimme überhaupt nicht zu« bis 6 für »stimme voll und ganz zu«),
- F32: Wenn ein starker Mann oder eine starke Partei allein regieren (weil man findet, dass Demokratie keine so gute Staatsform ist).

164 Hurrelmann/Albert 2006.

Nationalismus:

- F37: Stolz sein auf die deutsche Geschichte ist mir (1 für »unwichtig« bis 7 für »außerordentlich wichtig«),
- F39: Mit der EU verbinde ich den Verlust der eigenen Heimatkultur (ja/nein).

Da die Antwortmöglichkeiten sehr unterschiedlich skaliert sind, haben wir auf komplizierte Indexbildungen zu diesen drei Dimensionen verzichtet. In einem ersten Schritt haben wir in der Gesamtstichprobe bei jedem von diesen Item das Antwortverhalten der uns wichtigen Segmente verglichen: Geschlecht; Bildungsniveau; gewerkschaftliche Organisation; linke und rechte Orientierungen. In einem zweiten Schritt haben wir nur die Berufstätigen mit den Nicht-Berufstätigen verglichen.

Ausgeprägte rechtsextreme Orientierungen oder Tendenzen konnten wir nicht finden. Bis auf ein paar Ausnahmen fanden sich keine Unterschiede bezüglich Geschlecht, Bildungsniveau und gewerkschaftlicher Mitgliedschaft. Auch in der Selbsteinschätzung auf der links-rechts-Skala fanden sich kaum signifikante Unterschiede.

Bei dem Vergleich zwischen *Gewerkschaftsmitgliedern* und *Nicht-Mitgliedern* gab es ebenfalls keine bedeutsamen Unterschiede im Hinblick auf die Items, die auf Rechtsextremismus verweisen könnten; es gab demnach bei Autoritarismus und Nationalismus keine gravierenden Unterschiede zwischen den Gruppen.

Bei dem Vergleich *Erwerbstätige mit Nicht-Erwerbstätigen* fällt auf, dass erwerbstätige Jugendliche signifikant mehr »aktiv für ein besseres Leben mit Migranten« sind als Nicht-Erwerbstätige. Auch wenn hier der Mittelwert eher bei »nie« ist, wird anscheinend die These bestätigt, dass diejenigen eher zur Ablehnung von Migranten neigen, die weniger Kontakt zu ihnen haben.

Männliche erwerbstätige Jugendliche würden signifikant »eine Familie aus Afrika mit dunkler Hautfarbe als Nachbar eher nicht gut finden« als weibliche erwerbstätige Jugendliche. Allerdings sind auch hier die Mittelwerte nicht besorgniserregend, weshalb man nicht daraus unmittelbar auf rassistische Tendenzen bei männlichen erwerbstätigen Jugendlichen schließen kann.

Die Ergebnisse der Shell Jugendstudie 2006 liefern in Bezug auf rechtsextremistische Tendenzen unter Jugendlichen keine wirklich neuen Erkenntnisse im Vergleich zu 2002. Nach wie vor neigen Jugendliche eher dazu, der Politik gegenüber insgesamt misstrauisch zu sein und, wenn sie sich engagieren, dies in eher überschaubaren, lockeren Zusammenhängen zu tun. Die Befunde der Stu-

die, die sich explizit auf Dimensionen von rechtsextremen Orientierungen und Haltungen beziehen lassen, geben keinen Anlass zu großer Besorgnis. Dagegen scheint die Politikabstinenz das Hauptproblem zu sein, denn hier entsteht ein politisch möglicherweise brisantes Vakuum. Klaus Hurrelmann konstatiert: »Die persönliche Bewältigung von Problemen im privaten und schulisch-beruflichen Alltag ist der großen Mehrheit wichtiger als die Arbeit an übergreifenden Zielen der Gesellschaftsreform. Die Arbeit an der Selbstorganisation der eigenen Persönlichkeit und der Einfädelerung der beruflichen Karriere kostet die meisten ganz offensichtlich viel Kraft, die für das politische System dann eben nicht mehr zur Verfügung steht.« (2009) Wegen dieses Drucks, den die Autoren/innen der Studie bei den Jugendlichen insgesamt festgestellt haben, könnte eine unreflektierte Ablehnung alles Politischen durch die Jugendlichen ein Einfallstor für extreme Ideologien mit ihren stets einfacheren Lösungen bieten. Denn die Frage ist, wie lange so ein Orientierungsvakuum ungestraft existieren kann.

7.2 Der Jugendsurvey 3 des Deutschen Jugendinstituts

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) führt regelmäßig repräsentative Jugendstudien durch, die nach Anlage und Umfang den Shell-Jugendstudien gleichen. Im Abstand von ca. fünf Jahren werden Jugendliche im Alter von 16-29 Jahren befragt. Die erste Welle der Umfrage fand 1992 statt, die dritte und letzte 2003. Untersucht werden Lebensverhältnisse, Werte und Partizipation verschiedener Altersgruppen, unterschiedlicher Herkunft und Bildung sowie regionale Unterschiede (Ost-West).

Dieses breite Spektrum schließt auch politische Orientierungen und politische Beteiligung ein. Allerdings besteht hier – noch mehr als in den Shell-Jugendstudien – das Problem, dass Rechtsextremismus, bzw. rechte Orientierungen nicht als Problem wahrgenommen werden und deshalb auch kaum untersucht werden. Die Studie von 2003 kommt hierbei zu folgendem Schluss: »Die knappe Übersicht zu Einstellungen Jugendlicher und junger Erwachsener zu rechten und linken Gruppierungen zeigt eine deutliche Ablehnung dieser Gruppierungen, insbesondere gegenüber dem rechten Feld, und kaum feststellbare Aktivitäten. Die Thematik, besonders die der rechten Orientierungen, wäre allerdings ausführlicher zu dis-

kutieren im Kontext rechtsextremer Einstellungen und Fremdenfeindlichkeit.«¹⁶⁵ Diese Thematik wird jedoch, zu Gunsten der gesellschaftlichen und politischen Beteiligung der Jugend, die grundsätzlich positiv verstanden wird, eher ausgespart.

Insgesamt zeigt sich hier die methodische Begrenztheit von Surveys besonders deutlich. Die Beziehung zu politisch rechten Gruppierungen ist mit diesem Instrument schwer erfassbar. In der DJI Jugendstudie wird das folgendermaßen ausgedrückt: »Die Daten des Jugendsurvey ergeben, dass aktive Mitarbeit in Gruppierungen, die im rechten extremen Feld angesiedelt sind (Vorgaben: »Faschos/ Neonazis/rechte Skins« bzw. »rechte Gruppierungen«) [...] so gut wie nicht angegeben werden.«¹⁶⁶

Im Übrigen kommt die Studie zu dem nicht überraschenden Ergebnis, dass die Ablehnung rechter Gruppierungen im Osten Deutschlands und bei männlichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie bei Haupt- und Realschülern etwas geringer ist als bei den entsprechenden Vergleichsgruppen.

7.3 Fazit

Die großen deutschen Jugendstudien tragen kaum etwas zur Thematik Jugend und Rechtsextremismus bei. Die spärlichen Ergebnisse beider Einrichtungen der Jugendforschung lassen insgesamt bei Jugendlichen keinen Trend zum Rechtsextremismus erkennen. Im übrigen verlässt man sich auf Spezialuntersuchungen in dem Forschungsfeld Rechtsextremismus; dadurch verliert die Jugendforschung jedoch einen Teil ihres notwendigen Problembewusstseins.

165 Gille u.a. 2006, S. 239.

166 ebd., S. 236.

8 Zusammenfassender Vergleich der Studien

Ein Vergleich der Studien ist schon deshalb nicht einfach, da Rechtsextremismus unterschiedlich definiert wird. Das zeigt die folgende Übersicht

Abbildung 15: Vergleich der Studien

Dimensionen rechter Orientierungen	Studien						
	Berliner Studie	Ebert Stiftung	Bielefelder Verbund	Jenaer Studie	Shell Studie	IG-Metall Studie	Tübinger Studie
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	+	+				+	+
Chauvinismus	+	+					
Ausländerfeindlichkeit	+	+					
Antisemitismus	+	+	+				
Sozialdarwinismus	+	+					
Verharmlosung des Nationalsozialismus	+	+					
Fremdenfeindlichkeit (kulturell begründet)			+		+	+	+
Rassismus (biologisch begründet)			+		+	+	+
Abwertung von Langzeitarbeitslosen			+				
Abwertung von Behinderten			+				
Abwertung von Obdachlosen			+				
Islamophobie			+				
Etablierte Vorrechte			+				
Sexismus			+				
Homophobie			+		+		
Nationalismus						+	+
Autoritarismus						+	+
Rechtspopulismus				+			

Die Unterschiedlichkeit der Definitionen beruht nicht nur auf unterschiedlichen Auffassungen der Forschungsgruppen, sondern sie lässt sich auch darauf zurückführen, dass sich der Rechtsextremismus in Deutschland seit 10 Jahren ausdifferenziert hat. Zu unterscheiden ist etwa der moderne Rechtsextremismus, der sich aller aktuellen sozialen Themen bemächtigt und dabei linke Argumentationen und Symboliken aufnimmt und sie »national« umdreht, von traditionellen Formen, die sich am historischen Nationalsozialismus orientieren.

Außerdem lassen sich die Unterschiede in den Ergebnissen z.T. durch unterschiedliche Bezugsgruppen der einzelnen Studien erklären: Die einen konzentrieren sich stärker auf die rechtsextremen Orientierungen sozial integrierter Gruppen, die anderen eher auf diejenigen desintegrierter Gruppen. Die ersteren bevorzugen entsprechend eher dominanztheoretische Erklärungsansätze, die letzteren eher defizitorientierte.

Methodische Grundlage der meisten Rechtsextremismusstudien ist für die Auswertung der Gruppenvergleich, d.h. es werden Gruppen definiert, deren rechtsextreme Orientierungen miteinander verglichen werden. Manche Studien tendieren dazu, Problemgruppen zu definieren, die aufgrund ihrer rechtsextremen Orientierungen für den Rechtsextremismus verantwortlich gemacht werden. Das geht aber am eigentlichen Problem vorbei, da gerade jüngere Studien immer wieder zeigen, dass Rechtsextremismus ein gesamtgesellschaftliches Problem ist. Auch wenn in manchen Gruppen höhere Zustimmungswerte gemessen werden, ist keine gesellschaftliche Gruppe immun gegen rechtsextreme Orientierungen.

Hinzu kommt, dass Gruppenvergleiche immer weniger aussagekräftig werden, da sich Menschen verstärkt in verschiedenen Gruppen und Milieus bewegen und multiple Zugehörigkeiten aufweisen, je nach Lebenslage. Feststehende Gruppen, die sich in unterschiedlichsten Zusammenhängen immer nur über eine bestimmte Gruppenzugehörigkeit definieren, gibt es kaum noch. Unterschiede in Gruppenvergleichen sind daher eher als graduelle Unterschiede und Tendenzen anzusehen.

So wie sich die kulturelle Vielfalt und die Vielfalt der Milieus in den letzten Jahrzehnten sehr stark erhöht haben, so haben sich auch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ausdifferenziert. Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gibt es nicht mehr, verschiedene Gruppen und Zugehörigkeiten müssen unterschieden werden und diese unterscheiden sich auch in Bezug auf ihre Anfälligkeit für Rechtsextremismus. Zwar ist z.B. die Gruppe der prekär Beschäftigten gefährdet, aber ebenso die sozial aufgestiegene Arbeitnehmermittelschicht. Auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern gibt es unterschiedlich anfällige Gruppen.

Die verschiedenen Studien kommen zum Teil auch deshalb zu unterschiedlichen Ergebnissen, weil Vereinheitlichungstendenzen stattgefunden haben, die die Unterschiede relativieren. Auf der Einstellungsebene haben sich inzwischen offenbar die Ost-West-Unterschiede, die Geschlechtsunterschiede und auch die Unterschiede zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern etwas eingeebnet.

Abbildung 16: Vergleich der Studien (Einstellungsebene)

Gruppen	Studien							
	Berliner Studie	Ebert Stiftung	Bielefelder Studien	Jenaer Studie	Shell Studie	IG-Metall Studie	Tübinger Studie	
West	↓	→	↓	0	0	↓	0	
Ost	↑	→	↑	0	0	↑	0	
♀	↑	↓	↑	0	↓	↑	↓	
♂	↓	↑	↓	↑	↑	↑	↑	
In der Gewerkschaft	→	↑	0	→	→	→	0	
Nicht in Gewerkschaft	→	↓	0	→	→	→	0	
Arbeitnehmer/-innen	0	↓	↓	↑	0	0	↑	
Nicht Arbeitnehmer/-innen	0	↑	↑	0	0	0	↓	
Hohe Bildung	↓	↓	↓	0	↓	↓	↓	
Niedrige Bildung	↑	↑	↑	0	↑	↑	↑	

Legende: Die Tabelle stellt in stark vereinfachter Form die Ergebnisse der Studien im Vergleich verschiedener Gruppen dar. Ein Pfeil waagrecht: es gibt keine signifikanten Unterschiede zwischen den Gruppen. Ein Pfeil nach unten: die Gruppe zeigt in der Tendenz signifikant weniger Zustimmung zu rechtsextremen Orientierungen als die Vergleichsgruppe. Ein Pfeil nach oben: die Gruppe zeigt in der Tendenz signifikant mehr Zustimmung zu rechtsextremen Orientierungen als die Vergleichsgruppe. Eine Null: die Gruppe wurde bei der Studie nicht berücksichtigt.

Für die meisten Merkmale, anhand derer Gruppen verglichen wurden, lassen sich mindestens Trends ausmachen, da die Ergebnisse mehrerer Studien in die gleiche Richtung weisen. Obwohl den Studien teilweise unterschiedliche theoretische Konzepte und unterschiedliche Definitionen von Rechtsextremismus zugrunde liegen, kommen sie in mancher Hinsicht zu ähnlichen oder gar den gleichen Ergebnissen, was für die Validität der Ergebnisse spricht. Gefundene Unterschiede bedeuten aber im Umkehrschluss keineswegs, dass – etwa, wenn nur eine Studie zu anderen Ergebnissen kommt als die übrigen – diese Ergebnisse deshalb anzuzweifeln sind. Dies kann an den unterschiedlichen Konzepten oder an der Auswahl der Stichprobe liegen.

Unterschiede können auch dadurch entstehen, dass in den unterschiedlichen Studien verschiedene Fragen das Gleiche – etwa Ausländerfeindlichkeit – messen sollen. Beispielsweise würden einer offen rassistischen Aussage deutlich weniger

Befragte zustimmen als einer Frage, die weniger offensiv formuliert ist und in der Folge oft auch Deutungsspielraum lässt. Daneben ist es möglich, dass ein Fragebogen zum Beispiel ‚feiner‘ misst als ein anderer. Rechtsextreme Orientierungen werden etwa in der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung mit 5-stufigen Skalen erfasst, so dass teils-teils-Antworten möglich sind, während die Bielefelder Gruppe vierstufige Skalen bevorzugt, bei denen sich die Befragten für eine Antworttendenz – Zustimmung oder Ablehnung – entscheiden müssen. Die angewandten Methoden, die Anzahl und die Formulierungen der Fragen nehmen aber Einfluss auf das Ergebnis, ebenso wie etwa die Vorerfahrungen und Erwartungen der Befragten, die das Antwortverhalten ebenso beeinflussen können.

Ein Ergebnis ist in allen untersuchten Studien konsistent: *Die Höhe der Schulbildung korreliert in allen Untersuchungen mit einer geringeren Tendenz zu rechtsextremen Orientierungen.* Bildung, vor allem aber wohl damit verbundene Faktoren wie das Milieu oder die soziale Schicht, die immer noch großen Einfluss auf die erreichte Schulbildung haben, bilden demnach einen wichtigen Schutzfaktor gegen rechtsextreme Orientierungen. Mit höherer Schulbildung verbinden sich meist vielfältigere Erfahrungen, z.B. Auslandsaufenthalte, die verschiedene Perspektiven und Blickwinkel vermitteln und so Empathiefähigkeit stärken können. Diese Erfahrungen können dazu beitragen, vorschnelle Urteile und Verurteilungen sowie Ressentiments zu verhindern.

Daneben wurden die Demokratisierungsbewegungen in der Bundesrepublik seit den 60er Jahren stark von den Bildungseliten geprägt.

Zusätzlich sind aber auch Auswirkungen der Meßmethoden denkbar. So ist es denkbar, dass Personen mit höherer Schulbildung Ressentiments eher zustimmen, wenn sie weniger offensiv formuliert sind als dies in manchen Fragebögen der Fall ist, oder sie könnten dazu neigen, Ressentiments stärker zu rationalisieren und Einstellungsfragen mehr im Sinne politischer Korrektheit zu beantworten.

Unterschiede zwischen den Studien finden sich bei einem Vergleich zwischen West und Ost: die Bielefelder Studie sowie die IGM-Studie und auch die Berliner Studie kommen zu dem Schluss, dass rechtsextreme Orientierungen im Osten stärker verbreitet sind als im Westen.

Demgegenüber steht die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die zeigt, dass sich West und Ost stark angenähert haben und für manche der untersuchten Einstellungsmuster und für den Rechtsextremismus-Index insgesamt sogar die Zustimmung im Westen höher ist.

Der Grund dafür könnte sein, dass im Osten zwar die manifeste Zustimmung höher ist – aus ihr lassen sich etwa die Wahlerfolge der NPD im Osten und die höhere Zahl rechtsextremer Straftaten dort erklären. Gleichzeitig äußern im Osten aber auch mehr Personen manifeste Ablehnung gegen Rechtsextremismus als im Westen, während sich im Westen mehr Personen indifferent äußern und »stimme teils zu, lehne teils ab« ankreuzen und eine klare Stellungnahme verweigern. Man will sich Optionen offen halten und sich nicht inhaltlich festzulegen.

2008 konnte die Forschungsgruppe um Oliver Decker und Elmar Brähler auch zeigen, dass es sowohl im Westen als auch im Osten Regionen gibt, die eine überdurchschnittlich hohe Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen zeigen, ebenso wie es in Ost und West Bundesländer gibt, in denen die Zustimmung relativ niedrig liegt. Dies könnte bedeuten, dass die Zustimmung in West und Ost sich insgesamt annähert und in der Folge mittelfristig die Unterschiede zwischen Ost und West geringer werden.

Ähnlich wie Bildung wird das Geschlecht in den meisten Studien als ein wesentlicher Prädiktor für die Zustimmung zu rechtsextremen Orientierungen betrachtet: in den meisten Studien, abgesehen von der Berliner und der Bielefelder Studie, lehnen Frauen rechtsextreme Aussagen signifikant mehr ab als Männer. Neben möglichen Erklärungen wie der, dass Frauen aufgrund ihrer Sozialisation mehr Empathiefähigkeit besitzen und rechtsextremen Orientierungen weniger zustimmen, weil sie sich besser in das Gegenüber hinein versetzen können, legen qualitative Studien nahe, dass auch in Bezug auf das Geschlecht die Art der Befragung eine Rolle spielt. Frauen zeigen in der direkten Kommunikation und der privaten Umgebung von Gruppendiskussionen oder Interviews tendenziell mehr Zustimmung zum Beispiel zu ausländerfeindlichen Aussagen als in Fragebögen, eine mögliche weitere Erklärung für den Geschlechterunterschied ist daher, dass die Fragebögen quantitativer Studien nicht ausreichend gendersensibel konzipiert sind, sondern besser dazu geeignet sind, die rechtsextremen Orientierungen zu erfassen, wie sie vor allem von Männern geäußert werden.

Die Ergebnisse der Bielefelder Studie und der Berliner Studie, in der Hausfrauen sehr hohe Zustimmungswerte aufweisen, stehen in Bezug auf das Geschlecht im Gegensatz zu den übrigen Studien und machen deutlich, dass das weibliche Geschlecht kein automatischer Schutz vor rechtsextremen Orientierungen ist. Geschlecht ist nur einer von vielen Faktoren, die Einfluss auf die Ausbildung politischer Orientierungen haben können, und mit dem Geschlecht selbst verbinden sich unterschiedliche Milieuerfahrungen, die sich entweder fördernd oder

hemmend auswirken können. Die Abweichungen zwischen den Studien können als Hinweis darauf betrachtet werden, dass sich auch die Geschlechtsunterschiede bei den politischen Orientierungen eingeebnet haben.

Arbeitslose erreichen in verschiedenen der Studien hohe Zustimmungswerte bei rechtsextremen Orientierungen, in der Studie »Vom Rand zur Mitte« erreichen nur noch Rentnerinnen und Renter höhere Zustimmungswerte. Besonders die vergleichsweise hohe Zustimmung dieser beiden Gruppen führt dazu, dass Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in den untersuchten Studien geringere Zustimmungswerte erreichen als Nicht-Erwerbstätige, auch wenn sich beispielsweise in der Studie »Vom Rand zur Mitte« zwischen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen und Hausfrauen ebenso wie zwischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und Befragten, die sich noch in der Ausbildung befinden, kein Unterschied findet.

Arbeit zu haben ist aber nicht an sich ein Schutzfaktor gegenüber rechtsextremen Orientierungen, ebenso wenig wie Arbeitslosigkeit automatisch zu rechtsextremen Orientierungen führt. Ein Vergleich zwischen Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellten auf der Datenbasis der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung deutet an, dass auch das Arbeitsmilieu und das Berufsumfeld Einfluss auf die Ausprägung rechtsextremer und demokratischer Orientierungen nehmen können. So haben Arbeiterinnen und Arbeiter höhere Mittelwerte bei rechtsextremen Orientierungen und zeigen damit mehr durchschnittliche Zustimmung und weniger Ablehnung gegenüber rechtsextremen Aussagen als Angestellte. Verschiedene dieser höheren Werte bleiben auch dann erhalten, wenn man die unterschiedliche Zusammensetzung der Gruppen Arbeiter/innen und Angestellte nach Geschlecht und Bildungsgrad berücksichtigt. Denkbar ist, dass sich hier eine Form von Autoritarismus auswirkt, der aus der Arbeitsorganisation entstanden ist und sich in Teilen des Arbeitermilieus tradiert hat, mittlerweile losgelöst von der Arbeitsorganisation in anderen Lebensbereichen ausgebreitet hat und die politischen Orientierungen mitbestimmt. Gleichzeitig machen die Daten der Studie deutlich, dass die Angst vor Arbeitslosigkeit unter Arbeiterinnen und Arbeitern besonders verbreitet ist, und sie auch ihre wirtschaftliche Situation am schlechtesten unter den befragten Berufsgruppen einschätzen.

Unter diesen Bedingungen können rechtsextreme Orientierungen und Ungleichwertigkeitsvorstellungen für den Einzelnen subjektiv funktional sein, weil sie ihn durch die Abwertung Anderer seiner eigenen Zugehörigkeit zur Bezugsgruppe versichern und damit helfen können, seine eigenen Ausschlussängste, die sich mit der Furcht vor wirtschaftlichem Abstieg verbinden, zu mildern. Dabei

ist allerdings die Verlust- oder Abstiegsangst nicht die Ursache für rechtsextreme Orientierungen, vielmehr werden diese bereits vorhandenen Orientierungen unter den Vorzeichen dieser Ängste aktualisiert.

Rechtsextreme Orientierungen können aber auch aus einer Position der Stärke heraus vertreten werden. Dies machen die Ergebnisse der Jenaer Studie deutlich, auch wenn hier nicht rechtsextreme Orientierungen, sondern die Anfälligkeit für Rechtspopulismus untersucht wurde. Es gibt in den Gruppen der integrierten, der verunsicherten und in Prekarität lebenden Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gleichermaßen Anfälligkeiten für Rechtspopulismus. Dabei lassen sich drei Varianten der Anfälligkeit, die sich unterschiedlich äußern und denen unterschiedliche Motive und Verarbeitungsformen zugrunde liegen, feststellen. Sie lassen sich nach den sozialen Gruppen unterscheiden, unter denen sie zu finden sind. Modernisierungsgewinner vertreten demnach eher einen konformistischen Rechtspopulismus, der darauf zielt, das Erreichte zu bewahren, während Menschen in prekären Verhältnissen eher der rebellischen Variante des Rechtspopulismus zuneigen können. Dabei zeigt die Studie, dass der Rechtspopulismus zwar Erklärungsfolien für die Arbeitserfahrungen der Beschäftigten bereit stellt und umgekehrt die Erfahrungen aus dem Arbeitsumfeld die rechtspopulistischen Orientierungen verstärken können, dass sich die Entstehung rechtspopulistischer Orientierungen aber nicht unmittelbar auf Arbeits- und Prekarisierungserfahrungen zurückführen lassen.

Wie die Studie »Ein Blick in die Mitte« der Forschungsgruppe um Oliver Decker und Elmar Brähler zeigt, sind besonders der Kontrollverlust und die drohende Stigmatisierung, die mit einem ökonomischen Abstieg verbunden sind, angsteinflößend und werden häufig durch die Stigmatisierung anderer kompensiert. Auch in dieser Studie wird aber deutlich, dass es keinen Automatismus zwischen (gefühltem) gesellschaftlichem Abstieg und rechtsextremen Orientierungen gibt. Vielmehr macht der drohende wirtschaftliche Verlust mangelndes demokratisches Handlungswissen offenbar: Von vielen Menschen wird die Demokratie in erster Linie als Wohlstandsgarant wahrgenommen, wie die Studie zeigt. In der Folge werden Demokratie und demokratische Werte schnell verhandelbar, sobald der Wohlstand bedroht erscheint. Dahinter stehen keine dezidiert antidemokratischen Orientierungen, sondern in erster Linie mangelndes Handlungswissen darüber, was das Individuum selbst in der Demokratie bewirken kann, welche Werte und Rechte sich mit der Demokratie verbinden und warum es sie zu schützen gilt. Gerade in Zeiten der Krise kann das mangelnde demokratische Handlungswissen

aber zum Anknüpfungspunkt für antidemokratische und rechtsextreme Positionen werden.

Im Gegensatz zu den übrigen Studien zeigen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der Studie der Tübinger Forschungsgruppe zu manchen rechtsextremen Aussagen höhere Zustimmung als Nichtarbeitnehmer und Nichtarbeitnehmerinnen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich bei der Vergleichsgruppe ausschließlich um Schüler/innen handelt. Bei dieser Studie handelt es sich außerdem um eine repräsentative Regionalstudie mit in der Folge vergleichsweise kleinen Fallzahlen, während die übrigen untersuchten Studien deutschlandweit repräsentativ sind.

Ein ganz wichtiges Ergebnis der Tübinger Studie ist die Feststellung eines eindeutigen Zusammenhangs zwischen den verschiedenen sozialen Feldern mit ihren strukturellen Unterschieden und ihrem Einfluss auf die Entwicklung rechter Orientierungen. So sind die Betriebe eindeutig die Orte, in denen rechtsextreme Orientierungen sich am schwersten entwickeln und verbreiten, weil dort wenig Spielraum für die Ausbildung einer gemeinsamen politischen Kultur bleibt, denn alles muss sich dem »Produktionsimperativ« unterfügen d.h., dass die Arbeitsaufgaben im Mittelpunkt stehen und alles, was nicht unmittelbar etwas damit zu tun hat, zurückgedrängt wird. Diese strukturellen Zwänge sind in der Schule weniger ausgeprägt, noch weniger in der Familie, und so gut wie gar nicht in der selbstorganisierten Freizeit. Dadurch wird ein Gefälle sichtbar von den Betrieben, wo rechtsextreme Dynamiken eher gebremst werden, über Schule und Familie hin zur selbstorganisierten Freizeit, in der eine rechtsextreme Kultur am leichtesten gedeihen kann.

Ein für die Entwicklung von rechtsextremen Orientierungen sehr begünstigender Faktor wird in der Tübinger Studie festgestellt, der Lokalismus. Mit diesem Begriff wird eine übertriebene Orientierung auf die eigene Umgebung und seine Traditionen bezeichnet, die die parallele Tendenz hat, alles, was nicht ursprünglich dazu gehört, auszugrenzen. Durch diese segmentäre Tendenz des Ausschlusses kann eine lokalistische Orientierung auch zum Anknüpfungspunkt für rechtsextreme Orientierungen werden.

Insgesamt gesehen bestätigen die hier untersuchten Studien in Bezug auf Gewerkschaftsmitglieder die Spiegelbildthese von Stöss : in der Mehrzahl der Studien, in denen dieses Merkmal erhoben wurde, zeigen sich keine signifikanten Unterschiede in der Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern. Lediglich die Studie der Friedrich-Ebert-

Stiftung ergibt höhere Zustimmungswerte zu ausländerfeindlichen, sexistischen und autoritären Aussagen unter Gewerkschaftsmitgliedern, und das trotz eines gewerkschaftlich geprägten Selbstverständnisses bei vielen von ihnen, das sich in einer höheren Zustimmung zu dem Ideal gleicher Lebensbedingungen für alle äußert sowie in der politischen Selbstverortung, die signifikant weiter links liegt als bei Nichtmitgliedern. Möglicherweise sind unter Gewerkschaftsmitgliedern, unter denen sich ca. 40 % Arbeiterinnen und Arbeiter finden, auch die oben aufgeführten Faktoren aus dem Berufsumfeld von Arbeitern/innen einflussreicher als noch vor einigen Jahren. Gleichzeitig nimmt möglicherweise die gesellschaftlich-politische Deutungsmacht der Gewerkschaften außerhalb der Themenfelder Arbeit und soziale Gerechtigkeit ab – das könnte erklären, warum Gewerkschaftsmitglieder zwar weiterhin ein linkes Selbstverständnis zeigen und sich für das Ideal sozialer Gerechtigkeit einsetzen, die Arbeit der Gewerkschaften gegen rechts unter ihnen aber keinen besonderen Widerhall zu finden scheint.

Politische Bricolage/Patchwork – linkes Selbstverständnis und Ungleichwertigkeitsvorstellungen schließen sich offenbar nicht mehr aus.

Hier lässt sich am Beispiel der Gewerkschaftsmitglieder ein Trend illustrieren, der in den letzten Jahren gesamtgesellschaftlich verstärkt zutage tritt: die politische Selbstverortung und die dazugehörigen politischen Inhalte und Orientierungen werden zunehmend entkoppelt, unter vielen Befragten zeigt sich eine Art politisches Patchwork: sich links einzuordnen, geht nicht mehr unbedingt damit einher, etwa rechtsextreme Einstellungen stärker abzulehnen als der Durchschnitt, und auch widersprüchliche Orientierungen zu vertreten – wie gleiche Lebensbedingungen für alle zu fordern, während gleichzeitig auch ausländerfeindliche Aussagen vertreten werden – ergeben für das Individuum Sinn. Auch hier zeigen sich Gewerkschaftsmitglieder demnach als »Spiegel der Gesellschaft«.

Da dieses Patchwork politischer Orientierungen unter Individuen wie in Organisationen zunehmend als 'normal' erscheint, sieht sich der Einzelne auch immer weniger mit den Widersprüchen in seinen Orientierungen konfrontiert. Dass sich die Deutungsmacht von politischen Organisationen oder Institutionen immer stärker auf ein bestimmtes Feld eingrenzt – bei den Gewerkschaften etwa vor allem auf das Feld der Arbeit und der sozialen Gerechtigkeit – ist möglicherweise eine Reaktion auf die gewachsenen Ansprüche an den Einzelnen, der sich in immer mehr Feldern äußern und positionieren muss, und in einer immer komplexer werdenden Welt immer stärker Manager und Vermittler unterschiedlicher an ihn gerichteter Ansprüche sein muss. In der Folge versuchen heute offenbar

viele, sich möglichst alle Optionen offen zu halten – sich also nicht zu deutlich zu positionieren und es wird auch immer selbstverständlicher, sich je nach gesellschaftlichem Umfeld und je nach Zusammenhang, in dem man sich bewegt, so zu positionieren, wie es in diesem Umfeld am zweckdienlichsten erscheint. Problematisch ist diese Tendenz, weil damit auch rechte Orientierungen Bestandteil des »normalen« politischen Patchworks werden können, zunehmend mehr Akzeptanz finden und sich noch stärker in der »Mitte« verbreiten können. Das wird von rechtsextremen Gruppierungen genutzt, die die Vermischung politischer Inhalte gezielt forcieren, indem sie etwa linke Symbolik für rechte Demonstrationen und Propaganda verwenden, linke Inhalte national wenden und verstärkt bürgerliche Protestformen einsetzen. Die Gefahr ist, dass der Rechtsextremismus, ohnehin ein Problem der gesamten Gesellschaft, immer stärker zur »Normalität« wird. Insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Krisen stellt dieses latente rechtsextreme Potential in der Gesellschaft ein Problem dar: unter Krisenbedingungen, unter denen einfache Antworten willkommen sind und sich die Neigung zu vereinfachten, stereotypen Antworten verstärkt, besteht die Gefahr, dass sich die diffus und zersplittert in der Gesellschaft vorhandenen rechtsextremen Einstellungen und Meinungen in größeren Teilen der Gesellschaft verfestigen und vereinheitlichen.

9 Literatur

- Adorno, T.W.: Studien zum autoritären Character (1973), Frankfurt, 1995.
- Allespach, M./Dammann, C./Hahn, R./Held, J.: Erosion demokratischer Sozialisationsmilieus? Rechte Orientierungen bei Jugendlichen: Erklärungsmuster und Schlussfolgerungen für die gewerkschaftliche Jugendarbeit. In: Grimm, A. (Hrsg.): Rechtsextremismus. Bestandsaufnahme, gesellschaftliche und politische Folgerungen, Evangelische Akademie, 2000, S. 141-156.
- Backes, U.: Rechtsextremismus: Konzeptionen und Kontroversen. In: Backes, U. (Hrsg.): Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart, Köln, 2003, S. 15-52.
- Becker, J./Wagner, U.: Nationalismus und Patriotismus als Ursache von Fremdenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 5, Frankfurt, 2007, S. 131-149.
- Bibouche, S./Held, J.: IG-Metall-Jugendstudie. Lebenseinstellungen junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Neue Orientierungen und Engagementformen, Marburg, 2002.
- Burke, Mary Anne/Eichler, Margrit: The BIAS FREE Framework. A practical tool for identifying and eliminating social biases in health research. Global Forum for Health Research, Genf, 2006.
- Burkert, E.: Rechtsextremismus und Geschlecht. Politische Selbstverortung weiblicher Auszubildender, Herbolzheim, 2006.
- Decker, O./Brähler, E.: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 2006.
- Decker, O./Brähler, E.: Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland 2008. Mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 2008a.
- Decker, O./Rothe, K./Weissmann, M./Weissmann, M./Geißler, N./Brähler, E.: Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 2008b.
- Dörre, K.: Rechte Orientierungen unter Lohnabhängigen. Ursachen, Auswirkungen, Gegenstrategien. In: Demirovic, A./Beerhorst, J./Guggemos, M. (Hrsg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt am Main, 2004, S. 289-217.

- Dörre, K.: Prekarisierung und Rechtspopulismus - gibt es einen Zusammenhang? WISO Diskurs, Juni, 2007, S. 24-35.
- Dörre, K.: Prekarisierung der Arbeit: Fördert sie einen neuen Autoritarismus? In: Butterwegge, C./Hentges, G. (Hrsg.): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen, 2008, S. 241-253.
- Dörre, K./Kraemer, K./Speidel, F.: Marktsteuerung und Prekarisierung der Arbeit - Nährboden für rechtspopulistische Orientierungen? In Bischoff J./Dörre, K./Gauthier, E. (Hrsg.): Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien, Hamburg, 2004, S. 77-119.
- Dörre, K./Kraemer, K./Speidel, F.: Prekäre Beschäftigungsverhältnisse - Ursache von sozialer Desintegration und Rechtsextremismus? Abschlussbericht: Forschungsverbund des Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, 2006, S. 71-102.
- Flick, U. (Hrsg.): Psychologie des Sozialen. Repräsentationen in Wissen und Sprache. Reinbek b. Hamburg, 1995.
- Flick U.: Qualitative Sozialforschung: Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften, Reinbeck bei Hamburg, 1995.
- Gille, M./Sarpei-Biermann, S./Gaiser, W./de Rijke, J.: Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger, Wiesbaden, 2006.
- Habernas, T.: Eine Art Schadensabwicklung. Frankfurt, 1987.
- Heitmeyer, W.: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation, Weinheim/München, 1987.
- Heitmeyer, W.: Deutsche Zustände. Folge 6., Frankfurt am Main, 2008.
- Heitmeyer, W.: Leben wir immer noch in zwei Gesellschaften? 20 Jahre Vereinigungsprozess und die Situation Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 7, Frankfurt am Main, 2009a, S. 13-53.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 1, Frankfurt am Main, 2002.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 5, Frankfurt am Main, 2007.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 7, Frankfurt am Main, 2009b.
- Heitmeyer, W./Mansel, J.: Gesellschaftliche Entwicklung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Unübersichtliche Perspektiven. In Heitmeyer, W.

- (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt am Main, 2008, S. 13-36.
- Held J./Horn H.-W./Marvakis, A.: Gespaltene Jugend. Politische Orientierungen jugendlicher ArbeitnehmerInnen, Opladen, 1996.
- Heyder, A.: Bessere Bildung, bessere Menschen? Genauerer Hinsehen hilft weiter. In Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 2, Frankfurt am Main, 2003, S. 78-100.
- Hüpping, S./Reinecke, J.: Abwärtsdriftende Regionen. Die Bedeutung sozioökonomischer Entwicklungen für Orientierungslosigkeit und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 5, Frankfurt am Main, 2007, S. 77-102.
- Hurrelmann, K./Albert, M.: 15. Shell Jugendstudie. Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck, Frankfurt am Main, 2006.
- Klein, A./Hüpping, S.: Politische Machtlosigkeit als Katalysator der Ethnisierung von Verteilungskonflikten. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt am Main, 2008, S. 73-95.
- Klein, A./Küpper, B./Zick, A.: Rechtspopulismus im vereinten Deutschland als Ergebnis von Benachteiligungsgefühlen und Demokratiekritik. In Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 7, Frankfurt am Main, 2009, S. 93-113.
- Kühnel, S. M./Schmidt, P.: Orientierungslosigkeit. Ungünstige Effekte für schwache Gruppen. In: Deutsche Zustände. Folge 1, Frankfurt am Main, 2002, S. 83-96.
- Kühnl R.: Nation, Nationalismus, nationale Frage, was ist das und was soll das? Köln, 1986.
- Küpper, B./Heitmeyer, W.: Feindselige Frauen. Zwischen Angst, Zugehörigkeit und Durchsetzungsideologie. In: Heitmeyer W. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 3, Frankfurt am Main, 2005, S. 108-129.
- Küpper, B./Zick, A.: Soziale Dominanz, Anerkennung und Gewalt. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt am Main, 2008, S. 116-137.
- Loch D./Heitmeyer, W. (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt am Main, 2001.
- Oesterreich, D.: Flucht in die Sicherheit: zur Theorie des Autoritarismus und der autoritären Reaktion, 1996.

- Rommelspacher, B.: Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus. In: Schubarth W./Stöss, R. (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2000, S. 199-219.
- Schubarth, W./Stöss, R. (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2000.
- Schwagerl H.J.: Rechtsextremes Denken, Merkmale und Methoden, Frankfurt am Main, 1993.
- Stöss, R./Fichter, M./Kreis, J./Zeuner, B.: Abschlussbericht des Forschungsprojekts »Gewerkschaften und Rechtsextremismus«, Freie Universität, Berlin, 2004.
- Welzer, H./Moller, S./Tschuggnall, K./Jensen, O./Koch, T.: Opa war kein Nazi: Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt am Main, 2002.
- Wippermann, W.: »Doch ein Begriff muss bei dem Worte sein«. Über »Extremismus«, »Faschismus«, »Totalitarismus« und »Neofaschismus«. In: Jäger, S. und Schobert, A. (Hrsg.): Weiter auf unsicherem Grund. Faschismus, Rechtsextremismus, Rassismus. Kontinuitäten und Brüche, Duisburg, 2000, S. 21-47.
- Zeuner, B./Gester, J./Fichter, M./Kreis, J./Stöss, R.: Gewerkschaften und Rechtsextremismus. Anregungen für die Bildungsarbeit und die politische Selbstverständigung der deutschen Gewerkschaften, Münster, 2007.
- Zick, A./Henry, P. J.: Nach oben buckeln, nach unten treten. Der deutsch-deutsche Autoritarismus. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 7, Frankfurt am Main, 2009, S. 190-208.

edition der Hans-Böckler-Stiftung
Bisher erschienene Reihentitel ab Band 210

	Bestellnr.	ISBN	Preis / €
Hermann Groß Betriebs- und Arbeitszeitmanagement in tarifgebundenen und nicht tarifgebundenen Betrieben	13210	978-3-86593-091-0	10,00
Thorsten Ludwig, Jochen Tholen Schiffbau in Europa	13211	978-3-86593-092-1	30,00
Stephan Ricken Verbriefung von Krediten und Forderungen in Deutschland	13213	978-3-86593-094-1	16,00
Judith Aust, Volker Baethge-Kinsky, Till Müller-Schoell, Alexandra Wagner (Hrsg.) Über Hartz hinaus	13214	978-3-86593-096-5	25,00
Oliver Pfirrmann Stand und Perspektiven der Beschäftigung in der Nanotechnologie in Deutschland	13215	978-3-86593-097-2	10,00
Ulrich Zachert Verfahren und Kosten von Betriebsverlagerungen in ausgewählten Europäischen Ländern	13216	978-3-86593-098-9	10,00
Hans-Joachim Voth Transparency and Fairness in The European Capital Market	13217	978-3-86593-099-6	12,00
Klaus Maack, Judith Beile, Stefan Schott, Eckhard Voß Zukunft der Süßwarenindustrie	13218	978-3-86593-100-9	15,00
Wolfgang Schroeder, Dorothea Keudel Strategische Akteure in drei Welten. Die deutschen Gewerkschaften im Spiegel der neueren Forschung	13219	978-3-86593-107-8	12,00
Ralf-Peter Hayen, Manuela Maschke (Hsg.) Boombranche Zeitarbeit – Neue Herausforderungen für betriebliche Akteure	13220	978-3-86593-106-1	10,00
Peter Thomas Ein Bündnis für Arbeit und Umwelt zur integralen energetischen Gebäudemodernisierung	13221	978-3-86593-108-5	15,00
Wolfgang Schroeder Zur Reform der sozialen Selbstverwaltung in der Gesetzlichen Krankenversicherung – Kasseler Konzept	13222	978-3-86593-109-2	12,00
Rolf Dobischat, Marcell Fischell, Anna Rosendahl Auswirkungen der Studienreform durch die Einführung des Bachelorabschlusses auf das Berufsbildungssystem	13223	978-3-86593-110-8	15,00

	Bestellnr.	ISBN	Preis / €
Lutz Bellmann, Alexander Kühl Expansion der Leiharbeit			
Matthias Kemm, Christian Sandig, Judith Schuberth Fallstudien zu Leiharbeit in deutschen Betrieben	13224	978-3-86593-113-9	20,00
Henry Schäfer, Beate Frank Derivate Finanzinstrumente im Jahresabschluss nach HGB und IFRS	13225	978-3-86593-114-6	18,00
Tobias Wolters Leiharbeit – Arbeitnehmer-Überlassungsgesetz (AÜG)	13226	978-3-86593-110-8	15,00
Klaus Löbbe Die Chemiefaserindustrie am Standort Deutschland	13227	978-3-86593-116-0	30,00
Siegfried Roth Innovationsfähigkeit im globalen Hyperwettbewerb – Zum Bedarf strategischer Neuausrichtung der Automobilzulieferindustrie	13229	978-3-86593-118-4	18,00
Hans-Erich Müller Autozulieferer: Partner auch in der Krise?	13230	978-3-86593-120-7	10,00
Judith Beile, Ina Drescher-Bonny, Klaus Maack Zukunft des Backgewerbes	13231	978-3-86593-121-4	15,00
Ulrich Zachert Demografischer Wandel und Beschäftigungssicherung im Betrieb und Unternehmen	13232	978-3-86593-122-1	12,00
Gerd Busse, Hartmut Seifert Tarifliche und betriebliche Regelungen zur beruflichen Weiterbildung	13233	978-3-86593-123-8	15,00
Wolfgang Böttcher, Heinz-Hermann Krüger Evaluation der Qualität der Promotionskollegs der Hans-Böckler-Stiftung	13234	978-3-86593-124-5	25,00
Winfried Heidemann, Michaela Kuhnhenne (Hrsg.) Zukunft der Berufsausbildung	13235	978-3-86593-125-2	18,00
Werner Voß, Norbert in der Weide Beschäftigungsentwicklung der DAX-30- Unternehmen in den Jahren 2000 – 2006	13236	978-3-86593-126-9	22,00

Ihre Bestellungen senden Sie bitte unter Angabe der Bestellnummern an den Setzkasten oder unter Angabe der ISBN an Ihre Buchhandlung. Ausführliche Informationen zu den einzelnen Bänden können Sie dem aktuellen Gesamtverzeichnis der Buchreihe **edition** entnehmen.

Setzkasten GmbH
Kreuzbergstraße 56
40489 Düsseldorf
Telefax 0211-408 00 90 40
E-Mail mail@setzkasten.de

Über die Hans-Böckler-Stiftung

Die Hans-Böckler-Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gegründet wurde sie 1977 aus der Stiftung Mitbestimmung und der Hans-Böckler-Gesellschaft. Die Stiftung wirbt für Mitbestimmung als Gestaltungsprinzip einer demokratischen Gesellschaft und setzt sich dafür ein, die Möglichkeiten der Mitbestimmung zu erweitern.

Mitbestimmungsförderung und -beratung

Die Stiftung informiert und berät Mitglieder von Betriebs- und Personalräten sowie Vertreterinnen und Vertreter von Beschäftigten in Aufsichtsräten. Diese können sich mit Fragen zu Wirtschaft und Recht, Personal- und Sozialwesen oder Aus- und Weiterbildung an die Stiftung wenden. Die Expertinnen und Experten beraten auch, wenn es um neue Techniken oder den betrieblichen Arbeits- und Umweltschutz geht.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung forscht zu Themen, die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Bedeutung sind. Globalisierung, Beschäftigung und institutioneller Wandel, Arbeit, Verteilung und soziale Sicherung sowie Arbeitsbeziehungen und Tarifpolitik sind die Schwerpunkte. Das WSI-Tarifarchiv bietet umfangreiche Dokumentationen und fundierte Auswertungen zu allen Aspekten der Tarifpolitik.

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)

Das Ziel des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung ist es, gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu erforschen und für die wirtschaftspolitische Beratung einzusetzen. Daneben stellt das IMK auf der Basis seiner Forschungs- und Beratungsarbeiten regelmäßig Konjunkturprognosen vor.

Forschungsförderung

Die Stiftung vergibt Forschungsaufträge zu Mitbestimmung, Strukturpolitik, Arbeitsgesellschaft, Öffentlicher Sektor und Sozialstaat. Im Mittelpunkt stehen Themen, die für Beschäftigte von Interesse sind.

Studienförderung

Als zweitgrößtes Studienförderungswerk der Bundesrepublik trägt die Stiftung dazu bei, soziale Ungleichheit im Bildungswesen zu überwinden. Sie fördert gewerkschaftlich und gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Promovierende mit Stipendien, Bildungsangeboten und der Vermittlung von Praktika. Insbesondere unterstützt sie Absolventinnen und Absolventen des zweiten Bildungsweges.

Öffentlichkeitsarbeit

Mit dem 14tägig erscheinenden Infodienst „Böckler Impuls“ begleitet die Stiftung die aktuellen politischen Debatten in den Themenfeldern Arbeit, Wirtschaft und Soziales. Das Magazin „Mitbestimmung“ und die „WSI-Mitteilungen“ informieren monatlich über Themen aus Arbeitswelt und Wissenschaft. Mit der Homepage www.boeckler.de bietet die Stiftung einen schnellen Zugang zu ihren Veranstaltungen, Publikationen, Beratungsangeboten und Forschungsergebnissen.

Hans-Böckler-Stiftung

Hans-Böckler-Straße 39 Telefon: 02 11/77 78-0
40476 Düsseldorf Telefax: 02 11/77 78-225

